Nr. 178 Dez.91/Jan.92 DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Nationalismus



außerdem:

Westsahara: Marokko sabotiert UNO-Plan

Ökologie: Schmutziges Geschäft Müllhandel

Kolumbien in guter Verfassung

Türkei: Der Wahlausgang

Diskussion: Menzels umstrittene Thesen

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Andrea Borchers, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Frank Krämer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späte, Ulrike Steckkönig, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18 000 Anschläge)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Redaktionsschluß für Nr. 179:
6.01.1992

Anzeigenschluß für Nr. 179:
(Druckfertige Vorlagen) 19.01.1992

Titelbild: Preisträger eines ländlichen Gesangsvereins, ca. 1927

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Diese Ausgabe der blätter des iz3w enthält die sechste gemeinsame Beilage der Dritte Welt Zeitschriften und die Bücher- und Materialliste 1992 des Informationszentrums Dritte Welt Freiburg.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Nr. 179: Tourismus

Rechtzeitig zur Internationalen Tourismusbörse wollen wir das Thema Tourismus unter dem Gesichtspunkt Verletzungen von Menschenrechten beleuchten. Hierbei geht es nicht nur um Unterdrückung und Verfolgung der Bevölkerung durch die herrschenden Regime in den Reiseländern. Vorwiegend sollen solche Länder behandelt werden, in denen sich die Tourismusindustrie mit staatlicher Unterstützung über die sozialen Menschenrechte der Betroffenen hinwegsetzt, und in denen sich langsam aber stetig Widerstand zu formieren beginnt. Anregungen und Beiträge bitte bis zum 16. Dezember an die

Redaktion der
"blätter des iz3w"
Postfach 5328
7800 Freiburg

Das Heft kann gegen 6,- DM Vorkasse (Scheck, bar oder in Briefmarken) bei der obigen Adresse bestellt werden.



Damit das nicht wieder passiert, mußten dem Volk umgehend Sündenböcke vorgeführt werden.

Von Biedermännern und Brandstiftern

Die Angriffe gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen nehmen kein Ende. In Berlin erlag unlängst der 19jährige Mete Eksi nach dreiwöchigem Koma seinen Verletzungen, die ihm mit Baseballschlägern zugefügt worden waren. In Leipzig wurden vietnamesische Familien in ihren Wohungen angegriffen, mißhandelt und schwer verletzt. In Hamburg brannte die Schneiderwerkstatt eines Iraners ab.

Aufzählungen des real existierenden Rassismus könnten bereits Seiten füllen und müssen täglich fortgeführt werden. Sie lesen sich wie eine Statistik des Grauens und Entsetzens.

Medien und Politiker verbreiten unablässlich die Mär von Einzeltätern und angetrunkenen Randalierern ohne organisierten politischen Hintergrund. So wurden z.B. acht Angreifer eines Ferienheimes mit Kindern aus Tschernobyl zu Freiheitsstrafen von bis zu 15 Monaten verurteilt (teils auf Bewährung). Der vorsitzende Richter betonte, das Verfahren sei kein politischer Prozeß.

Systematisch verbreiten die Politiker mit Hilfe der Medien ihre Propaganda über die Asylantenschwemme. Edmund Stoiber glaubt, den Deutschen in den Mund legen zu müssen, daß "die Bevölkerung den Mißbrauch des Asylrechts als ein außerordentliches Übel (empfindet)." Es ist zwingend, daß dies zu einer pogromartigen Stimmung in der Bevölkerung führt und die Menschen angesichts brutaler Angriffe applaudieren oder zustimmend schweigen läßt. Das ist die neue Dimension.

Das Geschwätz vom Mißbrauch macht Opfer zu Tätern, denn Mißbrauch ist kriminell und spricht den Flüchtlingen jegliches Recht ab.

Die „Sorge" um Wohnungsmangel und Arbeitsplätze, Sparstrümpfe und den eigenen Platz an der Sonne wird künstlich geschürt - appelliert wird an das Selbstverständnis, in diesem Land Herr im Hause zu sein und mit Menschen anderer Kultur oder Hautfarbe nach Belieben verfahren zu können.

"Die Erniedrigung von Einwanderern und Flüchtlingen zu manipulierbarem "Material" ist der Kern eines staatlich regulierten Rassismus", wie er z.B. in den Ausländergesetzen festgeschrieben ist. Die materielle Diskriminierung, wie ungleicher Zugang zu Arbeitsmarkt und Wohnraum, Verbot bzw. Einschränkung politischer Betätigung und auch der menschenunwürdige Umgang mit Flüchtlingen muß daher - zur Legitimation ihrer Behandlung als "Objekte" - kombiniert werden mit der Behauptung einer Bedrohung, die von den "Fremden" ausgeht". (Th. Ebermann/R. Trampert in Konkret 11/91)

Es sei daran erinnert, daß der SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine 1990 mit dem Vorschlag einer Grundgesetzänderung die Debatte zur endgültigen Demontage des Asylrechts neu entfachte. Eine "große Koalition" verfolgt dieses Ziel. Engholm spricht von einer für "Deutschland lebensentscheidenden Frage" und in der CDU ist von "Durchrassung" die Rede.

Beklemmend ist aber, daß auch alle anderen Parteien nicht mehr ausschließlich auf der Seite der Verfolgten und Verleumdeten stehen. Die Grünen haben schon vor langem Abschied von "Bleiberecht und offene Grenzen" genommen. Die PDS spricht in Hoyerswerda in Einklang mit CDU, SPD, FDP und Grünen von der Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit, und alle sorgen sich gemeinsam um die negativen Schlagzeilen.

Bis in die Solidaritätsgruppen für Flüchtlinge und ImmigrantInnen hinein dringt die unselige Diskussion um Quoten und Kontingente. So steht man in guter Partnerschaft mit einem Organ der deutschen Wirtschaft, der "Wirtschaftswoche". Einwanderung soll nach dem Grad der Verwertbarkeit reguliert werden. Wer nützlich und arbeitsam ist, darf bleiben, unproduktive Elemente sind nicht willkommen.

Cohn-Bendit, Obermultikultureller Funktionär aus Frankfurt:

"Damit könnte die Bundesrepublik beispielweise festlegen, wie viele Arbeitskräfte hereingelassen werden ... Die Zahl sollte zusammen mit den Arbeitsämtern festgelegt werden ... Eine Einwanderungsbehörde bestimmt dann, welchen Bedarf es in der Bundesrepublik gibt."

Sich auf diese Diskussion einlassen, hieße, die angeblichen Überfremdungsängste in der deutschen Bevölkerung zu rechtfertigen.

Stolz auf dieses Land ist wieder angesagt. "Deutschland ist schön" verspricht die Werbung, Kohl forderte gerade eine deutsche Wolgarepublik im Osten und das Oberverwaltungsgericht in Koblenz verwehrte einem Polen den deutschen Pass, weil sein Vater seit 1944 der polnischen Exilarmee angehörte und damit ein Bekenntnis gegen das deutsche Volkstum ablegte.

Es ist dringend an der Zeit, die Schuldigen öffentlich zu machen. Denn diese arbeiten derzeit an der sog. Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene und der endgültigen Abschottung der westeuropäischen Grenzen.

Alle, die heute für eine Begrenzung des Zuzugs von ImmigrantInnen und Flüchtlingen plädieren, werden sich dann daran gewöhnen müssen, mit Bildern wie aus Bari und Brindissi zu leben.

Werner Pieper,
Hamburger Arbeitskreis Asyl

Marokko sabotiert den UNO-Plan

Nach einem im April diesen Jahres beschlossenen Friedensplan soll der seit 1975 andauernde Konflikt zwischen der sahrauischen Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario und der marokkanischen Besatzungsmacht beigelegt werden, indem das sahrauische Volk in einem von der UNO kontrollierten Referendum sein Recht auf Selbstbestimmung ausübt und darüber entscheidet, ob es die staatliche Unabhängigkeit oder den Anschluß an das Reich von König Hassan II. wünscht.
Der Friedensplan, Ergebnis jahrelanger Bemühungen von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, erhielt nicht nur ein klares Ja in der UNO-Vollversammlung und dem Sicherheitsrat, sondern im Juni 1991 auch die förmliche Zustimmung beider Konfliktparteien. Doch von da an ging (fast) nichts mehr. Durch ungehemmte Sabotage der marokkanischen Seite droht die UNO-Operation auf den Hund zu kommen. Für das sahrauische Volk, das seit 16 Jahren teils im Exil in der algerischen Wüste, teils unter einer menschenverachtenden Besatzungsherrschaft lebt, steht in diesen Wochen die Zukunft auf dem Spiel.(Über die Situation der Sahrauis und über die Polisario berichteten wir in den blättern Nr. 162)

Zwei Monate nach der Zustimmung beider Seiten zum Friedensplan - im August - gingen die marokkanischen Besatzungstruppen in die Offensive. Tagelang bombardierten ihre Kampfflugzeuge die Gebiete der Westsahara, die bisher von der Frente Polisario kontrolliert werden, und in denen auch einige tausend sahrauischer Nomaden mit ihren Herden leben. Kurz darauf rückten fünf Kolonnen mit starken Panzerverbänden in diese Gebiete ein. Die Soldaten zerstörten die Ortschaften Tifariti und Bir Lehlou, vergifteten und verschütteten Brunnen, machten Jagd auf Menschen und Tiere. Die Polisario-Soldaten schossen zwar ein marokkanisches Flugzeug ab, zogen sich aber ansonsten zurück in dem Bemühen, eine Neueröffnung des Bodenkrieges entlang der gesamten Front zu vermeiden.

Der 6. September 1991 war vom UNO-Generalsekretär als Datum des offiziellen Waffenstillstands festgesetzt worden. Zeitgleich mit dem Beginn der Offensive hatte Hassan II. verlangt, den Waffenstillstand und den gesamten UNO-Zeitplan um einige Wochen zu "verschieben". Nur die Zurückhaltung der Sahrauis und internationaler Druck auf Marokko haben in diesen Tagen den Friedensplan vor einem schnellen Scheitern bewahrt. Nach diplomatischen Interventionen aus Europa und den USA zogen sich die marokkanischen Truppen gerade noch rechtzeitig vor dem 6. September in ihre Stellungen entlang der alten Frontlinie zurück.

Mit seiner Offensive verstieß Marokko gegen die im Friedensplan ausdrücklich niedergelegte Verpflichtung beider Konfliktparteien, auch vor dem 6. September alle Schritte zu unterlassen, die zu militärischen Konfrontationen führen könnten. Es war weder der erste Verstoß gegen den Friedensplan, noch sollte es der letzte bleiben.

Schon Mitte Juni hätten die ersten Einheiten der UNO-Friedenstruppe MINURSO in den besetzten Gebieten Stellung beziehen sollen. König Hassan verweigerte ihnen beharrlich die Einreise. Erst am 5. September durften die ersten UNO-Blauhelme ins Land - allerdings nur etwa 240, weniger als ein Zehntel der vorgesehenen Gesamtzahl. Mehr sind es auch bis November nicht geworden. Ihre Arbeitsmöglichkeiten werden von marokkanischer Seite systematisch beschnitten. Die Frachtcontainer der Vereinten Nationen mit Zeltmaterial, Fahrzeugen, Funkgeräten und sonstigem logistischen Material sind seit nunmehr drei Monaten im Hafen von Agadir blockiert oder warten auf den kanarischen Inseln auf die Erteilung der Einfuhrgenehmigung. Die marokkanische Regierung bestreitet natürlich, die MINURSO behindern zu wollen, und verweist achselzuckend auf "normale, für jedermann geltende Einfuhr- und Zollformalitäten". Sie gestattet es den MINURSO-Soldaten - großteils US-Amerikaner, Russen, Chinesen, Briten, Franzosen und Kanadier - nicht, die UNO-Fahne zu führen oder sich in anderer Weise sichtbar als UN-Vertreter auszuweisen. Den kanadischen MINURSO-Kommandanten General Armand Roy und seinen Stab behält sie unter Kontrolle, indem er in marokkanischen Militäreinrichtungen Quartier beziehen und die dort vorhandenen Kommunikationsmittel benutzen muß.

Mißachtung aller Verpflichtungen

Die übrigen Einheiten der MINURSO stehen seit Wochen, teilweise seit Monaten in Genf oder New York bereit und warten auf ihren Einsatz, so etwa die 15 für polizeiliche Aufgaben von der Bundesregierung abgestellten Beamten des Bundesgrenzschutzes. Aber die marokkanische Blockade bezieht sich nicht nur auf die Fußtruppen, sondern auch auf die politische Spitze: Johannes Manz, Sonderbeauftragter von Perez de Cuellar und Chef der MINURSO, durfte bisher die Westsahara nur besuchsweise betreten. Im Rahmen einer Rundreise durch Marokko, Mauretanien und die sahrauischen Flüchtlingslager, auf der er mit König Hassan und dem sahrauischen Präsidenten Abdelaziz zusammentraf, besuchte er am 21. September auch El Aaiun. Eigentlich sollte er dort seit August in einem funktionierenden Hauptquartier residieren und das letzte Wort in allen Fragen haben, die die Vorbereitung des Referendums betreffen. Marokko läßt dies bisher schlichtweg nicht zu. Und so kehrte Manz nach seinem Besuch zurück nach New York, zum Rapport. Ab wann er definitiv in El Aaiun sein wird? "Eine Frage von einigen Wochen", so Perez de Cuellar.

Tatsächlich wäre es nach dem Friedensplan an der Zeit, daß die MINURSO die Reduzierung der marokkanischen Truppenstärke in der Westsahara von 165.000 auf 65.000 überwacht und den verbleibenden Truppen Marokkos (sowie den Polisario-Einheiten) einige wenige, von den Bevölkerungszentren entfernte Standorte zuweist, an denen sie sich unter UN-Überwachung zu konzentrieren haben. Stattdessen formulierte Marokko Ende September seine Forderungen, an welchen Orten sich die UNO-Blauhelme aufhalten dürften (möglichst außerhalb

der "Mauern") und wo nicht (nämlich bei der sahrauischen Bevölkerung in den besetzten Städten). Im einem Interview mit JEUNE AFRIQUE bekräftigte Perez de Cuellar mit Nachdruck, daß die UNO ihren Anspruch auf Reduzierung bzw. Neutralisierung der Streitkräfte beider Seiten gemäß Friedensplan aufrechterhält. Bisher gibt es allerdings kein Indiz dafür, daß Marokko in diesem Punkt seine konsequente Mißachtung aller im Juni eingegangenen Verpflichtungen aufgibt. Im Gegenteil: unbeeindruckt von der UN-Präsenz fliegen Kampfflugzeuge der marokkanischen Luftwaffe allwöchentlich Aufklärungsflüge über dem von der Polisario kontrollierten Teil der Westsahara.

Keine Probleme verzeichneten die MINURSO-Soldaten auf der anderen Seite der Front. Als General Armand Roy am 10. September "mit dem ersten Direktflug El Aaiun - Tindouf in der Geschichte der Westsahara" in Begleitung des US-amerikanischen Obersten Zapanta die Führung der Polisario besuchte, war man sich über die Einrichtung von Beobachtungsposten schnell einig. 40 Blauhelme haben inzwischen bei Tindouf in der Nähe der Flüchtlingslager Stellung bezogen, einige weitere in Bir Lehlou und Tifariti.

Das Geschehen vor Ort bestimmt weiterhin der marokkanische Sicherheitsapparat. Der Schweizer Journalist Alexander Gschwindt - einer der wenigen, die in die besetzten Gebiete einreisen durften - berichtet: "Pünktlich zum Inkrafttreten des Waffenstillstandes am letzten Freitag requirierte die marokkanische Armee den einzigen öffentlichen Telex in der Westsahara-Verwaltungsmetropole El Aaiun. Das spanische Fernsehen sah sein Kamerамaterial tagelang auf dem Flughafen blockiert, die übrigen Pressevertreter wurden aus ihren Hotelzimmern geworfen, weil diese angeblich für hohe UNO-Funktionäre benötigt wurden. Innenminister Driss Basri und Königsberater Alaoui erbaten sich eine gefälligst etwas wohlwollendere Berichterstattung über die Gastgeber, ansonsten sich niemand über Repressalien wundern dürfe. Die wenig solidarischen Zunftbrüder aus Rabat und Casablanca ermahnten die lästigen Ausländer gar zu einem 'informativen Waffenstillstand', wie sie es nannten."

Die wenigen ausländischen Journalisten werden - ähnlich wie die MINURSO - strikt von der Bevölkerung abgeschirmt. Ein Sahraui, der mit einem spanischen Fernsehteam gesprochen hatte, ist seitdem spurlos verschwunden. Namentlich bekannt sind sechs Sahrauis, die seit Anfang September wegen der Kontaktaufnahme mit Ausländern verhaftet wurden.

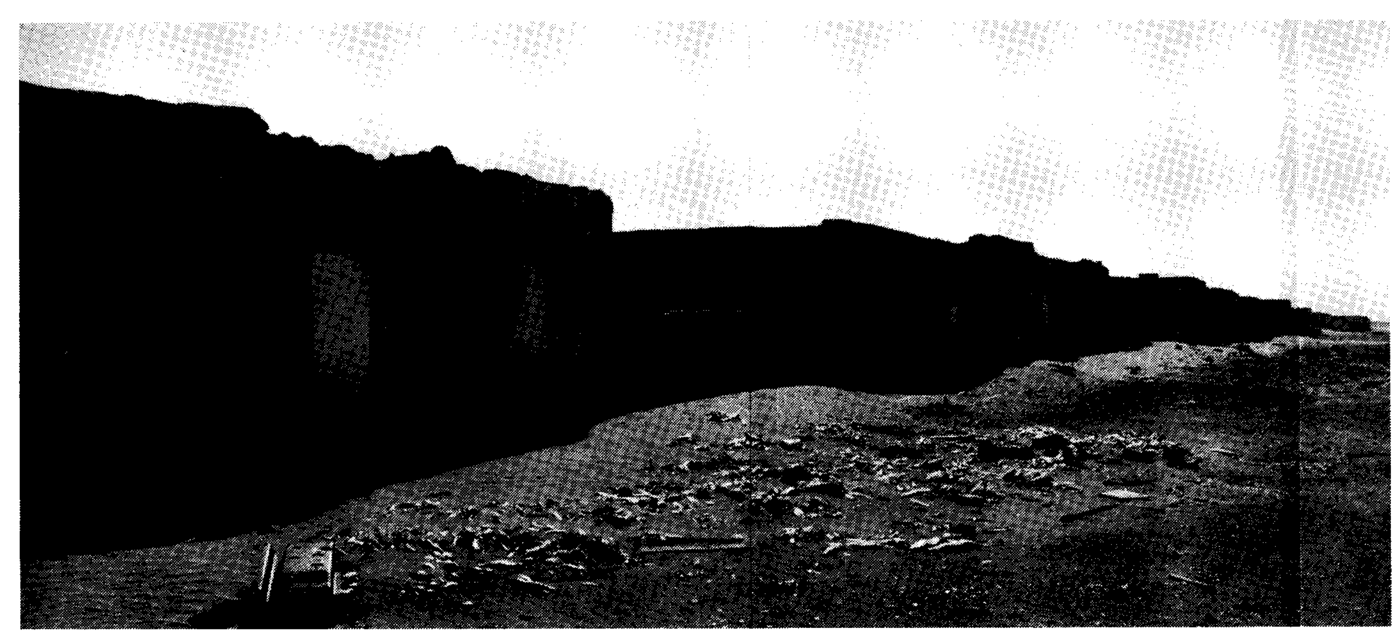
Wer darf abstimmen?

Zusätzlich zu den Zehntausenden marokkanischer Zivilisten, die Marokko schon seit 1982 nach und nach in die besetzten Gebiete der Westsahara brachte, begann Mitte September ein forciertes Umsiedlungsprogramm für etwa 170.000 Personen. In den marokkanischen Städten Marrakesch, Goulimine, Tan-Tan, Ifni, Assa und Sidi Slimane rekrutierten Beamte des Innenministeriums mit Druck und nationalem Pathos Bewohner der Armenviertel. Sie müßten für einige Monate in die südlichen Provinzen gehen, um - so die offizielle Begründung - "eine Verschwörung gegen den König" abzuwenden. Bei den sahrauischen Orten Smara, El Aaiun, Bojador und Dakhla wurden Lager zu ihrer Aufnahme eingerichtet. Bis Anfang November waren etwa 45.000 neue Marokkaner in der Sahara eingetroffen. Sie werden von den Behörden darauf vorbereitet, ihre Aufnahme in die Wählerlisten für das Referendum zu beantragen. Der marokkanische Sicherheitsdienst hat hierfür einen Kreis von Personen ausgesucht, die entweder als Sahrauis mit den Marokkanern kollaborieren oder als Süd-Marokkaner zumindest den sahrauischen Dialekt, das Hassanya, beherrschen. Sie sollen gegenüber der MINURSO bezeugen, daß die zugereisten Personen Sahrauis sind und bereits vor 1975 in dem Gebiet lebten.

Marokko setzt damit die Reihe der Versuche fort, die im Friedensplan festgelegten und von beiden Seiten akzeptierten Grundsätze für die Festlegung des Kreises der Stimmberechtigten wieder umzustoßen. Maßgeblich ist nach diesen Grundsätzen der Zensus, den die Kolonialmacht Spanien kurz vor ihrem Abzug im Jahr 1974 durchführte. Auf seiner Grundlage hat die Identifizierungskommission der MINURSO eine Liste von



Viele Sahraouis müssen in Flüchtlingslagern auf die Rückkehr warten



Die marokkanische Armee hat auch dieses Dorf zerstört **Fotos: Christine de Grancy, Die Sahraouis, Greno Verlag Nördlingen 1987**

70.204 wahlberechtigten Personen ermittelt, die noch auf Basis individueller Anträge um Personen ergänzt werden kann, die mit den im Zensus erfaßten Personen verwandt sind oder anhand spanischer Dokumente nachweisen können, daß sie während der spanischen Kolonialherrschaft längere Zeit in der Westsahara lebten.

Zur Eröffnung des Antragsverfahrens sollte - so verlangt es der Friedensplan - die vorläufige Namensliste in allen Gebieten, in denen sich größere Zahlen von Sahrauis aufhalten, öffentlich bekannt gemacht werden. Marokko verweigert jedoch seit Juli die Etablierung der Identifizierungskommission in den besetzten Gebieten der Westsahara und die öffentliche Bekanntgabe der Listen in diesem Territorium. Die Publikation erfolgte daraufhin am 13. September 1991 zunächst einseitig in den sahrauischen Flüchtlingslagern in Algerien.

Statt dem vereinbarten Verfahren zu folgen, präsentierte Marokko der UNO bereits im August eine Liste von 120.000 Personen, zu großen Anteilen Marokkaner, und verlangte ultimativ deren Aufnahme in die Wählerlisten. Johannes Manz wies dieses Ansinnen zurück. Nunmehr bereitet Marokko die Umsiedler darauf vor, der Identifizierungskommission der UNO - wenn man ihr denn irgendwann gestatten muß, ihre Arbeit im Lande aufzunehmen - jeweils ihre individuellen Anträge zu präsentieren.

Mit seinen Schikanen gegen die MINURSO will Marokko die UNO dazu bewegen, die Kriterien für solche individuellen Anträge immer weiter und unpräziser zu fassen, um möglichst viele Marokkaner an die Urnen zu bringen. Wie die Antwort des Generalsekretärs nach langem Ringen hinter den Kulissen schließlich ausfallen wird, ist ungewiß. Aber auch wenn die Einzelanträge in der Sache keine Chance haben, können sie den Friedensplan in Gefahr bringen, indem sie die Arbeit der Identifizierungskommission verzögern. Schon jetzt liegt die UNO um etwa drei Monate hinter ihrem Zeitplan zurück. Die Kosten der MINURSO sind jedoch nur bis Anfang 1992 gesichert, und ob in der UNO die Mittel für eine Verlängerung aufgebracht werden, ist ungewiß.

Parallel zum "grünen Marsch" streben die Behörden an, echte Sahrauis nach Möglichkeit vom Geschehen fernzuhalten. Eine große Anzahl der Sahrauis, die im marokkanischen Staatsdienst in den besetzten Gebieten tätig sind, erhielten während der letzten Wochen die Aufforderung, sich "für berufliche Fortbildungskurse" für einige Zeit an Orte in Nordmarokko zu begeben. Solche Manipulationen sind nicht aussichtslos, solange von der MINURSO für die Bevölkerung nichts zu sehen ist und der marokkanische Polizeiapparat ohne jegliche internationale Kontrolle agiert.

Bescheidene Zugeständnisse an den US-Präsidenten

König Hassan II. hat gezeigt, daß er über ein schier unerschöpfliches Arsenal militärischer und ziviler Knüppel verfügt, die er den Vereinten Nationen zwischen die Beine werfen kann. Ob er diese Möglichkeiten ausschöpfen kann, wird letztlich nicht in der Westsahara, sondern in den Hauptstädten Europas und der USA entschieden. So war es nur folgerichtig, daß sich der König seit geraumer Zeit um einen Besuchstermin in den USA bemühte.

Der politische Preis für die Einladung nach Washington war vor allem die Beseitigung jener spektakulärsten Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen in Marokko, die auch die amerikanischen Medien in letzter Zeit beschäftigten. So kam Marokkos prominentester politischer Gefangener, der 65jährige Abraham Serfaty, am 13. September endlich frei. Serfaty, Kopf der kleinen, illegalen Organisation "Illal Amam", war auch in siebzehnjähriger Haft nicht von seiner Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes abgerückt. In Marokko darf Serfaty auch weiterhin nicht in Freiheit leben: er wurde unverzüglich nach Frankreich abgeschoben.

Weiterhin ließen die marokkanischen Behörden durchsickern, daß das berüchtigte geheime Haftzentrum in der Festung von Tazmamart aufgelöst und die Festung selbst geschliffen wurde. In Tazmamart wurden insbesondere die Familien jener Militärs in Sippenhaft und unter besonders grausamen Bedingungen gefangengehalten, die in den frühen siebziger Jahren Putschversuche gegen den König unternommen hatten. Mit Tazmamart verschwand allerdings nur das augenfällige Symbol der Grausamkeit. Die Gefangenen selbst wurden lediglich in andere Haftzentren verlegt, die sie nun mit Hunderten verbliebener politischer Häftlinge des Königs teilen. Als glückliche Ausnahme wurde Leutnant Mbarek Touil die Freiheit geschenkt: er ist mit einer Amerikanerin verheiratet.

Diese bescheidenen Zugeständnisse reichten aus, dem König für Ende September die Eintrittskarte in die USA zu verschaffen. George Bush empfing Hassan II. im Weißen Haus, betonte allerdings in seiner Ansprache nicht nur die Verbundenheit der USA mit Marokko, sondern auch die "volle Unterstützung" der USA für den UNO-Friedensplan in der Westsahara. Einzelne US-Parlamentarier wurden in ihren Kontakten mit dem König noch deutlicher und bekundeten ihre Verwunderung über die "unzulängliche Unterstützung", die der König den Bemühungen der Vereinten Nationen gewähre. Hassan konzentrierte sich seinerseits darauf, sich als tatkräftigen Unterstützer der US-Friedensbemühun-

gen im Nahen Osten und als Vermittler zwischen Arabern und Juden zu präsentieren, wofür ihm insbesondere ein Treffen mit Vertretern jüdischer Organisationen eine geeignete Plattform bot.

Offensichtlich verlangen die USA von König Hassan, daß er sich nicht allzu offen und spektakulär über die Vorgaben der Vereinten Nationen hinwegsetzt. Sie haben ihn bei der militärischen Offensive im August zurückgepfiffen, und sie haben Hassan auch von seiner - schon öffentlich verkündeten - Absicht abgebracht, am 6. November bei einem großen Festakt in der Westsahara zur Feier des 16. Jahrestages des marokkanischen Einmarsches aufzutreten. Dies bedeutet aber keineswegs, daß die USA auf der wortgetreuen Umsetzung des Friedensplans und der korrekten Durchführung des Referendums bestehen, das König Hassan II. mit Sicherheit nicht gewinnen und möglicherweise politisch nicht überleben würde. Die Taktik, die UNO-Operation durch immer neue Probleme und Verzögerungen ins Leere laufen zu lassen, könnte durchaus das Wohlwollen der Bush-Administration genießen.

Anstelle seines Auftritts in der Westsahara hat König Hassan am 6. November in einer Fernsehansprache zu verstehen gegeben, wie er mit dem UNO-Friedensplan weiter umspringen will. Seinem "geliebten Volk" erklärte er nicht nur, daß das Referendum "zur Bestätigung der Marokkanität der Westsahara" bald stattfinden werde, sondern auch, daß Marokko nicht bereit sei, vor dem Referendum die Hoheit über die Westsahara mit der UNO zu teilen oder Verwaltungsaufgaben an sie abzugeben. Eine andere Fahne als die Marokkos bleibe auch während der Referendums-Kampagne verboten, und die Rechtssprechung in der Westsahara könne nur im Namen des Königs erfolgen. Resümee im pluralis majestatis: "Alles geht nach unserem Befehl."

Mit diesen Worten hat der König praktisch all jene Teile des Friedensplans aufgekündigt, die die Kompetenzen der Vereinten Nationen und die Freiheit des Auftretens beider Konfliktparteien im Wahlkampf festlegten. Die Frente Polisario hat den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, auf diese Provokation zu reagieren, aber bisher hat die UNO noch keinen einzigen der marokkanischen Verstöße gegen den Friedensplan förmlich gerügt. Eine entschlossene Reaktion der UNO wird zwar immer dringlicher, aber sie wird nicht wahrscheinlicher. Zum Jahreswechsel wird Perez de Cuellar das Amt des Generalsekretärs abgeben - voraussichtlich an den Ägypter Boutros-Ghali, in den die Marokkaner große Hoffnungen setzen. Marokko selbst wurde für 1992 in den UNO-Sicherheitsrat gewählt - originelle Auszeichnung für einen Staat, der seit 16 Jahren einen Eroberungskrieg führt und die Beschlüsse der Vereinten Nationen hintertrieben und mißachtet hat wie kaum ein anderer.

Martin Schaedel

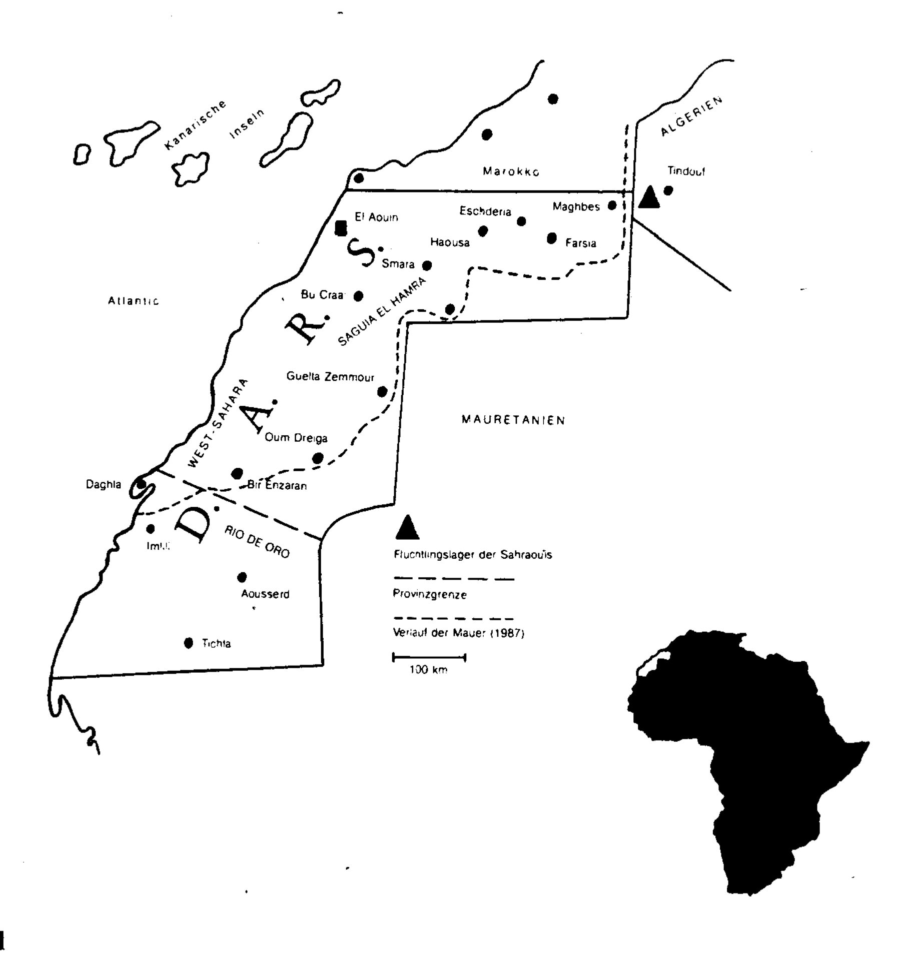
Der Westsahara-Friedensplan

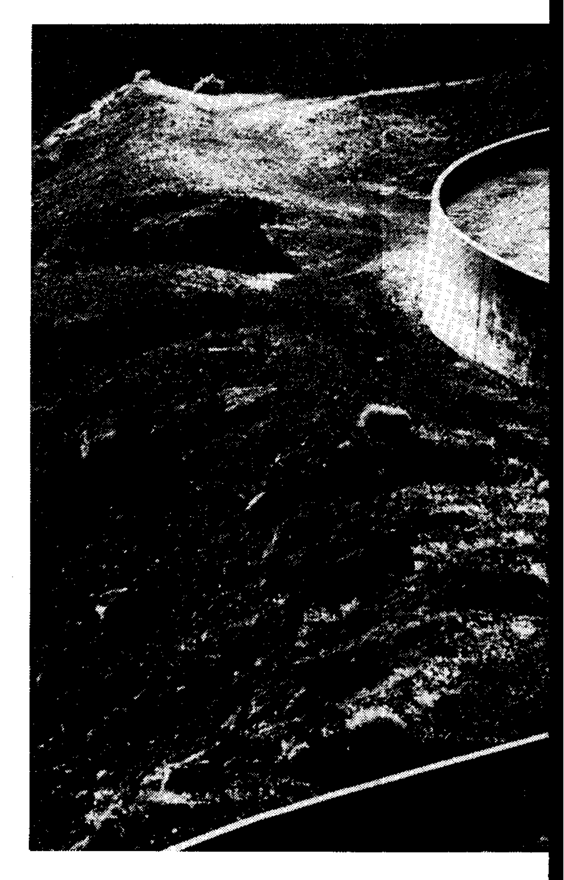
"Wünschen Sie die Unabhängigkeit oder die Integration nach Marokko?" - dies ist die Frage, die nach dem Willen der UNO von den Sahrauis in einem Referendum beantwortet werden soll. Am Referendum sollen sich alle Bewohner der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara beteiligen können, die im letzten spanischen Zensus aus dem Jahr 1974 erfaßt sind oder anhand spanischer Dokumente nachweisen können, daß sie vor der marokkanischen Besetzung längere Zeit dort gelebt haben.

Vor dem Referendum tritt ein Waffenstillstand in Kraft und findet ein Austausch von Kriegsgefangenen statt. Weiterhin sollen alle stimmberechtigten Sahrauis und ihre Familien, die zur Zeit außerhalb des Territoriums, insbesondere in den Flüchtlingslagern in Algerien leben, repatriiert werden. In einer kurzen "Referendums-Kampagne" sollen beide Konfliktparteien die Möglichkeit haben, ihre Positionen den Abstimmungsberechtigten darzustellen. Die Zahl der marokkanischen Soldaten in der Westsahara soll vor Durchführung des Referendums von rund 200.000 auf 65.000 reduziert werden.

Zuständig für die Vorbereitung und Durchführung ist die "Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara", nach dem spanischen Titel abgekürzt MINURSO. Diese Einheit wird von einem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs, dem Schweizer Diplomaten Johannes Manz, geleitet und umfaßt 1700 Soldaten sowie 1000 Polizisten und Verwaltungskräfte aus einer Vielzahl von Staaten. Die MINURSO überwacht den Waffenstillstand, kontrolliert die Truppen der Konfliktparteien in den ihnen zugewiesenen Stellungen, identifiziert die Abstimmungsberechtigten und führt das Referendum durch. Sie hat das Recht, alle Vorschriften oder Praktiken der marokkanischen Verwaltung in der Westsahara außer Kraft zu setzen, die einem korrekten Referendum entgegenstehen. Sie sorgt dafür, daß die Ergebnisse des Referendums respektiert werden und überwacht - je nach Ausgang - den Rückzug Marokkos aus der Westsahara oder die Auflösung der Einheiten der Frente Polisario.

Der Friedensplan wurde im April 1991 vom Sicherheitsrat beschlossen. Der - inzwischen obsolete - Zeitplan sieht vor, im November 1991 die sahrauischen Flüchtlinge zu repatriieren, im Januar 1992 den "Wahlkampf" abzuhalten und anschließend die Abstimmung durchzuführen. Bis Mitte März 1992 soll die MINURSO nach Erledigung ihrer Aufgabe wieder aus der Westsahara abgezogen werden.





Türkei auf dem rechten Weg

Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei am 20. Oktober ist keine der großen Parteien mit der für eine Regierungsbildung erforderlichen Mehrheit hervorgegangen. Die bisherige Regierungspartei ANAP fiel auf den Rang der zweitstärksten Partei zurück und erhielt ganze 24 % der Wählerstimmen, zur stärksten Partei avancierte mit 27 % der Stimmen die rechtskonservative "Partei des rechten Weges" (DYP) von Suleyman Demirel. Der wird nun laut jüngsten Informationen mit der sozialdemokratischen SHP, der mit 20 % der Stimmen drittstärksten Partei, eine Koalitionsregierung bilden.

Der Grund für die vorgezogenen Wahlen war die tiefe Krise, in die sich die regierende ANAP-Partei mit ihrem Chef Turgut Özal seit der Rückkehr der Türkei zu einem formal parlamentarisch-demokratischen System manövriert hatte. Haushaltsdefizite, galoppierende Inflation und Massenverelendung im wirtschaftlichen Bereich, die Politik des Staatsterrors als einzige Antwort gegen die erstarkte kurdische Befreiungsbewegung, aber auch gegen die gesellschaftliche Opposition im Westen der Türkei, sind hier nur zwei Stichpunkte. Auch die im Juni vorgenommene Auswechslung von Parteispitze und Regierung - u.a. die Ernennung des Technokraten M. Yilmaz zum neuen Ministerpräsidenten - konnte die Opposition nicht von ihrer Forderung nach Neuwahlen abbringen.

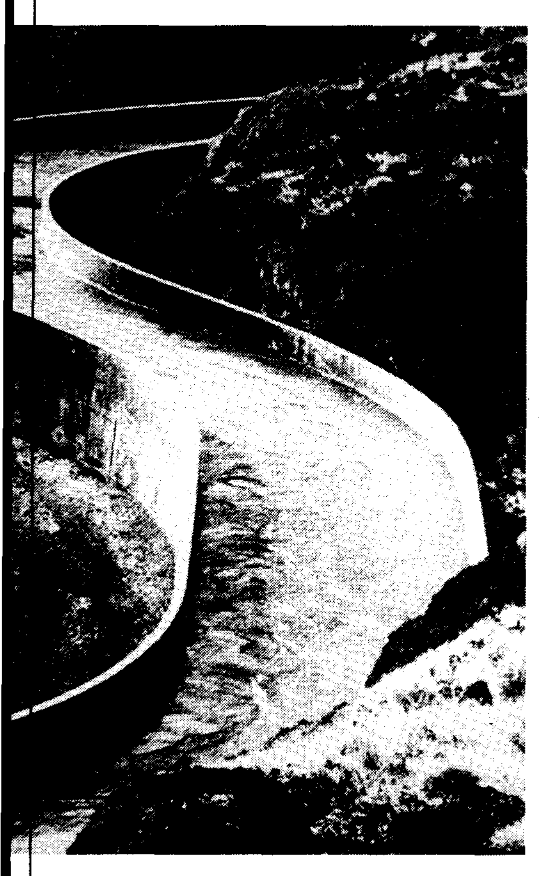
Die Kritik der Oppositon richtete sich auch zu wesentlichen Teilen weniger gegen die Regierung der ANAP, sondern gegen die Person T. Özals und dessen Korruption und Vetternwirtschaft sowie die Nutzung des eher repräsentativ ausgelegten Präsidentenamtes für einen autokratischen Herrschaftsstil an Parlament und oft genug auch der "eigenen" ANAP-Regierung vorbei. Damit ist aber bereits ein Hauptcharakteristikum der 1983 von den Putschgenerälen nach ihren Vorstellungen installierten "Parlamentarischen Demokratie" in der Türkei benannt: Die eigentliche Macht im Staate liegt mitnichten beim Parlament oder der gewählten Regierung, sondern bei der nach 1980 enorm gestärkten Exekutive, d.h. bei der Armee und Gremien wie dem "nationalen Sicherheitsrat". Das Parlament und letztlich auch die Regierung haben mehr oder weniger die Funktion, die dort oder in direkter Absprache zwischen Staatspräsident Özal und Generalstab getroffenen Entscheidungen akklamatorisch zu bestätigen. Dies gilt vor allem für die "nationale Sicherheit" betreffende Entscheidungen, z.B. die jüngsten Miltärübergriffe auf den irakisch besetzten Teil Kurdistans.

Auch das Wahlrecht in der Türkei hat mit den Normen einer bürgerlichen Demokratie wenig gemein. So gilt eine landesweite 10%-Klausel, Parteien müssen in 35 der 70 Provinzen über Ortsvereine verfügen, um sich an den Wahlen beteiligen zu können. Durch eine gnadenlose Bevorzugung der jeweils stärksten Partei bei der Sitzvergabe auf Wahlkreisebene kann es passieren, daß nur eine Partei mit z.B. knapp über 20% der Stimmen ins Parlament kommt und die übrigen fast 80% der Wählerstimmen des Wahlkreises faktisch unberücksichtigt bleiben. Dank Özals Bemühungen, seiner ANAP trotz 1987 bereits schwindender Wählerstimmen die Mehrheit bei den damaligen Wahlen über Änderungen des Wahlrechts zu sichern, kann schließlich eine Partei mit nur ca. 30% der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erreichen.

Zum Wahlkampf sei hier nur angemerkt, daß dieser in "amerikanischem Stil" mit gigantischem Promotion-Aufwand geführt wurde und sich die Politiker dem Volk mit teilweise hahnebüchenen Wahlversprechen (Demirel: ein eigenes Auto und Eigenheim für jede türkische Familie!) als Stars präsentierten, während Parteiprogramme o.ä. nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Der Ausgang der Wahlen mit dem erwarteten, aber mit ca. 27% durchaus nicht in der erwarteten Höhe ausgefallenen Sieg der rechtskonservativen DYP des Süleyman Demirel, führte aber dennoch zu einigen interessanten neuen Konstellationen auf der politischen Bühne der Türkei. Demirels Wahlversprechen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation - "Gläserne Polizeiwachen" und Ächtung der Folter - werden von der linken und demokratischen Opposition als absolut unglaubwürdig eingestuft. Zu gut ist noch in Erinnerung, wie Demirel in Koalition mit den bei diesen Wahlen auch wieder ins Parlament gekommenen Islamisten und Faschisten Ende der 70er Jahre eine Terrorwelle gegen alle demokratischen und linken Kräfte heraufbeschworen und das Land letztlich in den Putsch von 1980 manövriert hatte, als daß seine Selbstdarstellung als geläuterter Demokrat glaubhaft erscheinen kann. Außerdem hat Demirel im Wahlkampf die Vernichtungspolitik gegen den kurdischen Befreiungskampf klar befürwortet und das Antiterrorgesetz, mit dem die Politik des Staatsterrors gegen jede gesellschaftliche Opposition legalisiert wurde (vgl. blätter Nr. 174, S.12ff) als nicht scharf genug kritisiert.

Trotz des grotesken türkischen Mehrheitswahlrechts mußte Demirel sich nach Koalitionspartnern umsehen. Die bisherige Regierungspartei ANAP als nun (mit 24% der Stimmen) zweitstärkste Kraft im Parlament kam dabei trotz weitgehender Kongruenz ihrer politischen Ausrichtung mit der DYP kaum infrage, da Demirel



seinen Wahlkampf vor allem gegen die Person Özals geführt und sogar dessen Entmachtung als Staatspräsident per Verfassungsänderung angekündigt hatte - was er aber inzwischen mangels realistischer Aussicht auf die dazu notwendige Unterstützung anderer Parteien wieder zurückgenommen hat. Auch hatte Ministerpräsident Yilmaz direkt nach der Wahl erklärt, daß seine Partei in die Opposition gehen wolle. Nach den neusten Informationen kommt es nun zu der von der liberalen Presse bereits vor den Wahlen favorisierten Koaliton mit Inönüs sozialdemokratischer SHP. Der neue türkische Ministerpräsident heißt Demirel.

Die Sozialdemokraten sind zwar als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen, doch fiel ihr Wahrlergebnis mit gut 20% der Stimmen enttäuschend aus. Die Spaltung der Sozialdemokratie in Inönüs SHP und die DSP des Ex-Premierministers Ecevit, die mit 10,5% der Stimmen gerade noch ins Parlament gerutscht ist, kann als Erklärung für dieses schlechte Ergebnis nicht hinreichen. Schließlich ist selbst dieses Ergebnis nur dem Umstand zu verdanken, daß die SHP in einem Zweckbündnis ihre Listen für die KandidatInnen der prokurdischen linken HEP geöffnet hatte, nachdem diese mit formalrechtlichen Tricks von der Wahl ausgeschlossen worden war. Mit Ergebnissen von teilweise über 70% in den kurdischen Provinzen verhinderten die kurdischen KandidatInnen eine noch dramatischere Wahlschlappe der SHP und zogen mit 22 Abgeordneten ins Parlament ein.

Der Einzug dieser Gruppe ist die eigentliche Sensation der Wahlen, schließlich ist es damit der kurdischen Befreiungsbewegung in der Türkei erstmals gelungen ein parlamentarisches Standbein zu erlangen - und daß sie sich als ein solches sehen, haben die HEP-Abgeordneten unmißverständlich erklärt. Für die SHP werden nach den Wahlen heftige Flügelkämpfe um die Haltung in der "kurdischen Frage" erwartet. Schließlich ist die HEP erst im März 1990 u.a. von einer Gruppe von kurdischen SHP-Abgeordneten gegründet worden, die wegen ihres Bekenntnisses zu ihrem Kurdentum mit Parteiausschlußverfahren belegt worden waren. Dies wurde zwar inzwischen von Inönü als "bedauerlicher Irrtum" bezeichnet, von einer gründlichen und glaubhaften Abwendung der SHP von der kemalistischen Doktrin der Nichtanerkennung des kurdischen Volkes kann jedoch keine Rede sein.

Die kurdischen Abgeordneten haben bereits angekündigt, sich wieder von der SHP zu trennen und eine eigene Fraktion zu konstituieren, wenn sie keine eigenständige HEP-Politik innerhalb der SHP-Fraktion betreiben können. Der Knackpunkt für einen Bruch mit der SHP dürfte erreicht sein, wenn diese in Regierungskoalition mit Demirels DYP eine Fortsetzung des "Spezialkrieges" gegen die kurdische Befreiungsbewegung mitträgt. Doch auch so rumpelt es bereits in der frischgewählten SHP-Fraktion.

Die Vereidigung der kurdischen Abgeordneten geriet zum tumultartigen Eklat, weil die Abgeordneten Hatip Dicle (u.a. Vorsitzender des Menschenrechtsvereins Diyarbekir) und Leyla Zana (Journalistin und Frau des lange inhaftierten ehemaligen Bürgermeisters von Diyarbekir) mit Halstüchern in den kurdischen Nationalfarben auftraten und von der vorgeschriebenen Eidesformel abwichen - Leyla Zana gar auf kurdisch, ein unerhörter und zuvor nie gehörter Affront in der "Großen Nationalversammlung der Türkei". Staatspräsident Özal bezeichnete dies als Unterstützung einer "terroristischen Organisation" und Inönü, statt sich vor die kurdischen Abgeordneten zu stellen, forderte Zana und Dicle zur Rückgabe ihrer Mandate auf.

Großes Aufsehen vor allem in der westlichen Presse hat das mit 17% gute Abschneiden der islamisch-fundamentalistischen "Wohlfahrtspartei" RP von Erbakan erregt, es wurde die Gefahr des Abdriftens der Türkei vom Westen in das islamische Lager heraufbeschworen. In der Tat ist dieses gute Wahlergebnis sicher auch ein Resultat der von Özal betriebenen Politik der kontrollierten Reislamisierung in der Türkei, sollte aber dennoch nicht überbewertet werden.

Um ein Überschreiten der 10% - Hürde sicherzustellen, waren die Islamisten ein Wahlbündnis mit der neofaschistischen MCP des Alparslan Türkes eingegangen. Dieser war vor dem Putsch als Chef der faschistischen Terrorbanden der "grauen Wölfe" für zahlreiche Massaker und Terrorakte verantwortlich. Auch Erbakan hat vor dem Putsch eine ähnlich unrühmliche Rolle gespielt. Die Rückkehr dieser Figuren auf die politische Bühne und ihre Vision einer antiwestlichen, islamisierten und aggressiv expansionistischen Türkei weckt natürlich vor allem bei Linken zu Recht ungute Erinnerungen wach und schürt Ängste vor einem noch weitergehenden Rechtsruck im gesellschaftlichen Klima der Türkei.

Bei einer Betrachtung des Wahlergebnisses der RP unter dem Aspekt, daß hier das Wählerpotential von Islamisten und Faschisten zusammen abgedeckt wurde, relativiert sich deren Wahlerfolg wieder. Bei den Kommunalwahlen 1989 konnten beide noch getrennt agierend insgesamt ca. 14% der Wählerstimmen binden, das bedeutet einen Zuwachs von ganzen 3% bei den jetzigen Wahlen. Und dieses Ergebnis entspricht wiederum ziemlich genau dem Wählerpotential, das Faschisten und Islamisten zusammen bereits vor dem Putsch mobilisieren konnten.

Eine Koalition Demirels mit der RP wäre zwar rechnerisch regierungsfähig, aber wegen der bereits oben erwähnten Hypothek von Demirels Zusammenarbeit mit diesen Kräften vor dem Putsch politisch mehr als unklug gewesen, hätte sie doch Demirels Image des "geläuterten Demokraten" auch in den Augen breiter Wählerschichten den Boden entzogen.

uwo

Kolumbien in guter Verfassung

Neue politische Kräfte, Teile der ehemals bewaffneten Guerilla und einige Vertreter der indigenen Bevölkerung arbeiteten gemeinsam mit den herrschenden politischen und ökonomischen Eliten Kolumbiens im ersten Halbjahr 1991 eine neue Verfassung aus. Am 5. Juli trat sie in Kraft. Der Artikel beschreibt die gesellschaftlichen und machtpolitischen Veränderungen, die zu der Verfassungsreform führten. Im Zentrum der Analyse steht der "Elitenkonsens", durch den die politischen Eliten Kolumbiens seit Jahrzehnten versuchten, die gesellschaftliche Entwicklung zu kontrollieren und zu organisieren. Seit den achtziger Jahren hat dieser "Elitenkonsens" an Einfluß verloren. Wie grundlegend die Reformen wirklich sein werden, wird sich daran zeigen, wie die Gewinner der Kongreßwahlen die neue Verfassung umsetzen.

Beiträge zur politischen Analyse Kolumbiens verweisen fast zwangsläufig auf den Gegensatz zwischen der Stabilität der staatlichen Institutionen und der Instabilität der sozialen und politischen Verhältnisse. Das Land ist berüchtigt für seine hohe Rate politisch motivierter Gewalttaten. Es ist kein Geheimnis, daß die Militärs relativ große Handlungsfreiheit genießen, ihre Beteiligung an politisch motivierten Gewalttaten ist wohlbekannt und belegt. Daneben schaffen aber auch andere Formen staatlichen Handelns die Grundlagen für politische Gewalt und soziale Polarisierung. Kolumbiens Regierungen haben sich seit über 40 Jahren und fast ohne Pause auf den Ausnahmezustand gestützt, um Bereiche wie Gewerkschaftspolitik, Sicherheitspolitik und das Justizsystem zu regeln. Hinzu kommt die mangelhafte Wahrnehmung sozialstaatlicher Funktionen und die Monopolisierung des Staates durch die beiden großen traditionellen Parteien, Liberale und Konservative.

Die Stabilität des politischen Systems Kolumbiens ist das Ergebnis eines Abkommens zwischen den Eliten beider Parteien, das den Namen 'Frente Nacional' erhielt. Liberale und Konservative stellten von 1958 bis 1974 abwechselnd den Präsidenten. Sie teilten Ministerien und Posten im Staatsapparat minutiös untereinander auf, und schlossen dritte Parteien von der Macht aus. Die Vergabe politischer Ämter und Verwaltungsposten erfolgt noch bis heute nach parteipolitischen Kriterien.

Auf lokaler und regionaler Ebene setzen Partei-Bosse (die sog. 'caciques') den Elitenkonsens durch: Ämter und Posten werden über die verschiedenen Fraktionen vergeben und sind damit Gegenstand von innerparteilichen Absprachen. Entscheidend für die Loyalität der Wählenden ist bis in die jüngste Zeit der Kauf von Wählerstimmen bzw. die Vergabe von Leistungen im Austausch gegen politische Gefolgschaft. Das heißt, die beiden Parteien sicherten einerseits den Zugang zu Finanzmitteln und politischer Macht, andererseits die klientelistische Verteilung von Ressourcen.

Seit Ende der 60er Jahre verfügen die Parlamentarier über Finanzmittel (die sog. 'auxilios parlamentarios'), deren Umfang und Verteilung sie selbst bestimmen - ein höchst effektives Instrument klientelistischer Politik. Aber nicht nur im Parlament, sondern auch in anderen staatlichen Institutionen werden Ministerien und Ämter nach klientelistischen Kriterien verteilt.

Die Krise des alten Regimes

Das Herrschaftssystem war natürlich zu keiner Zeit krisenfest. Praktisch von Beginn an mußte sich das Regime der Frente Nacional mit Legitimitätsproblemen auseinandersetzen. Seit den 60er Jahren sind Wahlenthaltungen von über 50 Prozent die Regel. Genauso wie politische Verbrechen und der Ausnahmezustand zur Tagesordnung gehört. Und doch gab es gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen, die schließlich eine Verfassungsgebende Versammlung (VV) erforderlich machten.

Der Modernisierungsprozeß, den Kolumbien in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, schuf eine neue, komplexere Gesellschaft. Lebten zu Beginn der Frente Nacional noch 70 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande und 30 Prozent in der Stadt, so kehrte sich dieses Verhältnis bis heute um. Der anwachsende akademische und technische Mittelstand (mit Schlüsselstellungen im technischen und wissenschaftlichen Sektor) empfindet das alte Parteienregime als ungerecht und entwicklungshemmend.

Wie andere Länder Lateinamerikas steht auch Kolumbien heute unter dem Druck, sich den Zwängen der Weltwirtschaft anzupassen. Ausländische Investitionen, Exportförderung, Subventionsabbau, Privatisierung und Schrumpfung des Staatsapparates sind auch hier die (von Weltbank und IWF empfohlenen) Strategien. Dieser Umbau betrifft besonders die kleinen und mittleren Industrie- und Agrounternehmen und eben die politischen 'caciques' und ihre Seilschaften im Staatsapparat. In dieser Situation formen sich neue Allianzen, entstehen Koalitionen außerhalb der alten Institutionen.

Entscheidend für die Reform war jedoch die Krise des Elitenkonsenses, der die Stabilität des Regimes der Frente Nacional abgesichert hatte.

In beiden großen Parteien fordern Fraktionen eine 'rationalere' Verteilung der staatlichen Ressourcen. Derartige Forderungen sind nicht neu. Seit den 80er Jahren ist die Modernisierung des Staates aber zu einem Thema geworden, das innerhalb der Elite mehrheitsfähig ist. Innerhalb der Liberalen Partei bestehen Widersprüche zwischen den Modernisierern um Virgilio Barco (Präsident, 1986-90) und seinem Nachfolger Gaviria und einer Reihe wichtiger 'caciques'. Bei den Konservativen kam es zur Spaltung, als die 'Modernisierer' unter Alvaro Gómez Hurtado (Sohn des rechtsextremen Expräsidenten Laureano Gómez) im letz-



Die ehemalige Guerilla-Organisation M-19 setzte auf die Unterstützung aus der städtischen Mittelschicht und verzichtete von vornherein auf eine systemkritische Haltung

ten Jahr die 'Bewegung der Nationalen Rettung' gründeten (Movimiento de Salvación Nacional - MSN).

Auch das Machtgefüge in den ländlichen Gegenden Kolumbiens kam ins Wanken. So formierten sich regionale, rechtsradikale Allianzen aus Großgrundbesitzern, Drogenhändlern und Militärs, die seit Mitte der 80er Jahre gewaltsam eine politische Schlüsselposition anstrebten. Dieser Konflikt gipfelte im August 1989 in der Ermordung des liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galtán. Was in der internationalen Presse als Krieg gegen den Drogenhandel verkauft wurde, war in Wirklichkeit eine Auseinandersetzung zwischen zwei Interessengruppen - dem neoliberalen Modernisierungsprojekt Barcos und dem faschistisch-reaktionären Entwurf der 'Neuen Rechten'. Als Beleg für die These kann die Tatsache gelten, daß vornehmlich jene Drogenbosse von diesem Krieg betroffen waren, die mit dem Großgrundbesitz verflochten waren und sich politisch exponiert hatten: Während die Führungsspitze des Drogenkartells von Medellín umkam bzw. sich an die Behörden auslieferte, blieb das Cali-Kartell bis in die jüngste Zeit praktisch unbehelligt. Die Bosse aus Cali (der drittgrößten Stadt Kolumbiens) pflegen nicht nur einen zurückhaltenden 'Geschäftsstil', sie haben sich v.a. viel weiter in das moderne Industrie- und Finanzkapital Kolumbiens integriert und stehen dem Modernisierungsprojekt der liberalen Regierung folglich näher als ihre Konkurrenten aus Medellín.

Diese Konflikte haben das Modernisierungsprojekt immer stärker auf die politische Tagesordnung gesetzt. Das Vorgehen des Liberalen Barcos stand aber deutlich unter dem konservativen Law-and-order-Ansatz und öffnete auf diese Weise neue politische Freiräume links von der Regierung. So konnte die AD/M-19 zum Katalysator eines breitgefächerten Spektrums von Anti-Haltungen werden.

Mit der Rückkehr der Guerillagruppe 'Movimiento 19 de Abril' (M-19) ins zivile politische Leben betrat eine neue politische Kraft mit progressivem Anstrich die Szene. In Verbindung mit der Alianza Democrática (AD) verzichtete die M-19 von vornherein auf eine systemkritische Haltung und suchte stattdessen den Zugang zu den politischen Entscheidungszentren. So beteiligte sie sich an der Regierung des derzeitigen Präsidenten Gaviria und stellt den Gesundheitsminister. Diese Strategie ging auf Kosten programmatischer Klarheit und des Aufbaus einer soliden Parteibasis, ermöglichte jedoch den Zugang zum großen Stimmenpotential der städtischen Mittelschichten.

Wer kontrolliert den Reformprozeß?

Die Liberalen unter Barco waren in ihrem Reformprozeß zu zögerlich. Das Hauptgewicht ihrer Bemühungen lag auf der Modernisierung des staatlichen Verwaltungsapparates. Beim Thema der politischen und sozialen Befriedung zeigte Barco weder die couragierte Initiative des Vorgängers Betancur, noch die Durchsetzungsfähigkeit seines Nachfolgers Gaviria. Eine von ihm angeregte Verfassungsreform scheiterte im Kongreß.

Das Thema Verfassungsreform sollte jedoch nicht mehr aus der politischen Diskussion verschwinden. Dies erklärt, daß Anfang 1990 die Initiative einiger Studenten so rasch von den Massenmedien und den etablierten politischen Kräften aufgenommen wurde. Ziel der Staatsführung war es, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um so den Reformprozeß kontrollieren zu können. Vor allem war sie daran interessiert, die Reichweite der Verfassungsreform durch ein politisches Abkommen zu kontrollieren. Im August 1990 einigten sich die Führer der mittlerweile vier wichtigsten politischen Kräfte (Liberale, Konservative, AD/M-19 und MSN) auf einen Themenkatalog für die Verfassungsgebende Versammlung (VV). Die etablierten Kräfte machten damit einmal mehr einen Elitenkonsens zum zentralen Instrument kolumbianischer Politik. Weder MSN noch die AD/M-19 strebten eine Veränderung der politischen Praktiken an. Das dem Abkommen entsprungene Dekret erklärte im Oktober 1990 der Oberste Gerichtshof jedoch für ungültig: Eine thematische Einschränkung der VV sei nicht statthaft.

Ein neuer Elitenkonsens

Schließlich kam es, im Dezember 1990 zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung. Die geringe Wahlbeteiligung von nur 24% machte es notwendig, wenigstens durch deutliche Mehrheiten das Legitimitätsproblem zu überwinden. Die AD/M-19 und MSN, zusammen mit einigen kleineren Parteien und Gruppen, verfügten zwar über eine knappe Mehrheit, bildeten jedoch keinen kohärenten Block. Die Liberalen als stärkste Partei waren - Folge auch ihrer Wahlkampfstrategie - ein relativ loses Konglomerat von Fraktionen. So bildete sich rasch eine Achse, die von einer Mehrheitsfraktion der Liberalen (einschließlich der Regierung) über die AD/M-19 bis zur MSN reichte und häufig komfortable Mehrheiten möglich machte. Demgegenüber war die Konservative Partei in eine schwere Krise geraten und trat als politische Kraft weitgehend in den Hintergrund.

Bei den Debatten in der verfassungsgebenden Versammlung machten die Modernisierer den Kongreß zum Hauptschuldigen für die Krise des Regimes. Dieser habe, so der Tenor der Vorwürfe, seine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive nicht wahrgenommen und stattdessen lediglich den politischen und persönlichen Ambitionen der Parlamentarier gedient. Wichtige Änderungen in der Verfassung betrafen demzufolge die Artikel zur Legislative:

1. Senat und Repräsentantenhaus wurden personell abgespeckt. Insgesamt leistete Kolumbien sich zuletzt 626 Kongreßmitglieder (einschließlich ihrer jeweiligen Stellvertreter). Im neuen Kongreß werden es 268 sein.
2. Die Senatoren werden nun national gewählt, nicht mehr nach Departa-



Die Forderung nach der Demilitarisierung der Polizei war bei der verfassungsgebenden Versammlung kein Thema

mentos. Das ist ein Schlag gegen die Machtbasis der regionalen 'caciques' und ein Vorteil für die kleineren Parteien und Bewegungen.

3. Eine Reihe von einschränkenden Bestimmungen soll Postenschieberei und Ämterpatronage unterbinden.
4. Gegen den Klientelismus richtet sich das Verbot der 'auxilios parlamentarios'. Allerdings kann die Exekutive nun gemeinnützige Institutionen unterstützen, die bisher von Zuweisungen der Parlamentarier lebten.
5. Das Recht der Opposition auf den Zugang zu Informationen und öffentlichen Massenmedien werden garantiert.

Die neue Verfassung, das wird deutlich, zielt auf die Entstehung einer neuen politischen Klasse ab. Diese soll personell wie finanziell unabhängig von der alten ökonomischen Elite sein. Die Verteilung von Ressourcen und die Vergabe der Posten soll außerdem nach technischen, nicht nach politischen Kriterien erfolgen. Beides ist jedoch nicht automatisch gewährleistet.

Viele caciques werden auch weiterhin politischen Einfluß ausüben. In vielen Regionen verfügen lediglich die traditionellen Kräfte über ein politisches Netzwerk. Ihre finanzielle Ausstattung ist oft besser als jene der oppositionellen Bewegungen. Die Verteilung von Stipendien, Arbeitsplätzen und öffentlichen Aufträgen hat außerdem Loyalitätsbeziehungen geschaffen, die nicht von heute auf morgen zerfallen werden. Die Idee einer unpolitischen, technokratischen Exekutive, Grundlage der Reformen am politischen System, ist unrealistisch.

Das Problem der Menschenrechte

Die Nicht-Bestrafung von Gewaltverbrechen und die Menschenrechtsverletzungen der staatlichen Sicherheitsorgane sind zwei wesentliche Aspekte der öffentlichen Diskussion in Kolumbien. Gleichwohl blendete dieses Thema die verfassungsgebende Versammlung fast vollständig aus. Wichtige Forderungen der Menschenrechtsorganisationen, etwa die Demilitarisierung der Polizei und die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung, waren nicht Gegenstand der Debatten. Während die beiden traditionellen Parteien und die MSN von vornherein wenig Interesse an dieser Diskussion zeigten, war die Haltung der AD/M-19 offenkundig Resultat einer Übereinkunft mit den Militärs: Im Austausch für die reibungslose politische Integration der M-19 blieben die Sicherheitsorgane in der verfassungsgebenden Versammlung tabu. Neben den Kartellbossen, die das Verbot der Auslieferung von Kolumbianern an andere Staaten erreichten, haben die Militärs wohl die erfolgreichste Lobbyarbeit geleistet.

Sozialstaat und Wirtschaftssystem

Immer wieder werden die tiefen sozialen Gegensätze als eine der Ursachen für die Gewalt in Kolumbien angeführt. Diese Position findet auch in der Verfassung ihren Niederschlag: Sie enthält eine Reihe von Normen, die den Staat für die soziale Wohlfahrt der Bevölkerung verantwortlich machen und ihm weitreichende Interventionsmöglichkeiten einräumen. Daneben finden sich aber auch Bestimmungen, die auf eine Stärkung der Marktkräfte und der privaten Initiative hinauslaufen. Zum Teil stehen diese Normen recht unvermittelt nebeneinander, was die heterogene Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung widerspiegelt: Da weder die interventionsstaatliche noch die neoliberale Position für sich genommen mehrheitsfähig waren, integrierte man beide in die Verfassung.

Erstmals wird wirtschaftliche Konkurrenz als Recht definiert. Bei der Bereitstellung von sozialen Leistungen wird ausdrücklich die Möglichkeit privater oder gemeinschaftlicher Anbieter erwähnt. Sozialstaatliche Elemente nehmen breiteren Raum in der Verfassung ein. Den Sozialausgaben wird im Haushalt Priorität über alle anderen Ausgaben eingeräumt - es sei denn, Gründe nationaler Sicherheit stehen dem entgegen.

Aber auch ohne diese - weit auslegbare - Einschränkung stellt sich die Frage, wer denn die Kosten für die Sozialausgaben tragen soll. Entweder muß der Staat sparen, oder sich neue Einkommensquellen erschließen, und zwar über Steuern und Abgaben. Bis in die jüngste Vergangenheit besteuerte die kolumbianische Regierung v.a. den Konsum. Einkommen und Besitz hingegen wurden geschont. Die ökonomische Elite profitierte zudem von einem maroden Steuersystem, das die Steuerflucht begünstigte. Beides wird in diesem Umfang nicht mehr möglich sein: Konsumsteuern belasten besonders den städtischen Mittelstand, um dessen Stimmen alle Parteien konkurrieren. Auf der anderen Seite wird aber jeder Versuch, Produktion und Besitz stärker (oder effektiver) zu belasten, auf den erbitterten Widerstand der ökonomischen Eliten stoßen.

Zur Realisierung einer sozialen Politik bedarf es politischen Drucks. Die gesellschaftspolitischen Organisationen (Gewerkschaften, Bauernverbände, lokale Selbsthilfegruppen, etc.) sind in Kolumbien jedoch ausgesprochen schwach, was auf ideologische Zersplitterung, eine restriktive Gesetzgebung und auf den Schmutzigen Krieg gegen die Vertreter dieser Organisationen zurückzuführen ist.

Politische Beteiligung und Dezentralisierung

Die Kommune ist nun die "Grundeinheit" des politischen Systems Kolumbiens. Ihr Anteil an den laufenden Einnahmen der Nation soll sich zwischen 1993 und 2002 von 14 Prozent auf mindestens 22 Prozent erhöhen. Als Grundsatz gilt, daß Probleme dort gelöst werden sollen, wo sie entstehen, und zwar unter Beteiligung der Betroffenen. Die Kehrseite der Medaille ist, daß viele Probleme

als lokal identifiziert werden, die ihre Ursachen in größeren Zusammenhängen haben. Es besteht die Gefahr, daß politische Beteiligung sich in der Beschäftigung mit lokalen Problemen erschöpft. Zwar gibt es eine Reihe direkter Beteiligungsformen (Volksentscheid, Volksbefragung, etc). Allerdings sind diese Normen regelungsbedürftig und ihre konkrete Ausgestaltung wird darüber entscheiden, ob es sich hier um eine echte Öffnung handelt oder lediglich um eine Vorspiegelung direkter Demokratie.

Kolumbiens neues Regime

Die Integration neuer politischer Kräfte hat bislang nicht zu einem Wandel in der politischen Praxis geführt. Nach wie vor sind Absprachen innerhalb der Elite wichtiger als die Willensbildung durch die Bevölkerung. Dies zeigte sich im Vorfeld der Wahlen vom 27. Oktober: Liberale und Konservative kungelten in gewohnter Weise ihre Kandidatenlisten aus, während sich die AD/M-19 auf die Bildung regionaler Koalitionen mit Vertretern des Establishments konzentrierte. Alle großen Parteien weisen zudem Defizite bei der internen Demokratisierung auf.

Die neue Verfassung ist das Ergebnis eines neuen Elitenkonsenses. Dieser Konsens erstreckt sich auf die Reform des traditionellen klientelistischen Regimes, auf die Lösung von Konflikten zwischen den Eliten und auf die Unantastbarkeit der Streitkräfte. Um die neue Verfassung vor einer Gegenreform durch den alten Kongreß zu schützen, kamen die Führer von AD/M-19, MSN und der Liberalen Partei (einschließlich Gavirias) am 7. Juni 1991 überein, den Kongreß aufzulösen und für den 27. 10. Neuwahlen auszuschreiben. Erneut wurde eine grundlegende politische Entscheidung mittels eines Elitenabkommens gefällt. Die Wahlenthaltung lag wieder bei weit über 50% und es haben sich alte Konstellationen behauptet.



Präsident Gaviria hat nun freie Hand bei der legislativen Ausgestaltung der Verfassung



Die 'Asamblea Constitucional' (verfassungsgebende Versammlung) unter militärischer Bewachung

Was die Kräfteverhältnisse im neuen Kongreß anbelangt, erweisen sich die Liberalen als klare Wahlsieger. Mit einer absoluten Kongreßmehrheit im Rücken kann Präsident Gaviria nun die legislative Ausgestaltung der Verfassung nach seinem Gutdünken vornehmen, sofern er es schafft, seine Parteifreunde im Parlament bei der Stange zu halten. Es steht zu erwarten, daß in der Menschenrechtsfrage die bisherige autoritäre Haltung der Regierung beibehalten wird, daß die sozialstaatliche Komponente der Verfassung zugunsten der marktorientierten an Bedeutung verliert und daß die Frage der direkten politischen Beteiligung eher restriktiv gehandhabt wird.

Zu den großen Wahlverlierern gehört die AD/M-19, die bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung im Dezember 1990 ca. 27 Prozent der Stimmen erhielt und bei den Kongreßwahlen auf 10 Prozent absackte. Wie es scheint, bestand die historische Rolle der AD/M-19 darin, Mehrheitsbeschafferin eines Modernisierungsprojektes zu sein, auf dessen weitere Entwicklung sie nur geringen Einfluß hat. Im Wahlkampf der vergangenen Monate hat die AD/M-19 dabei versagt, personelle und programmatische Alternativen zu den etablierten Parteien zu entwickeln. Es wurde im Gegenteil deutlich, daß ihr an einer Reform der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft nichts lag.

Wichtig ist dabei auch die Renaissance der Konservativen Partei. Zusammen mit der Bewegung 'Neue Kraft' von Andrés Pastrana (Sohn des Expräsidenten Pastrana) erreichte sie ca. 20 Prozent der Stimmen, während die MSN von 16 (Dez.'90) auf 5 Prozent absackte. Allerdings ist es noch fraglich, ob die dem konservativen Lager zuzurechnenden Parteien, Listen und Bewegungen wieder zur politischen und organisatorischen Einheit gelangen werden.

Das aktuelle politische Klima in Kolumbien erweckt den Eindruck, daß die mit der Verfassung eingeleiteten Wandlungsprozesse auch weiterhin Chefsache bleiben. Der Alltag der kolumbianischen Bevölkerung, dies ist auch ein Ergebnis der Wahl, wird durch die neue Verfassung nicht revolutioniert.

Die neue Verfassung bietet einen institutionellen Rahmen, der Veränderungen auf verschiedenen Gebieten grundsätzlich ermöglicht. In diesem Sinne ist Kolumbien zwar noch längst nicht in guter, wohl aber in besserer Verfassung als zuvor.

Christian von Haldenwang



Weltmarktorientierung und soziale Demokratie

Die Quadratur des Kreises?

In vielen lateinamerikanischen Staaten, aber auch außerhalb des Kontinents wird Chile als Modellfall angepriesen. Selbst die ehemals scharfen Kritiker des Militärregimes, die insbesondere die "einseitige" Weltmarktintegration als Irrweg bezeichnet hatten, bestätigen heute die im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten stabile ökonomische Situation in Chile. Zwischen Wirtschaftspolitikern der Diktatur und der Demokratie besteht ein Konsens: Es gibt kein Zurück zur traditionellen Importsubstition. Dirk Messner, am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin beschäftigt, bewertet den Versuch der chilenischen Regierung, Weltmarktorientierung und soziale Demokratie zusammenzubringen.

Nach dem Militärputsch von 1973 wurden in Chile radikale monetaristisch-neoliberale Wirtschaftsreformen durchgeführt und das bis dahin dominante Entwicklungsmodell der geschützten industriellen Importsubstitution zerstört. Ziel des Wirtschaftsprogramms der Militärjunta war die möglichst rasche Eingliederung Chiles in die Weltwirtschaft. Das Regime setzte eine massive Deregulierung und Entbürokratisierung (Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Rücknahme von Preiskontrollen, Aufgabe von Sektorpolitiken) sowie umfassende Privatisierungen durch. Die Zölle wurden von durchschnittlich 94% im Jahre 1973 auf einen Einheitssatz von 10% 1979 gesenkt, die Währung abgewertet und die staatlichen Regulierungen im Finanzsektor (Kapitalverkehrskontrollen usw.) zügig abgebaut.

Die radikale Liberalisierung und Außenöffnung implizierte hohe **soziale Kosten.** Der Reallohnindex in der Industrie sank von 1970: 100 auf 1987: 64,6%. Die **ökonomische Liberalisierung** ging einher mit der Zerstörung aller demokratischen Institutionen und einer Zerschlagung der Gewerkschaften. Der Umbruch von der Binnenmarkt- zur Weltmarktorientierung der Ökonomie wurde **autoritär flankiert.** Die Diktatur setzte sich jedoch nicht nur gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen die Interessen der nationalen, durch hohe Zollmauern verwöhnten Industrieunternehmer durch, die die Außenöffnung unter enormen Wettbewerbsdruck setzte. Daß dies gelang, ist wohl nur mit dem Trauma zu erklären, das der "Allende-Sozialismus" für die Unternehmer ausgelöst hatte: Gegenüber einer Fortsetzung des sozialistischen Reformprojekts stellte sich ihnen die Öffnung zum Weltmarkt als das kleinere Übel dar. In vielen anderen lateinamerikanischen Ländern wehrten sich die nationalen Industrieunternehmer auch unter den Militärregimen der 70er Jahre, die ähnliche Wirtschaftskonzepte wie das chilenische Regime umsetzen wollten, erfolgreich gegen den Abbau ihrer Privilegien.

Der ökonomische Restrukturierungsprozeß verlief keineswegs linear, sondern ungleichmäßig und krisenhaft. Spekulation, Kapitalflucht und eine steigende Außenverschuldung kennzeichneten die Umbruchphase von dem alten Modell zur Weltmarktorientierung ebenso wie niedrige Investitionsquoten und Deindustrialisierung: der Anteil der Industrie am BSP sank zwischen 1970/73 und 1985 von 27% auf 20%.

Erst ab 1985 scheint die **krisenhafte Transformationsphase** abgeschlossen und die Volkswirtschaft stabilisiert. Seitdem weist die chilenische Wirtschaft reale Wachstumsraten von über 5% auf und die Exporteinnahmen stiegen von etwa 5 Mrd. US $ (1985) auf rund 8 Mrd. US $ (1990). Die öffentlichen Haushalte sind ausgeglichen, die Handelsbilanz weist Überschüsse auf, die Auslandsverschuldung konnte von 21 Mrd. US $ (1985) auf 16 Mrd. US $ (1990) verringert werden und beachtliche ausländische Direktinvestitionen fließen nach Chile. Die Arbeitslosigkeit, die lange Zeit über 15% gelegen hatte, ging stark zurück und wird für Ende 1988 offiziell mit 7% angegeben.

Die Exporte haben sich zudem diversifiziert. Vor allem die Abhängigkeit Chiles von seinem Hauptexportprodukt, dem Kupfer, ist zurückgegangen. 1970 lag der Anteil der Kupferexporte am Gesamtexport noch bei 76%, 1990 bei etwa 40%.

Festzuhalten bleibt, daß Chile nach der

schweren **"Bereinigungskrise"** und dem Zusammenbruch vieler ineffizienter Industriebereiche über eine stabilisierte Ökonomie und wettbewerbsfähige Entwicklungspole verfügt. Damit sind die Bedingungen für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung günstiger als in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern.

Kein Zurück zur traditionellen Importsubstitution

Die Diskussion in Lateinamerika über die Krise des alten Entwicklungsmodells der Importsubstitution führte zu einem Perspektivenwechsel.[1]

Als Ergebnis dieser Diskussion besteht nun unter den lateinamerikanischen Entwicklungsökonomen zunehmend Einigkeit darüber, daß sich das in Lateinamerika vorherrschende Entwicklungsmodell binnenmarktorientierter Industrialisierung (Industrialisierung durch Importsubstitutionen - ISI) als nicht tragfähig erwiesen hat und wesentlich zur sukzessiven Marginalisierung Lateinamerikas in der Weltwirtschaft beitrug.[2]

Die einseitige Orientierung der Industrie auf den engen Binnenmarkt führte in die **Wachstumsfalle**; die steigenden Importe zum Aufbau des Industriesektors, der selbst keine Deviseneinnahmen realisierte, führten in die Zahlungsbilanzkrise und die **Verschuldungsfalle**; fehlender innerer und äußerer Wettbewerb hemmte die Modernisierungsdynamik und führte in eine **Effizienzfalle**; die geringeren Produktivitätszuwächse verengten die Spielräume für Reallohnerhöhungen, somit die nationalen Nachfragepotentiale und führten in die **soziale Falle** des Entwicklungsmodells; die hohen Zollmauern und die Subventionsstrategien des Staates begünstigten Klientelismus und Korruption und eine ausgeprägte Subventionsmentalität im Unternehmerlager; der scheinbar starke Entwicklungsstaat wurde immer handlungsunfähiger.

Auf der Grundlage dieser Analyse richtet sich die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Militärs nun auf die zu radikal vollzogene, sozial unverträgliche und mit diktatorischen Mitteln durchgesetzte Weltmarktintegrationsstrategie, jedoch nicht mehr gegen die Weltmarktorientierung per se.

Die Kritiker des chilenischen Projektes

Die aktuellen Entwicklungen in Chile haben sowohl in dem Andenstaat selbst, wie auch international eine entwicklungstheoretische Diskussion ausgelöst, in der die Frage im Mittelpunkt steht, inwieweit es sich bei den von der "Concertación" (so nennt sich die Regierungskoalition) verfolgten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitiken überhaupt um **Neuorientierungen** handele **oder** nicht vielmehr **Kontinuitätstendenzen** (mit dem neoliberalen Modell der Pinochet-Diktatur) überwiegen.

Drei Positionen sind unterscheidbar:

Erstens wird aus einer fundamental kritischen Perspektive konstatiert, daß die Leitlinien der chilenischen Regierung eine Übernahme neoliberaler Politikmuster und damit die Fortsetzung einer unsozialen Entwicklungsstrategie implizieren[3].

Zweitens melden sich kritisch-skeptische Stimmen, die zwar der theoretisch-konzeptionellen Unterscheidung zwischen simplen Marktorthodoxien und den Optionen einer "aktiven Weltmarktintegration" zustimmen, jedoch unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Bedingungen und den internen Machtverhältnissen in Chile die Hoffnungen auf die Versöhnung von Weltmarktintegration mit sozialer Demokratie für unrealistisch halten und daher davon ausgehen, daß die demokratische Regierung - wenn auch ungewollt und unter dem Druck realer Sachzwänge - nicht in der Lage sein wird, ihr "alternatives Projekt" zu realisieren. Aus dieser Perspektive spricht alles dafür, daß sich ein schleichender Annäherungsprozeß an Grundsätze des eigentlich zu reformierenden (neoliberalen) Modells vollzieht.[4]

Drittens treten in Chile Kritiker von rechts und Apologeten des Pinochet-Regimes, die für den Fall des Sieges der "Concertación" eine Rückkehr zur Mangelwirtschaft vorausgesagt hatten, angesichts stabiler Wachstumsraten, sinkender Inflation und steigender Investitionsquote trotz Demokratisierung mit der These auf, das wirtschaftliche Chaos sei nach dem Regierungswechsel nur deshalb ausgeblieben, weil das Wirtschaftsministerium bisher noch keine Gelegenheit genutzt habe, grundsätzliche Kurskorrekturen vorzunehmen.[5]

Einig sind sich also alle **"Kontinuitätstheoretiker"** - wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen - darin, daß sich der Neoliberalismus auch unter der demokratischen Regierung fortsetzt. Diese Gleichsetzung basiert auf einer einfachen ideologischen Formel, die besagt, daß Weltmarktintegration und die Orientierung an internationalen Effizienzstandards in der Dritten Welt notwendigerweise Synonyme für orthodoxen Neoliberalismus sein müssen. Erfahrungen mit dynamischen Prozessen nachholender Industrialisierung in Südkorea und Taiwan, wo Weltmarktintegration gerade nicht mit Liberalismus, sondern mit weitreichenden, effizienten Formen von staatlicher Regulierung zur Herausbildung von Wettbewerbsfähigkeit einhergingen (und - gehen), werden sorgfältig ausgeblendet.

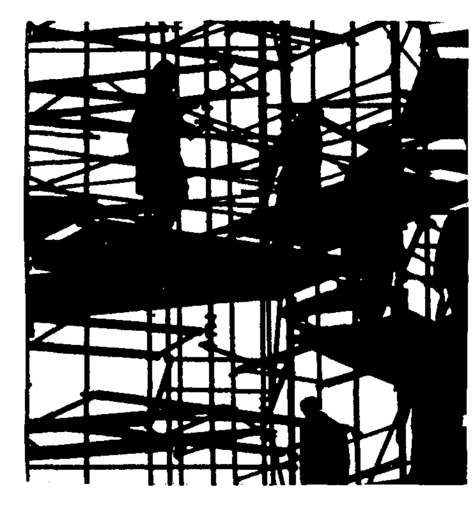
Die **Kontinuitätstheoretiker von links** können sich eine Verknüpfung von Weltmarktorientierung und sozialer Demokratie nicht vorstellen , setzen die Überwindung und Infragestellung des Binnenmarktmodells vereinfachend mit IWF-Neoliberalismus und damit verstärkter Ausbeutung und Armut gleich sowie mit tendenziell autoritären Herrschaftsstrukturen. Aus dieser Perspektive wird oft für eine erneute stärkere Binnenmarktorientierung plädiert und damit auf ein bereits gescheitertes Gesellschaftsprojekt zurückgegriffen.

Die **rechten Kontinuitätsvertreter** aus dem Umfeld des Pinochet-Regimes sind mit der von den linken Kritikern vorgenommenen Gleichsetzung von Weltmarktorientierung und Neoliberalismus und damit der These, daß es keine Alternative mehr zu ihrem Gesellschaftsentwurf gibt (das vielbeschworene Ende der Geschichte) völlig einverstanden. Sie übersehen (wie auch die radikalen Kritiker), daß schon die Überwindung des autoritären Systems, die Reintegration der Gewerkschaften in die Gesellschaft, der beginnende Diskurs über soziale Gerechtigkeit und der "demokratische Alltag", kurzum: die Liberalisierung und Zivilisierung der politischen Sphäre, auch die Bedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten grundsätzlich verändern wird. Das Zusammentreffen von Demokratie und Weltmarktorientierung führt zu einer Neuordnung der gesellschaftlichen Beziehungsgeflechte, deren Entwicklungsdynamik nur schwer abzuschätzen ist. Als sicher kann jedoch gelten, daß der autoritäre Kapitalismus der Chicago-Ideologen unter demokratischen Bedingungen nicht überlebensfähig ist.

Chile jenseits von krudem Neoliberalismus und Importsubstition

Einigkeit und in gewisser Weise Kontinuität mit dem neoliberalen Erbe besteht im Umfeld des Wirtschafts- und Finanzministeriums darin, daß

(1) die Öffnung der chilenischen



Volkswirtschaft zum Weltmarkt Produktivitäts- und Wachstumspotentiale freigesetzt bzw. eröffnet hat und nur so eine Überwindung der Krise der ISI möglich war;

(2) auch in Zukunft die privaten Unternehmen die Hauptträger der Entwicklung sein werden und die Orientierung an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Produktionseffizienz unabdingbar ist;

(3) eine stabilitätsorientierte Makropolitik (solide Haushaltspolitik, stabiler und realistischer Wechselkurs, niedrige Inflation als Zielmarge) auch zukünftig Grundlage der Wirtschaftspolitik sein wird.

Als Grenzen und Kritik des bisherigen neoliberalen Kurses nennt der sozialistische Wirtschaftsminister Ominami[6]:

(1) die noch immer bestehende Abhängigkeit der Deviseneinnahmen von Kupferexport und anderen gering verarbeiteten Gütern;

(2) die Integration Chiles in wenig dynamische Segmente des Welthandels; trotz der im lateinamerikanischen Kontext beachtlichen Exportentwicklung ist der Anteil Chiles am Weltexport von 1970 bis 1987 noch von 0,44 % auf 0,22% gefallen;

(3) die Konzentration der Exporte auf wenige Exportunternehmen sowie

(4) die nicht gelöste Verschuldungskrise; die Nettozinszahlungen in Höhe von 1,5 Mrd. US $ jährlich seien Ursachen für eine noch immer zu niedrige Investitionsquote.

Es geht - so Ominami - daher in einer "segunda fase del modelo exportador" (in einer zweiten Phase des Exportmodells) um die Überwindung dieser Problemfelder im Rahmen einer Strategie "aktiver Weltmarktintegration". Dazu seien neben Makropolitiken bisher nicht existierende Industrie- und Technologiepolitiken sowie infrastrukturelle Maßnahmen notwendig, um die Angebotsseite der Unternehmen und die nationale Standortqualität insgesamt zu verbessern.

Mit dem Verweis auf die Erfahrungen der erfolgreichen asiatischen Schwellenländer wird auf den systemischen Charakter von dauerhafter Wettbewerbsfähigkeit Bezug genommen (als Gegensatz zu auf Niedriglöhnen basierender Wettbewerbsfähigkeit). Das heißt, Ökonomie muß in Teilen geplant und systematisiert sein und in einem bestimmten gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen stehen. Daraus folgt die Notwendigkeit des systematischen Aufbaus von leistungsstarken Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen. Dazu bedürfe es effizienter Unternehmen und eines orientierungs- und handlungsfähigen Staates.

Hierbei geht es nicht um die künstliche "Schaffung" von Entwicklungspolen und eine Subventionierung der Unternehmen, sondern um die gezielte Verbesserung des Umfelds bereits bestehender dynamischer und damit wettbewerbsfähiger Bereiche der Volkswirtschaft. Wirtschaftspolitik hat das Ziel einer Spezialisierungsstrategie, da nur so integrierte Wirtschaftskomplexe ("complejos integrados") entstehen können.

Diese Vorstellungen setzen sich von der schlichten Marktorthodoxie und dem autoritären Neoliberalismus unter der Pinochet-Diktatur ab. Im Zentrum steht die Betonung aktiver Technologie- und Industriepolitiken, institutioneller Aspekte, der Rolle eines leistungsfähigen Staates und kompromißfähiger sozialer Akteure als Bedingung für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung.

Als erster Schritt in diese Richtung wurde vom Wirtschaftsministerium ein Technologiefonds (Fondo Nacional de Desarrollo Tecnológico, Fontec) geschaffen, der Kreditlinien in Kombination mit Subventionen für modernisierungsfähige Einzelunternehmen oder Gruppen von Unternehmen bereitstellt. Weitere Programme sehen die Förderung von Joint Ventures und die Stärkung und Restrukturierung von staatlichen Forschungseinrichtungen im Bereich Technologietransfer vor. All diese Schritte seien darauf ausgerichtet, in einer "Zweiten Phase des Exportmodells" die technologische Dimension des Modernisierungsprozesses zu stärken, die Arbeitsproduktivität nachhaltig zu steigern - um so Spielräume für Reallohnerhöhungen zu schaffen - sowie die Abhängigkeit der nationalen Unternehmen im internationalen Wettbewerb von absoluten Kostenvorteilen (niedrige Löhne, natürliche Ressourcen) zu reduzieren. Auch soll die Fähigkeit zur Schaffung von dynamischen, auf Know-how und Technologie basierenden Kostenvorteilen gefördert werden.

Armutsbekämpfung als prioritäres Ziel der Regierung

Die Regierung versucht eine Sozialpolitik zu formulieren, die sich insbesondere eine Verbesserung der Lage der Ärmsten zum Ziel setzt. Überzogene Ansprüche gut organisierter Mittelschichten sollen demgegenüber zurück-



Mit Volldampf in den Weltmarkt

gedrängt werden. Erste Erfolge sind vorzuweisen:
- In den ersten zwölf Monaten nach dem Ende der Diktatur wurden 90000 Wohnungen für sozial schwache Familien fertiggestellt (während der Diktatur wurden pro Jahr durchschnittlich 32000 Sozialwohnungen gebaut).
- Im Bildungs- und Gesundheitsbereich sind Programme angelaufen, die auf die Verbesserung der Infrastruktur in den ärmsten Regionen des Landes ausgerichtet sind.
- Der Mindestlohn wurde 1990 um 44% angehoben (Jahresinflation etwa 25%) und die Mindestrenten um einen ähnlichen Prozentsatz erhöht.

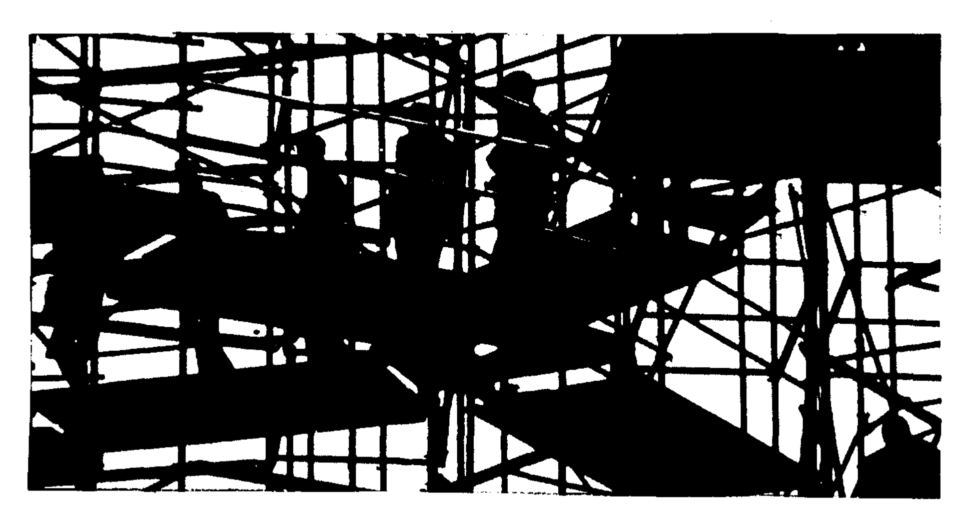
Im Ergebnis sind nach dem ersten Regierungsjahr auf der Grundlage einer Steuerreform (Erhöhung der Unternehmensbesteuerung) und der Erhöhung der Sozialausgaben zumindest erste Korrekturen an der ungerechten Einkommensverteilung und dem ungleichen Zugang zu sozialen Diensten vorgenommen worden. Vermieden wurde eine populistische Sozialpolitik, die viele mit Verweis auf die Erfahrungen mit der Redemokratisierung in anderen lateinamerikanischen Gesellschaften befürchtet hatten. So stellte z.B. der nach dem Ende der Militärdiktatur in Brasilien demokratisch gewählte Präsident Sarney in den ersten Amtsmonaten 170.000 neue Staatsbedienstete (zumeist getreue Parteigänger) ein, während die Armutsbekämpfung kaum vorankam.

In Chile glauben weder die Regierung noch größere Teile der Bevölkerung an eine schnelle Überwindung der sozialen Schieflage und der z.T. verheerenden Armut. Entscheidend dürfte sein, ob es gelingt, an wichtigen sozialen Brennpunkten nachhaltige Verbesserungen zu erzielen.

Suchprozesse und Neuorientierungen der sozialen Akteure

In Chile besteht ein breiter politischer Konsens darüber,
- daß die Weltmarktorientierung Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung Chiles bleiben wird;
- daß eine dauerhaft tragfähige Sozialpolitik nicht einfach eine Frage der Umverteilung darstellt (Nullsummenspiel), sondern vereinbar sein muß mit der ökonomischen Entwicklung des Landes;
- daß die Redemokratisierung einen wichtigen Wert an sich darstellt, der unabhängig von ökonomischen und sozialen Krisen zu verteidigen ist.

Dieser Basiskonsens prägt die Neuorientierung der Akteure im Demokratisierungsprozeß, war Grundlage eines Sozialpaktes für die Phase des Überganges zur Demokratie[7] und erhöht die Spielräume des Wirtschaftsministeriums für stärkere Strategien zur Verbesserung der



Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, unter Einbeziehung der beteiligten Akteure.

Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben nicht zuletzt angesichts der katastrophalen Verhältnisse in anderen lateinamerikanischen Ländern akzeptiert, daß es kein Zurück zu den Verhältnissen der 60er Jahre und dem Binnenmarktmodell geben kann. Sie tragen die Ziele der Weltmarktorientierung und der Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit mit und sind zu Produktivitätsbündnissen bereit, in denen es sowohl um die Erweiterung der Spielräume für Reallohnerhöhungen wie um aktive Sozialpolitik zur Bekämpfung der absoluten Armut gehen soll.

Es ist interessant, daß sich die ersten Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden eher um die soziale Absicherung von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern drehten: Es ging um die Anhebung der Mindestlöhne für Arbeiter in prekären Beschäftigungsverhältnissen und um Zuwendungen an die ärmsten Familien. Es gibt also ein Bewußtsein dafür, sich intensiv um die Integration derjenigen zu kümmern, die aus dem Modell herauszufallen drohen oder bereits zu den marginalen Bevölkerungsschichten gehören. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten konzentrieren sich zudem nicht mehr nur auf die Löhne, sondern zunehmend auch auf Arbeitssicherheit, Gesundheitspolitik, Ausbildungschancen, Umweltverschmutzung am Arbeitsplatz etc. All diese Themen waren unter dem Primat des korporatistischen Verteilungs(klassen)kampfes in den 60er Jahren zweitrangig.

Die Neuorientierung wird deutlich in einem Artikel des bekannten Gewerkschaftsberaters Eugenio Díaz: *"Wir (wurden) in einer Kultur der tiefen Verachtung für die Privatunternehmen und das Unternehmertum erzogen. Uns hat niemals die interne Logik der Funktionsweise der Privatunternehmen interessiert. Die Notwendigkeit der Kapitalisierung und der Investition, der Produktivität, der Modernisierung, der technologischen Innovation, all dies schienen uns Angelegenheiten zu sein, die uns nichts angingen . . . Heutzutage ist ganz klar, daß kein Gewerkschaftsführer es sich leisten kann, von den Erfordernissen für eine bessere Funktionsweise der Unternehmen nichts zu wissen.*
. . . Hierdurch verändert sich die Auffassung von gewerkschaftlicher Stärke. Es handelt sich schon nicht mehr nur und in erster Linie darum, Unternehmen oder das Land lahmzulegen, Menschen auf die Straße zu bringen, sondern in erster Linie

"Aktive Weltmarktintegration"

Das CEPAL-Konzept (Wirtschaftsorganisation der UNO für Lateinamerika) entstand in Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Importsubstitutionsstrategie der 50er und 60er Jahre. Als Schlußfolgerung aus dem Scheitern der binnenmarktorientierten Industrialisierungsversuche in Lateinamerika wird nun der Weltmarkt als Bezugsrahmen akzeptiert. Zugleich werden jedoch die vereinfachenden Vorstellungen der Neoliberalen von der allein seligmachenden Kraft des Marktes und der Liberalisierung als hinreichender Bedingung dynamischer Entwicklung in Frage gestellt. Die neue Zielorientierung lautet: weder die kostspielige Errichtung von Investitions- und Technologiekathedralen, losgelöst von Kriterien der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, noch ein Verbleiben bei den komparativen Kostenvorteilen von Primärprodukten. Es soll an vorhandene rohstoffintensive Exportkapazitäten angeknüpft und die Produkt- und Servicequalität durch gezielte Anwendung neuer Techniken und Organisationsformen im Rohstoffabbau-, Weiterverarbeitungs- und Dienstleistungsbereich angehoben werden.

darum, technisch fundierte Vorschläge auszuarbeiten, die das Interesse aller Beteiligten wecken."[8]

Die Unternehmer

Die Unternehmer sind sich darüber im klaren, daß sie sich mit der Demokratie einrichten müssen, weil ein Zurück zum autoritären Staat sehr unwahrscheinlich ist. Dadurch sehen sie sich gezwungen, sich gegenüber den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften zu öffnen. Sie stellen daher keine aktive Opposition zur Regierung dar.

Die meisten "neuen Unternehmer" haben keine feste politische Heimat, kommen jedoch aus der neuen chilenischen Rechten, dem Umfeld der Chicago-Boys. Der ideologische Fixpunkt ihres dogmatisch geprägten Denkens ist "der Markt", der aus ihrer Perspektive für die Ressourcenallokation ebenso zuständig ist, wie für die industriellen Beziehungen, die Lösung der Probleme im Bildungs- wie im Gesundheitssektor oder auch die Abwendung von Umweltzerstörungen. Die Orientierung in Richtung Weltmarkt hat jedoch sicher auch zur "Modernisierung des unternehmerischen Bewußtseins" (insbesondere bei den dynamischen Exportunternehmern) geführt, sowohl in ökonomischer als auch in kulturell-politischer Hinsicht. Die Unternehmer haben den Weltmarkt und die internationale Konkurrenz als Referenzrahmen für ihr wirtschaftliches Handeln akzeptiert und stellen sich selbstbewußt (und im Gegensatz zu den rentenorientierten Binnenmarktindustriellen Argentiniens und Uruguays) dieser Herausforderung. Zugleich wissen sie in der Regel von ihren Geschäftsreisen, Messebesuchen und Betriebsbesichtigungen in westlich-demokratischen Ländern sehr wohl, daß der chilenische "Manchester-Kapitalismus" ("capitalismo salvaje") ihnen durch die autoritäre Unterdrückung von Gewerkschaften und demokratischen Parteien enorme Extraprofite beschert hat. Diese Erkenntnis bildet möglicherweise die Basis für einen ausgeprägten Pragmatismus, der die Versuche der Unternehmerverbände, ihren Platz in der demokratischen Gesellschaft zu definieren, charakterisiert.

Die relative Offenheit darf allerdings auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Unternehmer die am stärksten ideologisierte von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen darstellen. Ihre vorgetragenen Diskurse zum "wertfreien Markt" als der Achse für ökonomische, politische und soziale Beziehungen und damit des gesellschaftlichen Fortschritts schlechthin, sind angesichts ihrer Eindimensionalität oft verblüffend.

Gesellschaftliche Konzentrierung scheint möglich

Resümiert man das Verhalten und die Neuorientierung der sozialen Akteure sowie deren Suche von Formen geregelter Konfliktaustragung, so zeigen alle Beteiligten ein großes Maß an Flexibilität und Kompromißbereitschaft. Die Existenz des skizzierten Basiskonses und die Akzeptanz der wesentlichen gesellschaftlichen Spielregeln impliziert nicht, daß politische, soziale und ökonomische Konflikte in Zukunft nicht mehr stattfinden werden. Die Akteure haben sich jedoch über die Konturen eines sozioökonomischen Korridors verständigt, in dem zukünftige Konflikte ausgetragen werden. Die gesellschaftlichen Suchprozesse sind somit auf einen gemeinsamen Fluchtpunkt ausgerichtet. Das erlaubt die Bündelung gesellschaftlicher Kreativitätspotentiale und stützt die Politik- und die Strategiefähigkeit des Staates.

Diese Konvergenz über die Grundlagen gesellschaftlich-politischer Entwicklung mutet aus westeuropäischer Sicht banal an, ist aber im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen dieser Grundkonsens sich nicht herausgebildet hat, bedeutend. Sie begünstigt die Formulierung einer langfristigen, an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierten Entwicklungsstrategie und den Ausbau der sozialen, politischen und ökologischen Dimensionen des weltmarktorientierten Entwicklungsmodells. In Chile besteht somit die Chance, eine Vision für zukünftigen Wandel zu entwickeln, während andere Länder Lateinamerikas eher durch gesellschaftliche Zerfallserscheinungen, politische Polarisierungen und paralysierte Staatsapparate gekennzeichnet sind.

Dirk Messner

Anmerkungen:

1) vgl. dazu u.a.: O. Munoz, Transicion a la Democracia, Santiago 1990 (a), S. 120 ff., R. French-Davis, Desarrollo economico y equidad en Chile: herencias y desafios en el retorno a la democracia, in: celección estudios CIEPLAN, Nr. 31, 1991

2)vgl. dazu vor allem das neue Entwicklungskonzept der CEPAL: Transformación productiva von equidad, Santiago 1990; zusammenfassend: Mármora, L./Messner, O.; Zur Kritik eindimensionaler Entwicklungskonzepte - Die Entwicklungsländer im Spannungsverhältnis zwischen aktiver Weltmarktintegration und globaler Umweltkrise; in: PROLKLA, Nr. 82, Berlin 1991;

3) z.B. J. Petras, Chile: Democracia y pobreza o pobreza de la democracia, in: Punto Final, Februar, Santiago 1991, S. 22

4)z.B.: U. Müller-Plantenberg, Marktwirtschaft und Demokratie in Lateinamerika, in: PRKLA 82, Berlin 1991, S. 88

5) So argumentiert z.B. H. Büchi, letzter Wirtschaftsminister der Pinochet-Diktatur in unzähligen Interviews.

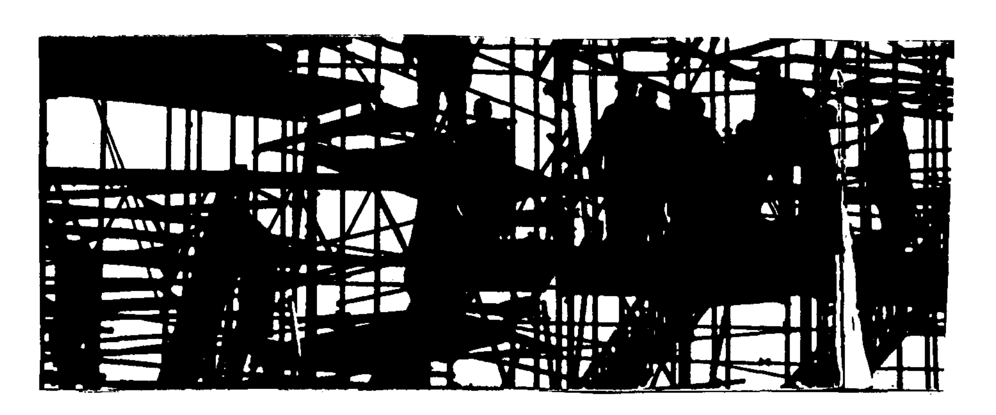
6) C. Ominami, M. Madrid, La política international en Chile en la década de los 90 - Lineamientos estratégicos para una inserción activa en los mercados internacionales, Instituto Latinoamericano de Estudios Internationales, Santiago 1988

7) vgl. J. Ensignia, Die Gewerkschaften im Transitionsprozeß, in: J. Ensignis, D. Nolte (Hg.), Modellfall Chile, Hamburg 1991

8) E. Díaz, Sentido y proyecciones del Acuerdo Marco, in: CIASI, Nr. 6, Santiago 1990

Tip zum Weiterlesen:

Dirk Messner vertieft in der folgenden Neuerscheinung seine Thesen
Jaime Ensignia/Detlef Nolte (Hrsg.)
Modellfall Chile?
Ein Jahr nach dem demokratischen Neuanfang
Institut für Iberoamerikanische Kunde
Hamburg 1991





Nationalismus



Es ist eine Schande für Deutschland! Der Kanzler sagt es; er und Engholm wie auch die meisten Deutschen sind dagegen, daß man ausländische Menschen zusammenschlägt, ersticht oder verbrennt. Das Ausland sieht es nicht gern, das staatliche Gewaltmonopol ist gefährdet, man muß auch an das Funktionieren der Müllabfuhr denken und an die kulturelle Vielfalt, an Kebabbuden usw.. Nicht dagegen sind Kohl und Volksgenossen, (noch) schneller abzuschieben und die unzivilisierte Henkersarbeit anderen zu überlassen; nicht dagegen sind sie, die Zuschreibung politischer bürgerlicher Rechte an den Nachweis "deutschen Blutes" zu knüpfen; nicht dagegen sind sie, den aus sozialer und ökonomischer Not Fliehenden den Zutritt auf "deutschen Boden" zu verwehren.

Das prinzipielle (wenn auch in realiter klassengebundene) Recht an den Reichtümern in diesem "unseren" Land teilzuhaben ist an die nationale Kategorie des Deutschseins gebunden. Das ist der rechtliche Normalzustand, eine allgemein akzeptierte Selbstverständlichkeit. Dieser Besitzchauvinismus gemixt mit ein paar zusätzlich geschürten Bedrohungsängsten vor "Asylantenfluten" führt zum Pogrom.

In diesen Tagen, in denen sich AsylbewerberInnen nicht dagegen wehren können, daß der Bundespräsident sie in ihren Behausungen aufsucht, um ihnen zu versichern, daß sie auch Menschen seien; in diesen Tagen scheint das Denken in nationalen Kategorien fest verankert zu sein.

Diese Tage haben auch unserem Themenschwerpunkt "Nationalismus" eine neue Richtung gegeben. Gedacht war zunächst an eine umfassende Herangehensweise an das Phänomen Nationalismus. Es sollten sowohl die historischen Zusammenhänge seiner Entstehung und theoretische Bestimmungen der Idee Nation dargestellt, als auch Nationalismus im Trikont, etwa der Streit um "nationale Befreiung", behandelt werden. Wir haben uns aufgrund der Vielschichtigkeit und der Bedeutung des Themas entschieden, zwei Hefte zu konzipieren.

Vor über hundert Jahren stellte Ernest Renan fest, daß "das Vergessen oder gar Mißverstehen von Geschichte ein wesentliches Element bei der Herausbildung einer Nation" ist. Dies weist auf die Wichtigkeit einer historischen Betrachtung des Phänomens Nationalismus hin. Und die historische Betrachtung deutet gleichzeitig auf Europa, der Wiege des nationalen Gedankens. Aus diesem Grund behandelt das Heft "Nationalismus I" ausschließlich den Bereich Nationalismus in Europa.

Reinhart Kößler untersucht in seinem Artikel "Einschluß und Abgrenzung" die historischen Bedingungen für die Nationenbildung in Europa. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß dafür immer ökonomische Gründe ausschlaggebend waren. Er entlarvt die Vorstellung von der Kulturnation als Mythos.

Henning Melber erweitert diese These um den Aspekt des Rassismus, der als "ideologischer Kitt" bei der Durchsetzung des Nationalismus dient. Für ihn geht Nationenbildung immer einher mit Ausgrenzung, wobei dem Staat hierbei die Rolle der Vermittlungsinstanz zufällt.

Die schlimmste Form der Ausgrenzung stellt der Antisemitismus dar. Detlev Claussen zeigt in einem Interview die Entwicklung von traditionellem Judenhaß zu modernem Antisemitismus auf, die auch in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Europa steht.

Im folgenden Artikel beschäftigt sich die Anti-EG-Gruppe Köln mit der Frage, inwieweit sich EG-Binnenmarkt und Nationalismus widersprechen. Die europäische Einigung schafft ihrer Meinung nach die negativen Seiten des Nationalstaates nicht ab, sondern wiederholt sie nur auf einer höheren Ebene.

Redaktion



Einschluß und Abgrenzung

Nation, Nationalismus und erfundene Tradition

Bei der Bildung der Nationen ging es weniger um die Vereinigung eines irgendwie sprachlich oder kulturell homogenen Gebiets, sondern um die Abgrenzung eines wirtschaftlich entwicklungsfähigen und militärisch potenten Territoriums. Diese These, die Reinhart Kößler im folgenden historisch angelegten Artikel entwickelt, gewinnt vor dem Hintergrund des jüngsten Nationalismus im vereinten Deutschland, des kurz vor der Vollendung stehenden EG-Binnenmarkts und der Diskussion über Quotenregelung für Asylbewerber an Aktualität.

"Als die Römer frech geworden, zogen sie nach Deutschlands Norden ...". So hebt Joseph Viktor von Scheffels bierseliges und vor noch gar nicht so langer Zeit viel gesungenes Preislied auf eine Schlacht an, in der im Jahre 9 u.Z., wohl unweit vom heutigen Osnabrück, die damals dort siedelnden Cherusker römische Legionäre aufs Haupt schlugen. Nach diesem Debakel wurde die römische Provinz Germania Magna aufgegeben, Norden und Osten des heutigen Deutschland blieben künftig von direkten zivilisatorischen Anstrengungen des damaligen Weltreichs verschont. Mit "Deutschland" hatte das freilich recht wenig zu tun, und Scheffel war sich dessen anscheinend bewußt, ließ er doch die Cherusker in den Schlachtruf von 1870/71 ausbrechen: *"Mit Gott für Kaiser und Vaterland, stürzten sie sich wutentbrannt auf die Legionen ...".*

Der derbe Anachronismus zielte auf eine schmerzliche Schwachstelle des neuen Deutschen Reiches, seine mangelnde "Tradition". Die deutsche Nationalbewegung hatte ja ganz andere Ziele als die nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 mit Blut und Eisen durchgesetzte kleindeutsche Lösung verfolgt. Noch identifizierte man sich eher mit dem eigenen Duodezfürstentum oder regionalen Zusammenhängen als mit dem neuen vergrößerten Preußen. Für das "Reich" mußten Identifikations-Symbole erst geschaffen werden. Eine Reihe von Nationaldenkmälern und noch mehr Bismarcksäulen wurden auf diverse Berge gesetzt, vaterländische Vereine sammelten Geld dafür, Historiker schufen wissenschaftliche Grundlagen für eine Tradition, auf die sich der neue Staat berufen konnte, Poeten schrieben mehr oder weniger gelungene Verse. So kamen Elemente eines Nationalismus zusammen, der ungeachtet einiger Umformungen schließlich immerhin als ideologischer Kitt für zwei Weltkriege mit den bekannten Folgen halten sollte. Auch gegenwärtig wird Tradition für das neuerlich vereinigte Deutschland geschaffen, etwa mit der "Rekonstruktion" einer vom Künstler so niemals konzipierten Wagengruppe auf einem einstmals vom preußischen König in Auftrag gegebenen Stadttor.

Es zeigt sich: "Nationalismus" ist stets auf Gegenwärtiges bezogen, ungeachtet der verschmockten Verkleidung, in der er daherkommen mag. Es geht immer darum, zu definieren, wer zur Nation dazugehört und wer nicht, und ferner, welche Ansprüche diese Nation anderen gegenüber geltend machen kann, gelegentlich auch, welchen Verpflichtungen sie nachzukommen hat. In Europa wird zur Legitimation dieser Abgrenzung und Einschließung in erster Linie auf "Tradition" zurückgegriffen, auf vorgebliche historische Rechte der Nation, ihre vergangene Macht und Größe. Dabei handelt es sich um "erfundene Tradition" (Hobsbawm/Ranger) in dem Sinne, daß Material der Vergangenheit umgeformt wird, um gegenwärtige Identität zu schaffen und zu festigen.

Nationenbildung und Französische Revolution

Historischer Ausgangspunkt dieser Prozesse ist die Konstituierung einer bürgerlichen Nation in der Französischen Revolution. Sie versprach - übrigens unter Berufung auf das republikanische Rom - ihren Bürgern erstmals gleiche Rechte und Pflichten in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger, ohne Unterschied von Stand und Abstammung. Das schließt zumindest in den Metropolitanstaaten ein seit den Klassenkämpfen des 19. Jh gewachsenes Mindestmaß an Solidarität und Zivilität im Umgang der Staatsbürger

untereinander auch bei Interessengegensätzen ein (vgl. Schiel 1988; Kößler/Schiel 1991). Deshalb war es etwa für die Nazis auch so wichtig, diejenigen "auszubürgern," aus der "Volksgemeinschaft" auszuschließen, denen gegenüber diese "Beißhemmung" (von Freyhold i.E.) nicht mehr gelten sollte.

Als Kriterium der Abgrenzung gilt noch heute in Frankreich wie auch in den USA das Prinzip, daß alle, die auf dem Staatsterritorium geboren sind, auch Staatsbürger sind. Die Nation ist hier vor allem durch gemeinsames Territorium und gemeinsame Institutionen definiert, im Gegensatz etwa zu Deutschland. Hier gilt das Abstimmungsprinzip, d.h. Nachfahren von Menschen, die unter der Nazi-Besatzung in Polen aus irgendwelchen Gründen in die Volkstumsliste 3 aufgenommen wurden, sind "Deutsche" und erhalten sofort Paß, Sprachunterricht und Sozialleistungen, während dies auch für langfristig akkulturierte "Ausländer" weit schwieriger sein kann. Vor Chauvinismus oder dem Dünkel von "God's Own Country" und "Manifest Destiny" schützt aber auch das auf den ersten Blick rationalere Territorialprinzip nicht.

Die militärische Expansion der Französischen Revolution und in ihrem Gefolge des napoleonischen Kaiserreichs provozierte vielfältige regionalistische Gegenbewegungen in Frankreich selbst wie auch "nationales Erwachen" in den unterworfenen Nachbarländern. Diese Widerstandsbewegungen setzten auf die gestürzten Dynastien wie die Guerilla in Spanien oder Andreas Hofer in Tirol; andere zielten auf die Wiedergeburt vergangener, womöglich "republikanischer" Größe wie in Polen oder auch in Italien sowie in anderer Form in Deutschland. Da die Französische Revolution durch die Restauration der alten Dynastien, der Kleinstaaterei in Italien und Deutschland sowie der Dreiteilung Polens, schließlich durch den Abbruch der Reformtendenzen in Preußen und Rußland liquidiert wurde, konnten sich die gegen staatliche Zersplitterung, aber auch für wirtschaftliche, d.h. industrielle, Entwicklung eintretenden nationalen Bewegungen als fortschrittliche Opposition zu den in der "Heiligen Liga" organisierten alten Dynastien etablieren.

Das Prinzip nationaler Homogenität

Gerade in Deutschland verband sich die Forderung nach nationaler Einheit mit den Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums. Im Zollverein wurde die Überwindung von Handelshemmnissen angestrebt. Die Eisenbahn begann die Kommunikation zwischen den einzelnen Regionen und Staaten des "Deutschen Bundes" zu erleichtern. Die Entwicklung der "produktiven Kräfte" des Landes, einschließlich der menschlichen Ressourcen, der Schutz der entstehenden "nationalen" Wirtschaft durch Zölle und die Wissenschaft der "Nationalökonomie" waren integrale Bestandteile der sich entfaltenden nationalen Bewegung. Hinzu kam die Einschränkung dieses Programms auf "berufene Nationen" (s. Senghaas 1991, S. 455).

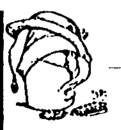
Solange und soweit man glaubte, daß in diese Pläne Österreich eingeschlossen werden sollte, gehörten in den Augen der deutschen Nationalisten selbstverständlich auch Böhmen und Mähren, das Gebiet um Trient oder Krain dazu, Gebiete also, in denen vorwiegend tschechisch, italienisch und slowenisch gesprochen wurde. Die Beute Preußens aus den polnischen Teilungen stellten auch die Revolutionäre von 1848 allenfalls zögerlich zur Disposition - erst recht nicht die vorwiegend polnischsprachigen Teile Oberschlesiens und Ostpreußens. Und auch Friedrich Engels spottete über die "Natiönchen", die sich im Osten des von ihm propagierten deutschen Einheitsstaates breit zu machen begannen (vgl. Rosdolsky 1964).

Es ging hier also weniger um die Vereinigung eines irgendwie sprachlich oder kulturell homogenen Gebiets, sondern um die Abgrenzung eines wirtschaftlich entwicklungsfähigen und militärisch potenten Territoriums, dessen sprachliche und kulturelle Vereinheitlichung allenfalls eine Sache der Zukunft war. Die Berufung auf das Heilige Römische Reich "Deutscher Nation" oder auf die alten Germanen war dabei ebenso fiktiv wie entsprechende Rekurse auf die römische Tradition in Italien oder die konkurrierende Identifikation mit dem keltischen Gallien und den germanischen Franken in Frankreich. In allen diesen Fällen war die sprachlich-kulturelle Homogenisierung ein Prozeß, der letztlich durch die staatliche Zusammenfassung erst auf die Tagesordnung gesetzt wurde, in Italien etwa in Form der Durchsetzung des florentiner Dialekts als Standardsprache.

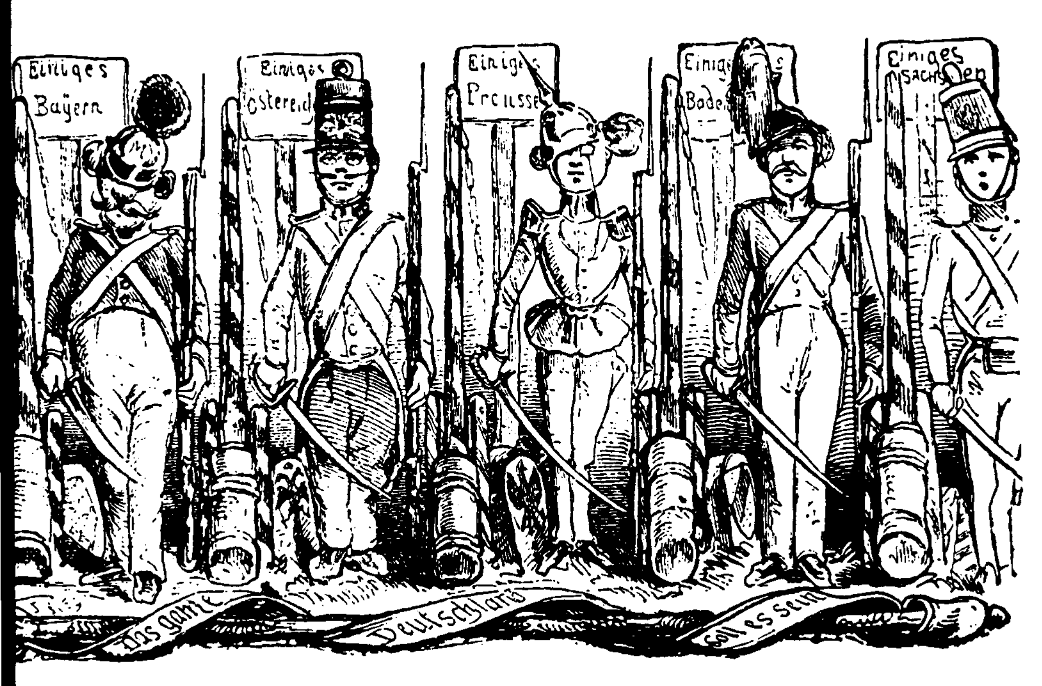
Die jüngeren Regionalbewegungen zeigen, daß dieser Prozeß allenfalls in Ausnahmefällen mit dem Ergebnis eines wirklich "homogenen" Nationalstaats in dem Sinne abgeschlossen wurde. So gibt es heute in Italien fünf autonome Regionen, in Frankreich bestehen eine Reihe virulenter regionalistischer Bewegungen, und die Furcht, diesen Argumente zu liefern, hat jüngst noch die Politik der



Erfundene Tradition: Die triumphale Rückkehr der Quadriga 1814



französischen Regierung in der Jugoslawien-Krise wesentlich bestimmt. Auch in Großbritannien könnte die nächste Runde der während der Thatcher-Jahre suspendierten Auseinandersetzungen um "devolution", d.h. um die staatliche Neukonstituierung von Schottland und Wales, bald beginnen. In Spanien sind die Selbständigkeitsbestrebungen der Regionen ein wiederkehrendes Thema. Das neu vereinigte Deutschland hat zwar mit den Dänen in Südschleswig und den Sorben in der Lausitz vergleichsweise wenig "Minderheiten", neben den Migranten, die es ja in anderen Ländern Westeuropas auch gibt; doch zeigt schon das fast tägliche Presse-Lamento, daß solche sprachliche Gemeinsamkeit nicht ohne weiteres ausreicht, Jahrzehnte unterschiedlicher historischer Erfahrung zu überbrücken. Vielmehr scheint auf der einen Seite der Wunsch nach "Einbezogenwerden" ins Wirtschaftswunder sehr verbreitet, wobei die "Ausländer" natürlich außen vor zu bleiben haben. Bei den "Wessis" funktioniert das Ressentiment dann ganz analog. Hier bahnt sich ein möglicher Regionalismus an, der durchaus dem "Nationalismus" vergleichbare Züge trägt und aus Italien mit der Diskriminierung der süditalienischen "teroni" in Turin oder Mailand gut bekannt ist.



Einiges Deutschland

Nationale Konflikte in Europa

Solche Spannungen innerhalb eines Staates oder auch einer "Nation" entsprechen dem Grundmuster, nach dem sich unter bestimmten Bedingungen "neue" Nationen definiert und gebildet haben. Ernest Gellner beschreibt - offenbar mit Blick auf Südosteuropa - modellhaft die Herausbildung einer Nation, die nur vordergründig an gemeinsamer Siedlung und Sprache, entscheidend aber an der Erfahrung der gemeinsamen sozialen Lage als Arbeitsmigranten in einem größeren Staatsverband ansetzt. Man kann dabei an Tschechen und Slowaken oder auch Slowenen denken. Aber auch die bis in die Gegenwart bestehenden polnischen Kulturvereine im Ruhrgebiet entsprechen solchen Identifikationsbedürfnissen. In Gellners Modell ist es erst die gemeinsame Erfahrung der Lohnarbeit, von physischer Not und Diskriminierung, die dann zur Konstituierung einer Kultur- und Sprachbewegung führt, deren Träger "organische" Intellektuelle der Nation werden. Im 19. Jahrhundert kam es dementsprechend zur Re-Konstruktion von Sprachen wie dem Norwegischen, Tschechischen oder Neugriechischen, wobei jeweils das Streben nach "Reinheit" im Rückgriff auf besonders altertümliche Dialekte, in der Vermeidung lateinischer Lehnwörter und die Abgrenzung der so konstituierten Sprache von der Alltagssprache charakteristisch waren oder noch sind. Doch auch für Franzosen, Deutsche oder Italiener waren die Standardisierung ihrer Sprache und die Schaffung einer "Nationalliteratur" ein entscheidender Schritt für die Konstituierung einer abgegrenzten Nation.

Nun stimmen sprachlich-ethnische und staatliche Grenzen selten überein. Das hat seit dem Bestehen von Nationalstaaten viele Millionen Menschen ihre Heimat gekostet (s.u.). Im westlichen Europa ist das vergleichsweise unproblematisch. Zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Grenzen zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich unstrittig, obwohl es sich nicht um Sprachgrenzen handelt. Im Baskenland verläuft die Konfliktlinie quer zur staatlichen Grenze, und auch der Regionalkonflikt in Belgien hat wenig damit zu tun, daß beiderseits der Nord- und Südgrenze jeweils dieselbe Sprache gesprochen wird, eher schon damit, daß es zwei verschiedene sind.

In Ost- und Südosteuropa herrschte bis zum Zweiten Weltkrieg eine stärkere "Gemengelage". Hier fiel, wie in vielen anderen Teilen der Welt auch, die "nationale" oder "ethnische" Zuordnung häufig mit der sozialen Lage zusammen. In manchen Gegenden waren z.B. "Polen" Bauern, "Juden" ländliche Handwerker und Schankwirte, "Deutsche" lebten in der Stadt und saßen teilweise in der Verwaltung. Der belgische Trotzkist und Widerstandskämpfer Abram Leon hat das Zusammenfallen von "nationalen" und "Klassen"-Strukturen in einer Gesellschaft mit der Formulierung "Klasse-Nation" umschrieben. Damit trat er zwar dogmatischen Marxisten auf die Zehen, brachte aber zugleich zum Ausdruck, daß sich die gesellschaftlichen Realitäten dem Dogma oft nicht fügen. Umso schlimmer für das Dogma. Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeiten einer Abgrenzung ist die aktuelle Situation in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, wo die "serbische", aber auch die "bosnische" Siedlung auf Fluchtbewegungen und Ansiedlungspolitik während der jahrhundertelangen Kämpfe zwischen Habsburg und dem Osmanischen Reich zurückgeht. Mörderisch ausgetragene Unterschiede machen sich hier weniger an Sprache, denn an Schrift und Religion bzw. Konfession fest: "Kroaten" sind katholisch und schreiben lateinisch, "Serben" sind orthodox und schreiben kyrillisch, "Bosniaken" bzw. "Muselmanen" sind islamisch.

Wanderungen, Kolonisationsbewegungen und Eroberungen hatten ferner in der gesamten Großregion zu vielfältigen "Siedlungsinseln" geführt. Dies alles wird in dem Augenblick relevant, wo Staaten sich als die Inkarnation einer "Nation" definieren und nun beanspruchen, erstens die gesamte "Nation" in einem einheitlichen Territorium zu vereinen und zweitens einen homogenen Nationalstaat zu schaffen. Es kommt zu konkurrierenden territorialen Ansprüchen (Irredenta) und zu mehr oder weniger gewaltsamer Assimilationspolitik.

Nach dem Ersten und verschärft während und im Gefolge des Zweiten Weltkriegs sorgte die Vertreibung von Millionen, die das Pech hatten, einer "Minderheit" anzugehören, dafür, daß die Staaten im östlichen Europa weit homogener wurden als zuvor. Es wird oft verschwiegen oder vergessen, daß es die Nazis waren, die mit der Aussiedlung deutscher Siedlungsinseln begannen, um die Bewohner in ein national homogenes "Großdeutsches Reich" zu integrieren, in

dessen Osten ein Gürtel von Vasallenstaaten entstehen sollte. Betroffen waren aber auch türkische, ungarische, italienische und bulgarische Minderheiten.

Die aktuelle Jugoslawienkrise geht offenkundig auf das Streben nach einem - kaum realisierbaren - homogenen Nationalstaat auf Seiten der kroatischen, auf eine radikale Irredenta, das Streben nach Einschluß aller Serben auf ihrem "historischen" Territorium, auf Seiten der serbischen Nationalisten zurück. Gerade hier zeigt sich, daß die einfache Reduktion nationalistischer Ideologie auf ökonomische Interessen, die im Hinblick auf das 19. Jahrhundert noch einleuchtend scheinen mag, unzureichend ist. So läßt sich der gegenwärtige Konflikt schlicht nicht erklären, eher schon unter Bezug auf Identifikations- und Orientierungsbedürfnisse nach dem Zusammenbruch eines gesellschaftlichen Systems, dessen Anspruch auf "Sozialismus" immer fragwürdig gewesen war. Ähnliches gilt für andere nationalistische Bewegungen in ehemaligen Gesellschaften sowjetischen Typs.

Nationalistische Expansion

Nicht alle Nationalismen geben sich mit der Vereinigung des "nationalen" Territoriums zufrieden. Das Streben nach einer hegemonialen Stellung korrespondiert mit der Konkurrenzsituation, in der sich vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts weitgehend durch Zugehörigkeit zu großen Nationalstaaten definierte Kapitalgruppen befanden. Es kam zur Abgrenzung von Einflußsphären und zu deren unmittelbarer Besetzung, zum modernen Kolonialismus mit dem Ziel, andere von überseeischen Territorien auszuschließen, auch wenn diese - wie Teile Afrikas - zunächst kaum aktiv in Wert gesetzt, gleichsam auf Vorrat von der jeweiligen Kolonialmacht okkupiert wurden. Dies war verbunden mit verschärfter Ausgrenzung der Kolonisierten: Hatte schon das Prinzip der Nation wenigstens im Krieg dazu geführt, die Menschenwürde der jeweiligen Gegner zu negieren (s. Finkielkraut), so bedeutete die Errichtung der Kolonialherrschaft die dauerhafte Ausgrenzung der Kolonisierten nicht nur aus der eigenen Nation, sondern aus dem Kreis der Zivilisierten, ja der Menschen. *"Dogs and Chinese not Allowed"* befahl ein Schild am Parkeingang im International Settlement in Shanghai.

Die imperialistische Leugnung des Menschseins der Anderen, Ausgegrenzten schlug innerhalb weniger Jahrzehnte auf Europa zurück. Die Völkermorde der Nazis so wenig wie die Völkermorde der Kolonialgeschichte waren vorstellbar ohne diese Operation der Aufteilung der Menschen in genetisch oder national definierte Herrenmenschen und Untermenschen. Die Rassenkunde unternahm Anstrengungen, nationale wie koloniale Ansprüche wissenschaftlich abzusichern. Es ist wichtig, die argumentative Kontinuität zwischen scheinbar vergleichsweise harmlosen Ansprüchen auf "angestammte" Territorien und selbst Extremformen des Rassismus zu verstehen. Damit sollen diese Haltungen nicht vorschnell miteinander identifiziert werden. Der aktuelle Jugoslawien- Konflikt mit dem auf den König Lazar zurückgeführten serbischen Anspruch auf das sogar relativ homogen albanisch besiedelte Kosovo und ähnlich ehrwürdigen Gegenargumenten auf kroatischer Seite zeigt aber die anhaltende Virulenz von Argumentationen mit der Vererbung von Eigenschaften und Ansprüchen.

"Nationale" und "soziale" Frage

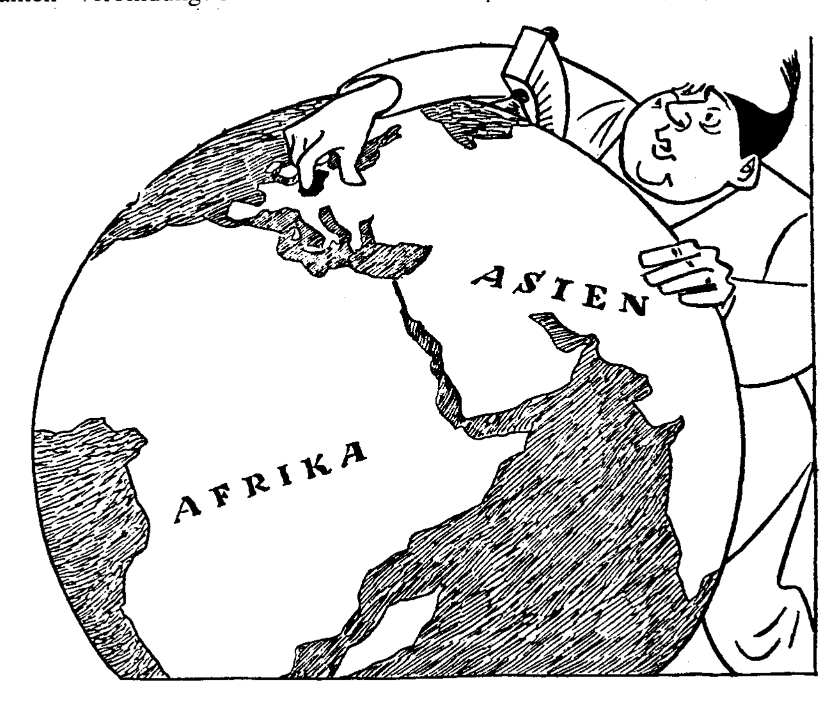
Angesichts der Renaissance vielfältiger Nationalismen im Osten Europas ist es vielleicht nicht verfehlt, diesen bruchstückhaften Überblick mit dem Hinweis auf ein überwunden geglaubtes Theorem zu schließen. Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich in Italien, aber auch in Deutschland die These von den zu spät oder jedenfalls zu kurz gekommenen, "proletarischen" Nationen. Das bestimmte eine Frontstellung zur etablierten Weltordnung, vergleichbar jener des damals ja sichtbar revolutionären Proletariats im nationalen Rahmen. In Deutschland entwickelte sich daraus im Zuge der Auseinandersetzungen um den Versailler Vertrag und der Ruhrkämpfe ein sich links definierender Nationalbolschewismus. In Italien leitete die These von der "proletarischen Nation" unmittelbar über in die faschistische Expansionspolitik, die diese Situation ja - auf Kosten anderer - beenden sollte. Diese ebenso komplizierten wie riskanten Verbindungslinien zwischen "nationaler" und "sozialer" Fragen, gerieten in der Folge weitgehend in Vergessenheit, wohl auch angesichts der auf den ersten Blick sympathischeren Verknüpfung zwischen nationalen Befreiungskämpfen und Perspektiven sozialistischer Entwicklung. Solche Hoffnungen wurden enttäuscht spätestens mit der sino-sowjetischen Konfrontation und dann mit dem Krieg zwischen Vietnam und Kampuchea.

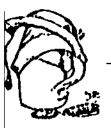
Da das organisierende Prinzip wenigstens des ethnisch definierten Nationalismus die Abgrenzung nach außen und die Homogenisierung nach innen ist, steht von nationalistischen Bewegungen kaum zu erwarten, daß sie langfristig zum friedlichen Zusammenleben der "Völker" beitragen werden, die zu repräsentieren sie beanspruchen. Zugleich zeigen die neuesten Ereignisse die Virulenz nationalistischer Ideologien und die Schwierigkeiten, zu allgemeinen Schlüssen zu kommen, was Ursachen und Dynamik nationalistischer Bewegungen angeht. Ihre sorgfältige und den Einzelfall aufnehmende Analyse ist daher auch in politischer Hinsicht eine wichtige Aufgabe.

Reinhart Kößler

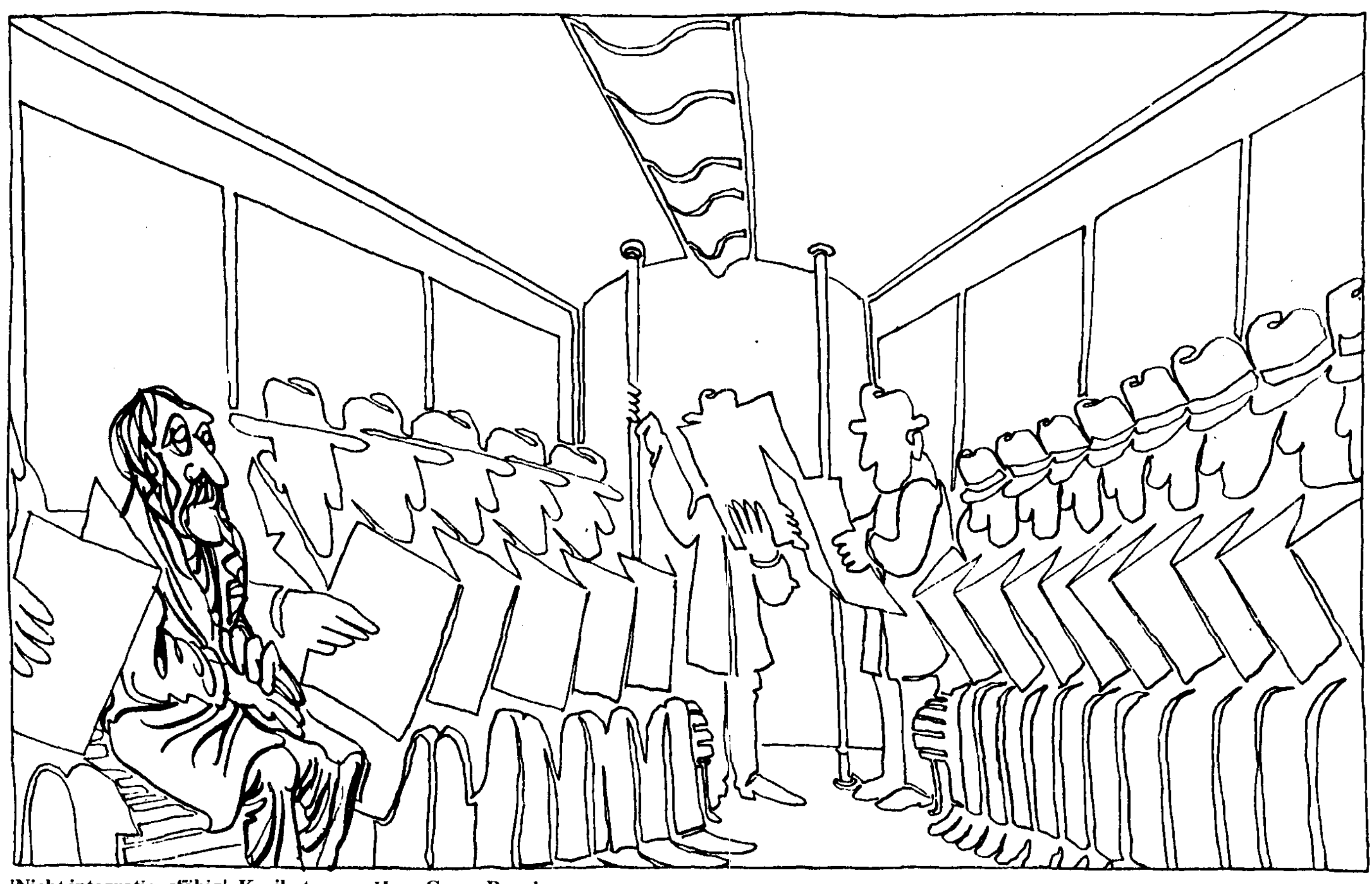
Literatur:

Alain Finkielkraut, Die Niederlage des Denkens. Reinbek 1989.
Michaela von Freyhold, "Demokratisierungsbewegungen in Afrika." Peripherie 43/44 (i.E.)
Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne. Berlin 1991.
Geoff Eley, Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland. Münster 1991.
Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), The Invention of Tradition. Cambridge 1983.
Reinhart Kößler/Tilman Schiel, "Verstaatlichung nationaler Befreiungsbewegungen." Peripherie 41 (1988).
Abram Leon, The Jewish Question. A Marxist Interpretation. New York, N. Y. 1970.
Roman Rosdolsky, "Friedrich Engels und das Problem der 'Geschichtslosen Völker'." Archiv für Sozialgeschichte IV (1964), S. 87-282.
Tilman Schiel, "Alltag und Geborgenheit." Peripherie 32 (1988).
Dieter Senghaas, "Friedrich List and the Basic Problems of Modern Development." Review XIV, 3 (1991), S. 451-467.





Rassismus und Nationalismus ... Klassengesellschaft



'Nicht integrationsfähig'. Karikatur von Hans Georg Rauch

Der folgende Beitrag skizziert einige Aspekte des Wechselspiels von Nationalismus und Rassismus in entstehungsgeschichtlichem Zusammenhang. Dabei werden allerdings keine spezifischen Details aufgearbeitet, die zum Werdegang des "deutschen Wesens" als vermeintlich schützenwerter nationaler Eigenschaft beigetragen haben, sondern einige allgemeinere Thesen zur Analyse des Phänomens vorgestellt [1]. Auch thematische Besonderheiten in Ländern der sogenannten Dritten Welt werden vernachlässigt. An dieser Stelle soll jedoch wenigstens in Erinnerung gerufen werden, was von Frantz Fanon bereits Ende der 50er Jahre hinsichtlich des Nationalismus im Zuge des Befreiungskampfes und der Dekolonisierung afrikanischer Staaten warnend diagnostiziert wurde: "Vom Nationalismus sind wir zum Ultra-Nationalismus, zum Chauvinismus, zum Rassismus übergegangen"[2]. Was Fanon in diesem Kapitel mit "Mißgeschicke des nationalen Bewußtseins" übertitelt, ist also keinesfalls nur das zweifelhafte Privileg einer Bevölkerung innerhalb der westlichen Industriestaaten.

Der moderne Nationalismus wurzelt in Kultur und Staat sowie deren Kombination im Entstehungsprozeß der bürgerlichen, industriell-kapitalistischen Gesellschaft. Rassismus wohnt diesem Nationalismus im Zuge seiner Durchsetzung als ideologische Klammer und einheitsstiftender Kitt neuer sozio-ökonomischer und politischer Formationen inne.

Mit euphorischer Offenheit erhob noch die kosmopolitische Strömung unter den französischen Revolutionären im August 1792 im internationalistischen Glauben an die Aufklärung auch aus anderen Ländern stammende Anhänger des



... und Staat

Revolutionsgedankens als "Verbündete des französischen Volkes" zu Ehrenfranzosen und verlieh diesen den Titel eines französischen Bürgers.[3]

Im Gegensatz dazu vollzog sich schon kurz darauf mit zunehmender Betonung der Sprach- und Kulturgemeinschaft eine drastische Verengung des Nationalgedankens und seiner praktisch-politischen Auslegung. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts schlug sich diese bornierte Sichtweise als Abkehr vom kosmopolitischen Universalitätsgedanken in einer immer stärkeren Verbindung von Rassismus und Nationalismus nieder. Die unheilige Allianz fand ihren Ausdruck in der Konjunktur von Rassen-"Theorien" (verknüpft mit Namen wie Gobineau, Chamberlain, Le Bon und Haeckel). "Rasse" und "Nation" wurden de facto als Synonyme gesetzt, "wobei nach damaliger Mode ebenso wild über allgemeine Merkmale eines 'Rassen-' und 'Nationalcharakters' spekuliert wurde"[4].

Nationale Identitäten konstituieren sich in Form von territorialen und geistigen Grenzziehungen gegenüber Minderheiten. Dabei geraten solche Grenzziehungen zur ideologischen Demarkationslinie zwischen Fortschritt (="Wir") und Rückständigkeit (="Die Anderen"). Sie verankern wertende Hierarchien einer unilinearen, evolutionären (Natur-)Entwicklung menschlicher Gesellschaften.

Bei entsprechender Machtposition kann dies im übrigen auch dazu führen, daß sich mit derselben Grenzziehung eine quantitative Minderheit zur qualitativen Mehrheit erhebt, indem sie die ausschließliche Definitionsmacht beansprucht und in gesellschaftliche Realität umsetzt. Dies gilt z.B. für die geschlechtsspezifische Dominanz in den patriarchalischen Verhältnissen sowie in klassischer Weise hinsichtlich des Rassismus für die koloniale Situation, die sich in den Verhältnissen Südafrikas bis in die Gegenwart deutlich erkennbar fortsetzt.

Solcherart vorgenommene und hierzulande nicht ganz so offenkundige - aber dennoch virulente - Grenzziehungen naturalisieren und verabsolutieren. Differenzen werden zu biologisch-genetischen Determinanten oder angeblich kulturell unveränderlichen Dispositionen stilisiert.

Sie gelten als "Arteigenschaften", "Charakter-", "Mentalitäts-" oder "Wesensmerkmale" und werden dadurch mit der Aura des Statischen und Unveränderlichen versehen. Angesichts ihrer Nähe ist es weitgehend unerheblich, ob der praktizierte Rassismus auf biologischen oder kulturalistischen Konstrukten beruht. Sie gehen meist ein diffuses Konglomerat und Gemenge miteinander ein - und für die davon als Benachteiligte und Ausgegrenzte betroffenen Menschen dürfte die ursächliche Zuordnung ihrer Herabwürdigung in die eine oder andere dieser beiden Kategorien ohnehin so ziemlich egal sein. Rassismus und Nationalismus sind also zwar keinesfalls identische Phänomene, aber doch "miteinander verbunden durch die Vorstellung, daß die Kulturgemeinschaft der Nation letztlich auf gemeinsamer Abstammung beruhe und die Tradierung nationaler Kultur über Generationen eine Vererbung analog zu jeder der phänotypischen Merkmale sei"[5].

Rassismus und Nationalismus fanden ihre harmonisierende Verschränkung schließlich im völkischen Gedanken [6]. Um handfeste Realität erlangen zu können, mußte die ideologische Sinngebung aber auch ihre materielle Form finden, und dazu bedurfte es ganz wesentlich eines zentralisierten staatlichen Instruments zur Ausgestaltung von Herrschaftsstrukturen, denn "nur über einen Staatsapparat konnte man aus einer 'Nationalität' eine 'Nation' machen" [7].

Vermittlungsinstanz Staat ...

Im Grunde genommen stellt die Beziehung zwischen rassistischer und nationalistischer Ideologie aber zugleich auch ein Paradoxon dar:

Rassismus ist für den Nationalismus keinesfalls durchgängig funktional. Dennoch hat es kaum jemals einen Nationalismus ohne rassistisch durchsetzte Begleiterscheinungen gegeben. Da der Nationalismus sich in den Widersprüchen des selbsterklärten Idealzustands verfängt, indem er eine gereinigte, vollkommen homogene Gemeinschaft in Wirklichkeit gar nicht herstellen kann, wird Rassismus als "Flucht nach vorne" produziert. Sie stellt zugleich eine "Flucht nach hinten" in dem Sinne dar, daß "rassistische Denkschemata... in der Vergangenheit des Nationalismus angelegt" sind.

Praktisch manifest aber werden die rassistischen Ausschließungspostulate erst durch deren juristische Form - also die Gesetze des Staates als entscheidender Vermittlungsinstanz. Denn "grundsätzlich ist der moderne Rassismus nie eine bloße, auf die Pervertierung des kulturellen oder soziologischen Unterschieds gründende ..., sondern eine durch den Eingriff des Staates vermittelte Beziehung zum Anderen". Der Staat als Nationalstaat produziert somit erst durch juristische und politisch-regulative Eingriffe und Formen der Operationalisierung "Minderheiten", die als eigentlich abstrakte Größe nur durch Kodifizierung und Kontrolle gesellschaftlich reale und erkennbare Gestalt annehmen. Im Zuge dieser Praxis haben insbesondere die "fortgeschrittenen" europäischen Staaten im letzten Jahrhundert eine so strikt wie möglich gehaltene Verbindung zwischen Staatsbürgerrechten und der Nationalität einerseits, sowie der sozialen Rechte andererseits eingeführt. Sie sind damit zu dem geworden, was als "national-soziale Staaten" bezeichnet werden kann. Diese verfügen über einen "Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat, der einen Teil der Bevölkerung schützen soll, indem er zugleich die Risiken für einen anderen Bevölkerungsteil (also z.B. "Asylanten", "Migranten" etc., H.M.) anwachsen läßt"[8].

Wichtig an dieser Position ist besonders, daß damit das Wechselverhältnis bzw. Beziehungsgeflecht von Rassismus und Nationalismus durch die eigenständige, aber damit auch eng verwobene Komponente des Staates erweitert und staatliches Handeln zum ausdrücklichen Faktor erhoben wird. In einem noch weiter gefaßten Sinne, der die sozialpsychologische Seite der Abrichtung von Menschen zu Staatsbürgern als "Affektmodellierung" ihrer "inneren Natur" ebenfalls berücksichtigt [9], kann das Terrain auch durch die Zusammenhänge von Kultur, menschlichem Körper, Nation, Staat und Ökonomie im Rassismus umgrenzt wer-

---

Beim Spaziergang in der Innenstadt Stuttgarts wurde der parteilose sächsische Justizminister Heitmann sinnlich wahrnehmbar mit so viel "ausländischen". Sprachen und Menschen konfrontiert - um nicht zu sagen davon überrumpelt -, daß er sich fragte, ob er hier denn noch zu Hause sei. Der Theologe und Jurist kam inmitten dieser unerwarteten Identitätskrise (die sich pikanterweise sogar in der Zeitrechnung nach Hoyerswerda in dieser Form vollzog) zu dem Schluß, daß "Deutschland das Recht haben muß, seine kulturelle Identität zu wahren." Heitmanns Amtskollege, der sächsische Innenminister Eggert, forderte passend hierzu: "Ausländer müßten künftig gleichermaßen geschützt werden - wie Deutsche. In Hoyerswerda nämlich hätten sich' die Bürger nicht geschützt gefühlt vor dem Leben der Ausländer'.

Diese Äußerungen der beiden Politiker werden in einem Artikel von Burkhard von Pappenheim ("Deutschland muß seine nationale Identität wahren") in der Stuttgarter Zeitung vom 4. Oktober 1991 kritisch kommentiert wiedergegeben.

hm

---

den. Diese Bestimmungsmomente "verdichten sich im institutionellen System des Staates und werden von den staatlichen Institutionen ausgearbeitet" [10].

... und Vermittlungsinstanz Klassengesellschaft

Abschließend soll aber auch nicht unterschlagen werden, daß eine der lesenswertesten Analysen zur Erfindung der Nation als "vorgestellter/eingebildeter Gemeinschaft" ("imagined community", wie der Originaltitel so trefflich formuliert), sich der Gleichsetzung von Rassismus und Nationalismus verweigert. Der nach dieser Studie Benedict Andersons von der gedruckten Schriftsprache erfundene Nationalismus denkt in "historisch-schicksalhaften Begriffen", während der Rassismus geschichtslos auf ewig angelegte Wesenszuschreibungen ("die Neger", "die Juden" usw.) vornimmt - und zwar "ganz gleich, welchen Paß sie (die Opfer dieses Rassismus, H.M.) besitzen oder welche Sprache sie sprechen und schreiben". Nach Anderson sind Ideologien, "in denen die Phantasien des Rassismus ihren Ursprung haben . . . in Wirklichkeit eher solche der Klasse als der Nation" [11].

Werden aber beide - Rassismus wie Nationalismus - als instrumentell-ideologische Konstrukte begriffen, denen klassenspezifische Interessen und Bestimmungsmerkmale bei der konkreten Ausgestaltung in der gesellschaftlichen Praxis innewohnen, scheint sich diese Unterscheidung auf den Rang eines Sekundärmerkmals zurückstufen zu lassen. Dennoch ist der Hinweis wichtig: Für beide Phänomene, Rassismus wie Nationalismus, wird damit nämlich in Erinnerung gerufen, daß es handfeste materielle Grundlagen gibt, die deren Entstehung, Ausformung und Wirkung nachhaltig beeinflussen. Und das sollten wir - auch wenn es nicht mehr ganz so modisch ist - nicht in Vergessenheit geraten lassen. Der zumindest oberflächliche Teil der augenblicklichen "Multi-Kulti-Debatte" erliegt leider nur allzu oft dieser Gefahr. Mehr Toleranz und Aufgeschlossenheit nämlich ändert noch nichts an den sozio-ökonomischen Realitäten von Klassengesellschaften, deren staatliches Handeln Erscheinungen wie Rassismus und Nationalismus fördern und bei deren Ausgestaltung erheblichen, wenn nicht gar entscheidenden Anteil haben. "Das Illusionäre des Multikulturalismus", so unlängst ein Kritiker des Ansatzes, "besteht in der Vorstellung, Herrschende und Beherrschte könnten auf irgendeine Weise die Plätze tauschen und erfahren, wie die jeweils andere Hälfte lebt, ohne daß die Machtstrukturen dabei in Frage gestellt würden; so als ob machtgeprägte Beziehungen wie durch einen Zauberspruch im direkten Erfahrungsaustausch aufgehoben werden könnten, und die Ideologie in der Kommunikation von Mensch zu Mensch sich verflüchtigte [12].

Angesichts ihrer fortdauernden Existenz und unangefochtenen Vormachtstellung wird die "Viererbande" Rassismus und Nationalismus, Klassengesellschaft und Staat über die multikulturelle Debatte hinaus weiterhin Auseinandersetzung beanspruchen können. Das betrifft insbesondere die Analyse ihres Wechselverhältnisses und dessen je konkrete Ausprägung [13].

Henning Melber

Anmerkungen

(1) Vgl. ergänzend zum spezifischen deutschen Nationalismus den Beitrag von Reinhart Kößler in diesem Heft. Die Zusammenhänge werden von mir auch andernorts deutlicher hergestellt, als es im Rahmen des begrenzten Umfangs an dieser Stelle möglich ist. Siehe u.a.: Rassismus und eurozentrisches Zivilisationsmodell: Zur Entwicklungsgeschichte des kolonialen Blicks. In: Theorien über Rassismus. Hrsg. von Otger Autrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht und Cornelia Wolf. Hamburg: Argument 1989 (Argument-Sonderband 164), S. 29-62; sowie demnächst: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel 1992 (i.V.)

(2) Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde. Reinbek: Rowohlt 1969, S. 120.

(3) Vgl. Julia Kristeva, Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1990, S. 171 ff.; zu den "Adoptierten" gehörten prominente Engländer, Italiener, Belgier, Deutsche u.a., die allerdings sehr bald das Mißtrauen einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit zu spüren bekamen, zu Geächteten wurden und ihr Ehren-Status schon Ende 1793 wieder eingebüßt hatten.

(4) Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/Main: Campus 1991, S. 129

(5) Rainer Bauböck, Nationalismus versus Demokratie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 1/1991, S. 73-90 (hier: S. 80).

(6) Einen informativen Überblick bietet hierzu Bernhard Perchinig, "Der Fremde und der Nationalstaat". In: Journal für Enwicklungspolitik, 7(1991)2, S. 3-14.

(7) Eric J. Hobsbawm, a.a.O., S. 115.

(8) Etienne Balibar, Rassismus und Politik in Europa. In: Widerspruch, 11. Jg., Nr. 21, Juni 1991, S. 11-19 (hier: S. 13, 15 und 16).

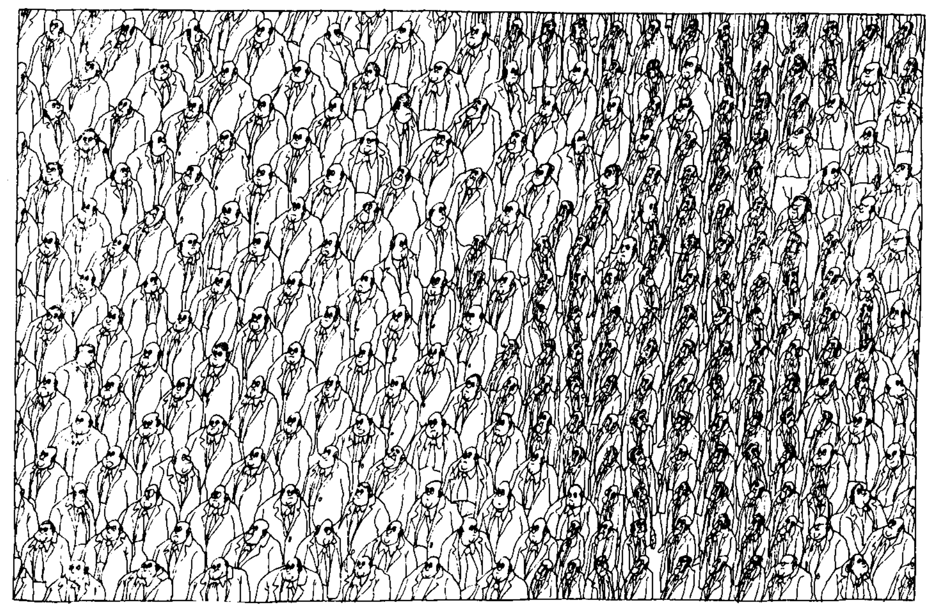
(9) Diese Begrifflichkeiten verweisen auf Diskussionszusammenhänge, wie sie u.a. besonders in den Arbeiten von Michel Foucault zur "Disziplinargesellschaft" und von Norbert Elias über den "Prozeß der Zivilisation" behandelt wurden. Die Trennung von äußerer und innerer Natur wurde besonders durch die Vertreter der Kritischen Theorie (Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse) betont. Interessante Details der Selbstdisziplinierung von Menschen behandeln auch die Studien des Sozialphilosophen Rudolf zur Lippe.

(10) Jost Müller, Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. Diskurse, Formationen und Funktionen des Rassismus in Ökonomie und Politik. In: Widerspruch 21/1991, a.a.O., S. 59-75 (hier: S. 60 und 69).

(11) Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/Main: Campus 1988, S. 150 (Herv. i.O.).

(12) Philip Cohen, Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung einer multirassistischen Kultur in Großbritannien. In: Annita Kalpaka/Nora Räthzel (Hg.), Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer: Mundo 1990, S. 81-144 (hier: S. 85).

(13) Vgl. zur aktuellen Relevanz dieser Debatte insbesondere die fast ausnahmslos weiterführenden, theoretisch anspruchsvollen Beiträge in Uli Bielefeld (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg: Junius 1991. Ein Großteil der darin versammelten Analysen wurde anläßlich eines Workshops im September 1990 am Hamburger Institut für Sozialforschung vorgetragen, dem sich ein Kongreß des Instituts für Migrations- und Rassismusforschung anschloß. Die dort präsentierten Referate werden in Form von zwei Argument-Sonderbänden im Frühjahr 1992 publiziert.



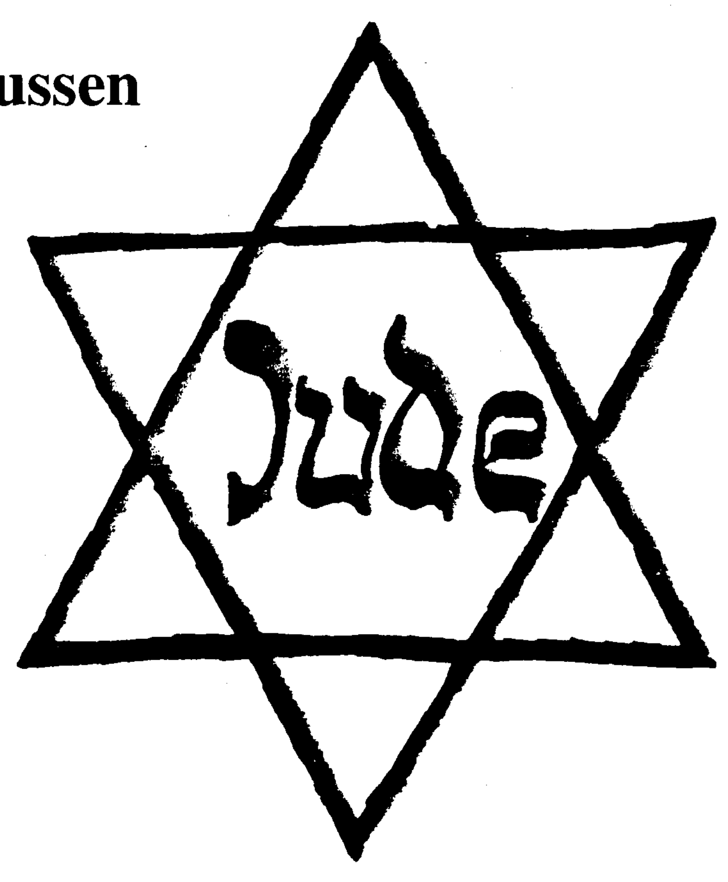
'Strukturwandel'. Karikatur von Hans Georg Rauch

Daß Herr Messner im letzten Bergdorf am Mount Everest in 4500 Meter Höhe Einwohner getroffen hat, die seit zwei Generationen keinen Europäer mehr gesehen haben, finden wir überhaupt nicht interessant. Wir haben im letzten Bergdorf in der Eifel Menschen getroffen, die seit 17 Generationen keinen Tibetaner mehr gesehen haben

Magda und Heinrich Riss
Manderscheid

Traditioneller Judenhaß und moderner Antisemitismus

Interview mit Detlev Claussen



Der Judenstern wurde 1941 in Deutschland eingeführt

Vorspann Claussen
Das "internationale Judentum" wurde in Europa im Zuge der Nationenbildung als "natürlicher Feind der Nationen" bezeichnet. Mit der jüngsten nationalistischen Welle in Deutschland werden antisemitische Ressentiments wieder sichtbarer. Mit Blick zurück auf die NS-Zeit wollen die einen "den Anfängen wehren", betonen die anderen mit falscher Harmlosigkeit, daß "so etwas" heute nicht mehr möglich sei. Was beide Positionen - unbewußt - verbindet, ist der zu kurze Blick zurück. Verleugnet wird der Umstand, daß Antisemitismus zum Grundbestand der bürgerlichen Gesellschaft gehört. Wir sprachen mit Detlev Claussen, Autor der Bücher "Grenzen der Aufklärung" (1987) und "Vom Judenhaß zum Antisemitismus" (1987).

Sie unterscheiden in Ihren Büchern zwischen traditionellem Judenhaß und modernem Antisemitismus. Den einen bezeichnen Sie als konkret, den anderen als abstrakt. Können Sie das erläutern?

Der traditionelle Judenhaß zeichnet sich dadurch aus, daß die Juden als konkret sichtbare Menschen für bestimmte Situationen, in denen man lebt, verantwortlich gemacht werden. Die Juden in dieser Zeit waren gekennzeichnet, und für diese Kennzeichnung hatte die Kirche gesorgt. Seit dem 11. Jahrhundert hatte sie die Juden aussortiert als eine Art Feinde, die man sehen konnte und die man auch sehen sollte.

Diese Kennzeichnung erfolgte erstens durch eine bestimmte Kleiderordung. Zweitens war es den Juden neben den Priestern und Frauen verboten, Waffen zu tragen. Diese Ausgrenzung fand - drittens - Niederschlag in der Wohnordnung, die sich im 13. Jahrhundert in weiten Teilen Europas durchgesetzt hat, nämlich die Form des Ghettos. Und viertens, ganz entscheidend für die ökonomische Existenz, die Juden waren von Grund- und Bodenbesitz ausgeschlossen. Dadurch hat man sie überhaupt erst an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

...Und was ist mit dem Handwerk?...

Natürlich schloß die mittelalterliche Zunftordnung die Juden auch von handwerklichen Berufen aus. Deshalb gibt es ein jüdisches Handwerk überhaupt nur noch für den jüdischen Bedarf. In anderen Gesellschaften, wie z.B. in Spanien war das ganz anders. Vor der Reconquista, mit der auch dort diese christliche Verengung einsetzt, gab es eine große Entfaltung des jüdischen Handwerks.

Wovon kann nun eine gesellschaftliche Gruppe, die an den Rand der mittelalterlichen Gesellschaft gedrängt ist, ihr Leben fristen? Da kommt nur die Zirkulation, hauptsächlich Kleinhandel und Pfandleihe in Frage. Tatsächlich wurden die Juden in diesen Bereich hineingedrängt.

Machen wir nun den Sprung vom konkreten Judenhaß des Mittelalters in die Moderne. Den modernen Antisemitismus nennen sie abstrakt.

Das Kennzeichen der modernen Gesellschaft ist ihre Abstraktheit: die menschlichen Beziehungen sind über den Markt vermittelt. Wir können unser Leben gar nicht mehr bestreiten, ohne Marktbeziehungen einzugehen, ohne unsere Arbeitskraft zu verkaufen usw. Wir machen uns zu selten klar, daß das ein ganz junges Phänomen ist, das sich überhaupt erst am Ende des 18. Jahrhunderts in Europa durchgesetzt hat, nämlich daß alle gesellschaftlichen Beziehungen durch den Markt vermittelt sind. Dieses geschichtliche Phänomen ist aber zunächst einmal sehr schwer zu verstehen. Die Sache ist die, daß die Personen unwichtig werden. Es zählt nur noch der Tausch. Die Konsequenz ist eine Anonymisierung der gesellschaftlichen Beziehungen.





Nach der Verwüstung eines jüdischen Friedhofes in Ihringen bei Freiburg

Für den einzelnen ist es schwer zu begreifen, daß menschliche Beziehungen zu Sachbeziehungen geworden sind. Er hilft sich, indem er im Geiste das Verhältnis rückübersetzt in eine Personenbeziehung, wie er sie aus seiner Familie z.B. kennt. Das heißt, er personalisiert die sachlich vermittelten Beziehungen zwischen den Tauschsubjekten. Er setzt Personen ein, die er direkt verantwortlich machen kann, nach dem Motto: der ist gut, der ist schlecht usw.

Dieses Phänomen der Personalisierung finden wir überall in unserem Alltagsleben. Es handelt sich um eine normale Verzerrung einer bestimmten gesellschaftlichen Situation. Beim Antisemitismus nun kommt noch etwas hinzu, nämlich eine weitere Verzerrung. Antisemitismus nenne ich daher die Verzerrung einer verzerrten Wahrnehmung. Nicht irgendwelche Personen, sondern bestimmte Personen, nämlich die Juden werden verantwortlich gemacht.

Warum ausgerechnet die Juden?

Dazu wollte ich gerade kommen. Der moderne Antisemitismus baut auf dem traditionellen Judenhaß auf. Dessen Vorleistungen: Identifikation der Juden als Leute mit bestimmten Berufen, marginal, verachtet und von der Herrschaftsreligion auch gezeichnet. Dieser Konkretismus im Judenhaß ist auch immer mit bestimmten Bildern verbunden, mit langen Nasen, mit den entsprechenden Kleidern usw.

Das heißt, die Juden sind zum einen erkennbare Repräsentanten eines Unterschieds. Zum anderen sind sie im traditionellen europäischen Bild Repräsentanten der Zirkulation, des Tausches, des Geldes.

Der moderne Antisemitismus bedient sich somit der traditionellen Figur des Juden, der in der Zirkulationssphäre tätig ist, und macht ihn für die modernen Verhältnisse, in denen der Tausch zum zentralen Prinzip geworden ist, verantwortlich. Diese traditionelle Figur des Juden ist die einzige identische Figur in der europäischen Geschichte, scheinbar identische Figur. Aber das ist ein Quidproquo, das stimmt eigentlich überhaupt nicht, auch das Judentum hat sich entwickelt.

Die Frustration des Menschen in der modernen Gesellschaft führen Sie auf eine "mißglückte Emanzipation", wie Sie es genannt haben, zurück. Können Sie das noch einmal erklären?

Das Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft war das der Gleichheit. Daß es mit dieser Gleichheit nicht weit her war, erfuhr man allerdings sehr schnell. Jeder bringt eine bestimmte Erbschaft mit oder aber ist damit belastet, keine Erbschaft zu haben. Daraus entsteht eine enorme Aggression gegen die Leute, die eine sichtbare Erbschaft haben in der Geschichte. Eine sichtbare Erbschaft ist die lange Geschichte der Juden. Das ist sehr interessant: Bevor sich die moderne Nation herausbildete, nämlich seit der Französischen Revolution, gab es nur eine Nation, und das waren die Juden. Nur die konnten sagen: wir hängen von Geburt an so und so zusammen.

In dem Augenblick, wo sich die moderne bürgerliche Gesellschaft konstituiert, gibt es nur eine einzige Gruppe, die eine scheinbar wirkliche Geschichte hat, die Juden. Und weil die Erfahrung der modernen Gesellschaft nun gerade die ist, daß einem die Wurzeln abgeschnitten werden, entsteht ein enormer Neid auf die, die diesen Halt scheinbar haben. Dabei fällt natürlich unter den Tisch, daß es bei den Juden diesen Bruch zwischen traditionellen Formen des Zusammenlebens und dem modernen Judentum auch gibt. Es wird projiziert: bei den Juden funktioniert das Zusammenleben noch, die halten zusammen.

Es taugen also nur die Juden für die Personalisierung der kapitalistischen Verhältnisse. Andere Gruppen sind da nicht geeignet. Ist das das Besondere des Antisemitismus gegenüber anderen Formen des Rassismus?

Nehmen Sie die blödeste antisemitische Vorstellung, nämlich die Juden beherrschen die Welt. Niemand würde darauf kommen zu sagen, die Türken beherrschen die Welt. Woran liegt das? Es findet eine Verknüpfung statt. Verknüpft wird die Rolle, die die Juden gespielt haben in der europäischen Geschichte mit dem modernen Prinzip, nämlich dem Tauschprinzip. Tatsächlich ist es so, daß die gesamte Welt vom Tauschprinzip organisiert wird. Die Juden gelten als die Experten des Tauschprinzips. Zugleich werden die Juden identifiziert mit dem Prinzip der Moderne überhaupt. Das ist mit keiner anderen Gruppe zu machen.

Nun werden die Juden aber nicht nur mit der Zirkulationssphäre oder mit dem Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft identifiziert, sondern auch mit dem internationalen Kommunismus. Wie ist das zu erklären?

Die Juden werden nicht nur mit der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kapitalismus identifiziert, sondern mit der Moderne überhaupt. Das Prinzip der Moderne ist das einer Klassengesellschaft, und zur Klassengesellschaft gehört der Sozialismus. Das Industrieproletariat nämlich, das sich mit der Industrialisierung herausgebildet hat, hat notwendig ein starkes Interesse an der Veränderung der Gesellschaft. Für die Menschen des 19. Jahrhunderts gehört das zusammen, Kapitalismus und Sozialismus. Beide sind Inbegriff der Moderne, beide verändern die Welt, der Kapitalismus und der Sozialismus erst recht. Vor diesem Hintergrund ist die Doppelidentifikation der Juden im modernen Antisemitismus zu sehen, nämlich sowohl mit dem Kapitalismus wie mit dem Sozialismus.

Es kommt noch ein interessanter Aspekt hinzu. Das Judentum zeichnet sich dadurch aus, daß es keine Versöhnung mit der Gegenwart gibt. Das ist das, was man geistesgeschichtlich Messianismus nennt. Das ist sehr spezifisch und hat dazu geführt, daß aus dem Judentum sehr viele Leute gekommen sind, die für den Sozialismus eine große Bedeutung hatten. Nehmen Sie nur Marx oder Moses Hess usw.

Man könnte somit sagen: Der Antisemitismus ist sowohl eine Revolte gegen die Moderne als auch ein Herrschaftsinstrument im Dienste der kapitalistischen Moderne.

Das kann man so ausdrücken. Der politische Antisemitismus hat versucht, die Leute davon abzubringen, daß sie sich gegen den Produktivkapitalismus wenden. Er wollte, daß sie feindlich sind gegenüber der Börse, gegenüber den abgeleiteten Phänomenen, und diese abgeleiteten Phänomene konnte man viel leichter als jüdisch darstellen. Im Grunde ist das ein Versuch, die Revolte gegen die Moderne zu lenken. Diese Intention hatte die politische antisemitische Bewegung.



Antisemitisches Hetzplakat

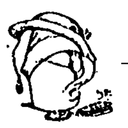
Vom politischen Antisemitismus zu trennen ist der Antisemitismus als Alltagsreligion, als ein Erklärungsmodell für etwas, das man tagtäglich erlebt. Diese Funktion ist genau das, was auch die Stetigkeit des Antisemitismus ausmacht, was dafür sorgt, daß der Antisemitismus die politischen Konjunkturen überlebt. Man kann das beobachten: In Stammtischgesprächen u.ä. tritt plötzlich ein antisemitisches Erklärungsmodell für den gesellschaftlichen Zusammenhang auf und das, womit man unzufrieden ist.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Nationenbildung und modernem Antisemitismus? Beide Phänomene sind ja mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft verkoppelt.

Die Nationenbildung in Europa Ende des 18. Jahrhunderts ist mit dem Antisemitismus verknüpft und auch mit der Transformation des traditionellen Judenhasses zum modernen Antisemitismus. Zunächst steckt in jeder Nation ein Stück Lüge. Auch der aufgeklärteste Nationenbegriff unterstellt, daß die Zugehörigkeit zur Nation durch Geburt erworben wird. Aber das stimmt überhaupt nicht. Wir sind gar nicht alle miteinander verbunden durch Geburt. Wenn das aber so fadenscheinig ist, wie stellt sich dann eigentlich ein Kollektiv her? Im Grunde weiß das jeder: einfach dadurch, daß man jemanden hat, der nicht dazugehört bzw. der nicht als zugehörig anerkannt wird. Die Gemeinschaft wird gestiftet durch Exklusion. Und leider war es in Europa so, daß die Juden für diese Exklusion herhalten mußten. Sie boten sich für diese Rolle verdammt gut an, weil sie eben traditionell als nicht Dazugehörig gekennzeichnet waren.

Wie paßt nun der Nationalsozialismus in Ihre Geschichtsschreibung des Antisemitismus? Er gebärdete sich einerseits antimodernistisch und antikapitalistisch und war andererseits ein "Büttel des Kapitals". Sind "Blut und Maschine" ein irrationales Paar?

Der Nationalsozialismus war zunächst der Erbe der modernen antisemitischen Bewegung. Aber der Erbe ist nicht gleich mit den Gründern. Das bezeugt am anschaulichsten ein Brief von Hitler an Adolf Gemlich aus dem Jahr 1921. Dieser Brief ist ein Schlüssel. Hier erklärt Hitler, daß er einen neuen Antisemitismus kreieren will, einen, Hitler wörtlich, "Antisemitismus der Vernunft". In diesem Ausdruck verbirgt sich Kritik an den antisemitischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, die zu emotional gewesen seien. Hitler will Taten. Wenn die "nationalsozialistische Revolution", die ihm vorschwebt, Realität werden soll, dann muß es auch reale Opfer geben. Die Tötung der Juden liegt schon hier begründet.



Ist die Konsequenz des traditionellen Judenhasses das Pogrom und die des modernen Antesemitismus die Judenvernichtung?

Pogrome entstehen nur in einer ausgesprochen emotionalisierten Atmosphäre. Das ist das Interessante am 9.November 1938, daß es nur der Versuch eines Pogroms war. Funktioniert hat das überhaupt nicht. Zum Hintergrund des Pogroms gehört die Agrargesellschaft, nämlich die russische Agrargesellschaft. Daher kommt auch das Wort. Menschen sind unglaublich empört und verprügeln mit Duldung der Behörden einen Menschen, oder schlagen ihn tot o.ä. Zum russischen Gesetz des Pogroms gehörte auch, daß die Pogromisten keine Schußwaffen tragen dürfen. Damit nämlich hätten sie das staatliche Gewaltmonopol gebrochen. Pogrome sind somit geduldete Exzesse. In Deutschland 1938 hat das überhaupt nicht funktioniert. Die Leute sind eben moderne Menschen, die stehen am Fenster und glotzen. Die realen Taten wurden hauptsächlich von SA- und SS-Leuten und Parteigenossen begangen. Das sind ganz andere Voraussetzungen. Und man sollte das wirklich festhalten: Die nationalsozialistische Ideologie ist von gestern. Aber die nationalsozialistische Praxis ist ganz modern und auf den ganz modernen Menschen berechnet. Und der moderne Mensch ist nun einmal ein Zuschauer, ein spectator. Und der reale Tötungsakt hat schließlich auch nur nach Befehl und Gehorsam funktioniert, nach Organisation. Deshalb ist auch 1938 der Wendepunkt in der Geschichte des Nationalsozialismus. Die Nationalsozialisten haben von da an auf jede spontane Massenbeteiligung verzichtet. Hitlers Programmpunkt , nämlich "Antisemitismus der Vernunft", hat sich von da an durchgesetzt.

Ich möchte aber noch einen Schritt weitergehen. 1941 kommt es nochmals zu einem Bruch in der Geschichte des Antisemitismus. Die Massenvernichtung vollzieht, streng gesehen, eine Trennung von den antisemitischen Wurzeln. Der Antisemitismus muß die Juden als Opfer erhalten. Wenn es gar keine Juden mehr gibt, ist der Antisemitismus am Ende. Hinter der restlosen Tötung der Juden muß irgendwie die Vorstellung vom Ende der Geschichte gesteckt haben. Das ist etwas total Verrücktes, und es geht einfach nicht, daß man es mit irgendwelchen rationalen Kriterien einholt. Der Antisemitismus braucht das Opfer. Der Nationalsozialismus aber wollte einen Schlußstrich ziehen, Tabula rasa machen, und deswegen haben die es auch Endlösung genannt. Endlösung bedeutet das Ende der Geschichte und, daß es das Problem nie mehr geben wird. Das ist sozusagen ein Sprung, aber nicht in die Vormoderne - diese Nationalsozialismuskritik halte ich für vollkommen falsch -, sondern in die Nachmoderne.

Wenn Sie sagen, daß die nationalsozialistische Vernichtungspolitk letzlich nicht begreifbar ist, daß historische, ökonomische und politische Analysen hier versagen, kapitulieren Sie da nicht und geraten in die Nähe der resignativen These vom ewigen Antisemitismus?

Ganz im Gegenteil. Es geht doch gerade darum, zu erkennen, daß die moderne bürgerliche Gesellschaft diese Möglichkeit produziert hat. Mit der Anthropologie des Menschen hat das überhaupt nichts zu tun. Ich trenne ja auch zwischen dem modernen Antisemitismus, den es in jeder bürgerlichen Gesellschaft in mehr oder weniger abgemilderter Form gibt und der nationalsozialistischen Massenvernichtung. Die war nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen möglich. Nur: diese Möglichkeit ist leider eine der Möglichkeiten der Moderne. Und das ist etwas sehr Beunruhigendes. Das sollte uns dazu veranlassen, uns immer wieder intensiv damit auseinanderzusetzen. Was aber nicht heißt, daß wir alles restlos erklären können. Alles restlos erklären zu können, ist eine bürgerliche Illusion. Wir müssen alle Rationalität darauf verwenden, die Voraussetzungen dafür zu erklären. Aber die, die meinen, das Phänomen der Vernichtungspolitik selbst erklären zu können, die rationalisieren. Selbstverständlilch ist es sehr schwer, das zu ertragen.

Kommen wir nun zur Gegenwart. Besteht der gegenwärtige Antisemitismus trotz oder wegen Auschwitz?

Da der Antisemitismus ein alltagsreligiöses Phänomen ist und Erklärungen für alles liefert, ist diese Diskussion um trotz oder wegen völlig müßig. Die Realität von Auschwitz kommt in dieser Alltagsreligion gar nicht zur Geltung. Auschwitz wird einfach eingebaut in das antisemitische Erklärungsmuster und folgendermaßen gedeutet: Durch Auschwitz haben die Juden größeres Prestige und mehr Macht erlangt.

Was hier mit hineinspielt, ist, daß die meisten Menschen irgendeine Ahnung haben, daß da etwas geschehen ist, das menschliche Existenz überhaupt in Frage stellt. Der Antisemitismus nach Auschwitz versucht für das Unbegreifliche ein Erklärungsmodell zu liefern, nämlich daß Auschwitz im Interesse der Juden lag, Gründung des Staates Israel, größere Macht in Amerika usw. Das sind antisemitische Erklärungsmuster, und plötzlich hat das Sinnlose wieder einen Sinn. Das erspart den Menschen diese doch massive Anstrengung, sich damit überhaupt auseinandersetzen. Sie bauen den Schrecken einfach in ihre Alltagsreligion ein. Die antisemitische Alltagsreligion verspricht ja zu erklären, warum es die Moderne gibt und warum wir so unglücklich sind in der Moderne. Das reale weltgeschichtliche Phänomen Auschwitz wird eingebaut in diese Geschichte. Und da ja die antisemitische Alltagsreligion das Maximum verspricht, nämlich das Weltgeschehen zu erklären, paßt dieses Ereignis in seiner objektiven Bedeutung genau hinein.

Sie haben sich in Ihren Büchern dagegen gewandt, den Antisemitismus als eine nationale Besonderheit zu sehen. Nun gibt es zwar den Antisemitismus auch in anderen Gesellschaften, aber die Judenvernichtung hat es nuneinmal nur in Deutschland gegeben.

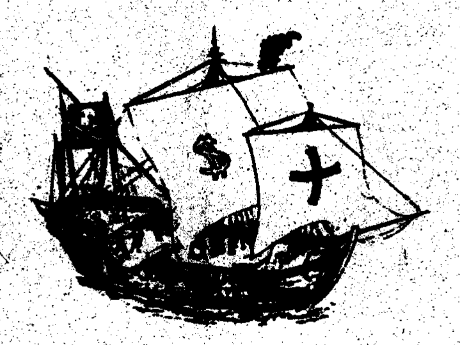
Zur deutschen Geschichte gehört der Griff nach der Weltmacht. Das hat es zweimal gegeben: Im Ersten und im Zweiten Weltkrieg. In den Kontext dieser Politik passen, sozusagen als ideologisches Versatzstück, die Juden als angebliche Weltmacht gut hinein. Um nun aber die Tat real auszuführen, das habe ich vorher schon gesagt, mußte man von der Geschichte des bisherigen Antisemitismus abstrahieren. Auch das hat es nur in Deutschland gegeben. Ich sehe da keinen Widerspruch : Der Antisemitismus ist ein Phänomen der Moderne, der mit dem Prinzip der Moderne zu tun hat, viel weniger mit den Juden. Der Nationalsozialismus hat eine eigene Geschichte. Er läßt sich nicht aus der Geschichte des Antisemitismus heraus erklären, sondern einzig aus der deutschen Geschichte. Daß z.B. Deutschland in der Ideologie der herrschenden Klasse das zu kurz gekommene kapitalistische Land war usw. Hier kommt es zu einer ganz spezifischen Verknüpfung, nämlich der Verknüpfung des deutschen Griffs nach der Weltmacht mit dem Antisemitismus. Antisemitismus allein führt noch nicht zu Massenvernichtung. Und, um es zu wiederholen, Antisemitismus ist keine deutsche Besonderheit.

Inzwischen ist er nicht einmal mehr eine europäische Spezialität. Er hat sich mit dem Kapitalismus, dem einzigen universalen Gesellschaftssystem, universalisiert. Es ist z.B frappierend zu sehen, wie in Japan antisemitische Comics Erfolg haben. Und dabei gibt es in Japan keine reale jüdische Geschichte. Oder wie von nationalistischen Führern in der Dritten Welt antisemitische Stereotypen verwendet werden, nehmen Sie Malaysia als Beispiel. Das hat nichts mit dem Islam in Malaysia zu tun. Der Islam ist nicht per se antisemitisch. Der Grund ist einfach der, daß auch hier eine Erklärung für Phänomene der Moderne gesucht wird. Gemeint sind die Chinesen in Malaysia, aber benutzt werden antisemitische Stereotypen. Daran sehen sie noch einmal, wie abstrakt der moderne Antisemitismus ist. Er ist völlig losgelöst von der realen Geschichte der Juden.

Das Interview führte Jörg Später im Oktober 1991 in Frankfurt

Kampagnen-Beilage Nr. 6, (Dezember '91 / Januar '92)
Auflage: 38.000
In ila Nr. 151, Dritte Welt Nr. 1/2 '92, Südostasien-Informationsdienst Nr. 4, iz3w Nr. 178, u.a.





500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Hecht im Karpfenteich internationaler NGOs

ANPED definitiv konstituiert

Ein neues internatioanles Netzwerk sozialer Bewegungen und NGO's aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung konstituierte sich im baskischen San Sebatian. Am Wochenende um den 12. Oktober trafen sich dort europäische Organisationen und Gruppen aus dem Menschenrechts-, Ökologie- und "Dritte-Welt"-Spektrum. Nach einjähriger Vorbereitungszeit verabschiedeten sie als *„Alliance of Northern People for Enironment and Development"* *ANPED* eine politische Grundsatzerklärung, ein Aktionsprogramm für 1992 und eine verbindliche Erklärung zur Zusammenarbeit.

Politische Schwerpunkte sind 500 Jahre Conquista, EG-Binnenmarkt und die bewegungsmäßige Begleitung der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung (UNCED) von unten.

Beschlossen wurde auch eine Unterstützung der Initiativen gegen den G-7 im Juli 1992 in München.

Das Netzwerk hat die Industrieländer als Hauptverursacher der globalen Krisen von Umwelt und Entwicklung identifiziert und beabsichtigt dementsprechend den Hebel für Veränderungen im Norden anzusetzen. Gleichzeitig will man die Probleme aus der Perspektive des Südens betrachten, ebenso wie Alternativen und Lösungsvorschläge.

Hatten die beiden Vorbereitungtagungen in Kopenhagen und Straßburg bereits reges Interesse gefunden, so waren dieses Mal noch mehr Organisationen nach San Sebastian gekommen: ca. 70 Organisationen aus Europa (Ost und West) und Nordamerika, sowie eine Reihe Gäste aus der "Dritten Welt". 42 Organisationen aus 21 verschiedenen Ländern traten der neu gegründeten Alliance noch an Ort und Stelle bei.

Ausgewogener als bei den Vorbereitungstreffen war dieses Mal das Verhältnis von entwicklungspolitischen- zu Umweltgruppen.

Die Zusammenarbeit der Alliance ist inzwischen eine spannende Mischung geworden, die das Schlagwort von den "neuen Allianzen" mit realen Inhalte füllt.

Das Netzwerk könnte zum *„Hecht im Karpfenteich"* der internationalen NGO-Szene werden, wenn es ihm gelingt, die konzeptionellen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen:

- politisch-inhaltliche Integration von Umwelt und Entwicklung
- Basisorientierung
- die Organisierung von diskursiven Prozessen und Erfahrungsaustausch
- Koordination und Interventionsbezogenheit
- geographische Verankerung in Ost- und Westeuropa, Nordamerika sowie perspektivisch Japan.

Interessant auch das stark feministiche Element. Zwei Frauen — die Vertreterinnen des "Österreichischen Informationsdienstes" und der "Campagne Nord-Süd" aus Italien — stellen als Co-Vorsitzende das Leitungsgremium; wohl ein einmaliger Vorgang in der internationalen Szene. Auch die Koordinationsgruppen bestehen zur Hälfte aus Frauen.

Ausgesprochen schwach dagegen die Präsenz der Deutschen. Allfällige Krisenerscheinungen in den Bewegungen und politischer Provinzialismus ergeben offenbar eine unselige Mischung.

Immerhin wurde mit WEED eine deutsche Organisation beauftragt, die Sekretariatsfunktion der Alliance zu übernehmen.

Peter Wahl

Informationen: WEED, Siegfried Leopold Straße 53, 5300 Bonn 3,
Tel.: 0228-470806, Fax: 0228-473682

medico: "Boot—Schaft '92"

Für die *„Umkehrung der Blickrichtung"* ist kaum ein Datum besser geeignet als 1992. Mit einem kleinen Passagierschiff fahren "Entdeckungsreisende aus der Dritten Welt", darunter EthnologInnen, ChronistInnen und VertreterInnen lateinamerikanischer Volksorganisationen den Rhein aufwärts. Diese Besichtigung der alten Welt nimmt konkrete Gestalt an. Nachdem Anfang September die Kampagne *„500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular"* als der authentische Zusammenschluß lateinamerikanischer Völker und Basisorganisationen definitiv die Unterstützung und Mitwirkung an der von medico international vorgeschlagenen Entdeckungsreise beschlossen hat, kann die Vorbereitung und Ausgestaltung der ungewöhlichen Aktion beginnen.

Entlang des Rheins gilt es nun, interessante und echte Angebote für die Besichtigung zu organisieren, sowie Kontakte und Hilfestellungen, die sie bei ihren Studien benötigen, vorzubereiten. Am 7. Juni wird das Schiff von Holland kommend in der Bundesrepublik eintreffen und etwa Ende Juni in Basel für eine Abschlußveranstaltung festzumachen.

Die bislang beteiligten Gruppen und Organisationen treffen sich am 9. 12. 91 gegen 13 Uhr in den Räumen von medico international in Frankfurt. Dieser zentralen Zusammenkunft werden sich regionale Treffen anschließen, um vor Ort die nächsten Schritte zu planen: in Freiburg für's Dreyeckland am 14. 12. um 14^{00} Uhr in der Aktion Dritte Welt. **Kontakt:** medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, tel.: 069 499 00 41/2

Hinweise:

Münchener Lesben und Frauen Weltwirtschaftsgipfel-Koordinierung

Informationen über eine unabhängige Organisierung von Lesben und Frauen zum Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München bei: Lesben und Frauen WWG-Koordinierung c/o Werkhof, Leonrodstr. 19, 8000 München 19

Aktionskonferenz "Kampagne '92" vom 9. — 10. November in München

Gerüst im luftleeren Raum ?

Alle sollen verstehen, um was es uns geht bei unserer Kampagne '92 — auch Frau Müller und Herr Meier, sollten sich angesprochen fühlen, so ein Diskussionsteilnehmer. Hoffnungen, die sich offensichtlich nicht so leicht umsetzen lassen.

Zunächst begann die Aktionskonferenz im Chaos, was hoffentlich kein Omen für die Kampagne '92 ist. Es kursierten Einladungen, auf denen veraltete Tagesordnungen angegeben waren, dann war der Konferenzbeginn — wegen der auch in München stattfindenden Anti-Rassismus-Demo zum 9. November — unklar und schließlich wurden unterschiedliche Konferenzorte angegeben. (Frau Müller und Herr Meier wären wahrscheinlich längst gegangen und hätten schon jetzt Schwierigkeiten, die Kampagne ernst zunehmen.)

Worum ging es? In allererster Linie um Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel, von Ökonomen kurz G-7 genannt, der vom 6. bis 8. Juli 1992 in München stattfinden soll. Eingeladen zu dieser ersten "bewegungsübergreifenden Aktionskonferenz der Kampagne '92" hatten der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen), das "Münchner Plenum der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92" und das "Friedensnetzwerk". Erschienen waren knapp 100 TeilnehmerInnen aus mehr als 60 verschiedenen Gruppen und Organisationen. Das Ergebnis ist ein erstes grobes Gerüst für eine Münchner Aktionswoche gegen den G-7. Nach diesem Plan beginnt die Aktionswoche mit einer **Großdemonstration**, ihr schließt sich ein zweieinhalbtägiger **Gegenkongreß** an, der mit der Thematik "Neue Weltordnung" eröffnet werden soll. Am folgenden Tag ist geplant, in entsprechenden Schwerpunktthemen Machtstrukturen und ihre Akteure zu analysieren. Am letzten Tag sollen Alternativen und Perspektiven entwickelt werden.

Auf den anschließenden **Aktionstagen** sollen den sieben Staatschefs mit ihren Fachministern konstruktive und phantasievolle "Denkanstöße" gegeben werden. Die gesamte Aktionswoche steht bislang unter folgenden Schwerpunkten: zunehmende Verelendung und Plünderung des "Südens" durch die kapitalistischen Zentren, die besondere Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen, die fortschreitende ökologische Zerstörung der Lebensgrundlage, die militärische Intervention zur Krisenlösung, die wachsenden Menschenrechtsverletzungen und die rassistisch-imperialistische Flüchtlingspolitik. In all den Schwerpunkten soll die Rolle der BRD deutlich hervorgehoben und im Kontext der EG-Weltmachtinteressen behandelt werden. Die Forderung von Frauen, ein autonomes Frauenforum einzurichten, fand genauso Zustimmung wie die Einbeziehung von MigrantInnen in die Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche.

Dieses Gerüst bietet für TeilnehmerInnen aus aller Welt die Möglichkeit gemeinsamer Diskussion und Aktion. Allerdings wurde auf der "München-Konferenz" deutlich, daß ein starkes Nervenkostüm für die Vorbereitung notwendig sein wird: Gerade die schwerfälligen und langwierigen Debatten — sei es nun um Differenzen zu provozieren und Gemeinsamkeiten zu zerreden — verdeutlichten den beschwerlichen Prozeß bis zu den Aktionstagen.

Seit mehr als einem Jahr diskutieren Gruppen des BUKO-Spektrums, ob und wie eine Kampagne '92 ausgerichtet werden soll. Die folgenden vier Schwerpunkte lagen auf der Hand. Erstens die Feierlichkeiten zum "Kolumbusjahr". Hier gilt es, die lateinamerikanischen Emanzipationsprojekte zu unterstützen und die arroganten Feierlichkeiten der weißen Eliten Amerikas und Europas anzugreifen.

Zweitens der Aufbau des europäischen Großraums, des EG-Binnenmarkts, Ende 1992. Waren es doch genau jene west- und südeuropäischen Staaten, die bis in die letzten Winkel der Erde vordrangen. Offensichtlich ist, daß mit dem EG-Projekt einige europäischen Großmächte ihren Machtschwund im 20. Jahrhundert wieder wettmachen wollen.

Drittes Thema ist der Ökoimperialismus. Er steht im direkten Bezug zur Anfang Juni'92 in Rio de Janeiro stattfindenden UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED), in die laut UN-Beschluß auch nationale NGO's (Nicht-Regierungsorganisationenen) einbezogen werden. In den Vorbereitungs-Komitees, den sog. *„prepcoms"*, haben die NGO's, wie BUND und DNR (Deutscher Naturschutzring) heftig gegen Industrie und Bundesregierung zu strampeln, um nicht mit vorbereiteten Papierbergen und verlockenden Finanzspritzen über den Tisch gezogen zu werden.

Viertens steht der G-7 1992 in München als die greifbarste politische Elite-Veranstaltung des kommenden Jahres auf der Tagesordnung. Dort trifft sich der Club, der in der "Neuen Weltordnung" seine Interessenssphären absteckt und wechselseitig absichert. Die Bundesregierung als Gastgeber hat dabei Europas dominanteste Wirtschaftsmacht im Rücken. Es sind Zweifel angebracht, ob der alljährliche Gegengipfel TOES (The Other Economic Summit) ähnlich wie die *„prepcoms"*, die auf rein institutioneller Ebene arbeiten, dem herrschenden Paradigma ein starkes gesellschaftliches Projekt entgegensetzen können.

Es spricht also vieles für eine Kampagne '92 mit einem großen Spektrum von Betroffenen bis KritikerInnen der gesellschaftspolitischen Verhältnisse.

Am 1. Juni 1991 luden BUKO, BUND, DNR, DGB u.a. nach Bonn-Beuel zu einem Forum mit VertreterInnen aus Friedensinitiativen, Umweltgruppen, der Internationalismusarbeit und kirchlichen -und umweltpolitischen Organisationen. Im Zentrum standen ebenfalls die *„Knotenpunkte des Jahres 1992"*. Es galt, mit konsensfähigen alternativen Leitbildern ein großes Bündnis zu schmieden. Gegründet wurde dort eine Koordinationsrunde mit dem Namen *„Clearing-Stelle'92"*. In ihr informieren sich die mittlerweile 24 teilnehmenden Organisationen und Initiativen gegenseitig über Aktionen und mögliche gemeinsame Projekte im Rahmen der Kampagne '92. Die Clearingstelle soll grundsätzlich für alle Themen offen sein. Dort werden zwar umstrittene Aktionen oder Mitgliedschaften angesprochen, wie bspw. das Medien-Projekt *„Eine Welt für alle"* oder die *ÖDP* (die sich bspw. für eine Verschärfung des § 218 einsetzen), aber sie können nicht verbannt werden. Ziel von professionellen Organisationen in der Clearingstelle ist ein effzientes und politisches Planen und Lobbying. Dieses Politikverständnis verhinderte offensichtlich die Teilnahme an der Münchner Aktionskonferenz.

Der BUKO steht nach dieser Konferenz zwischen zwei politischen Interessenslagern. Einerseits das autonome, aktionsorientierte Spektrum, welches sich selbstgefällig in alternativen Nischen abkapselt, andererseits die politisch etablierte Scene, die mittels professioneller Strukturen die politische Elite herausfordern will. Beide Strömungen wollen "ihre" Kampagne '92 gestalten und die jeweils andere Strömung nur ungern tolerieren — sei es nun, um das eigene politische Lager zu stabilisieren oder um der inhaltlichen Debatte aus dem Weg zu gehen. Zum Ärger von Frau Müller und Herrn Meier, denen mehr an klaren Inhalten liegt als an kleinkarrierter Engstirnigkeit und Eitelkeit.

Trotzdem soll die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß die dringend anstehenden inhaltlichen Debatten konstruktiv geführt werden, und daß es doch noch zu einem gemeinsamen Trägerkreis — für den Gegenkongreß zum G-7 — kommt. Zum 8. Dezember werden möglichst viele VertreterInnen des gesamten Kampagnen-Spektrums nach Frankfurt eingeladen, um dort einen Trägerkreis zu etablieren.

Kontakt: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Kampagnenkoordination BUKO, Iris, Gerd

Internationales Jahr des Indianer-, Schwarzen- und Volkswiderstands

Eine bewundernswerte Leistung vollbrachten die OrganisatorInnen dieses Mammut-Treffens ein Jahr vor dem 500. Jahrestag der verhängnisvollen Landung Columbus'. Gerechnet hatten sie mit ca. 500 TeilnehmerInnen — davon gut die Hälfte Delegierte aus sämtlichen Ländern des Kontinents —, gekommen waren um die 1000 — davon neben eingeladenen Gästen, Beobachtern und Journalisten aus aller Welt noch jede Menge nicht angemeldeter Schaulustiger und Reisender, die einfach dabei sein wollten.

„Die Einheit in der Vielfalt stärken" war denn auch eine der meistgebrauchten Formulierungen, die in den Arbeitsgruppen häufig auftauchte, nicht als Formel, sondern als echte Willensbekundung. Ob es um die Einschätzung der Folgen von Kolonialismus und Neokolonialismus bzw. um die Chancen zukünftiger selbstbestimmter Politik ging, um das Verhältnis zwischen formaler und realer Demokratie, um die Stellung der Frauen und der Jugendlichen in den nationalen Gesellschaften, um das Verhältnis zur Erde als Lebensspenderin, um die Definition der sozialen und kulturellen Menschenrechte, oder aber um die Frage der Einheit von Indianer- und Volkswiderstand: Über all den angesprochenen Themen schwebte das schon seit dem letzten Treffen in Quito, Ecuador, im Juli 1990 mitgeschleppte ungelöste Spannungsverhältnis zwischen Ethnie und Klasse. Wem kommt in dem Widerstandskampf die Rolle des Protagonisten zu? Den UreinwohnerInnen oder allen Unterdrückten des Kontinents?

Die Beschlüsse der Abschlußerklärung des Treffens lassen erkennen, daß die Frage sicher nicht zugunsten des einen oder des anderen Sektors beantwortet werden soll, daß jeglicher Hierarchisierung eine klare Abfuhr erteilt und stattdessen der möglichst offene und plurale Charakter der Kampagne betont wird. Die eigentliche Reichweite liegt in der Tatsache begründet, daß hier über fünf Tage lang ein Erfahrungsaustausch intensivster Art zwischen Akteuren weitgehend unverbunden operierender sozialer Bewegungen des gesamten Kontinents stattfinden konnte. Der in seiner Außenwirkung nicht meßbare Wert des Treffens liegt in seiner Innenwirkung, in der vielhundertfachen Feststellung von Gemeinsamkeiten, auch zwischen unterschiedlichen RepräsentantInnen mit unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Hintergründen.

Den anwesenden EuropäerInnen stand zeitweise Ratlosigkeit auf der Stirn geschrieben, spätestens aber nach der beeindruckenden Massendemonstration am letzten Tag des Treffens auch helle Begeisterung. Anläßlich dieses diszipliniert ablaufenden Marsches, an dem schätzungsweise 50.000 Angehörige der verschiedensten Volksorganisationen Guatemalas teilnahmen, wurde nämlich in aller Deutlichkeit sichtbar, daß hinter den wenigen FunktionärInnen eine geballte soziale Macht steht, die einen vielversprechenden Vorgeschmack auf zu erwartende Aktionen im nächsten Jahr zu geben vermochte. Und — auch das wurde häufig betont — 1992 wird erst der Anfang, keinesfalls das Ende sein. Alsdann, prost Neujahr!

Uli Mercker

[illegible]

Beschlüsse aus der Erklärung von Xelaju

1. Wir bekräftigen und ratifizieren die Übereinkünfte von Bogota zu Beginn unserer Kampagne

2. Wir bekräftigen den umfassenden und demokratischen Charakter der Kampagne und ihrer Treffen. Sie sollen Raum schaffen zur Reflexion und Partizipation mit dem Ziel, einen Prozeß der Einheit der indianischen und schwarzen Völker sowie der Volksbewegungen zu ermöglichen und voranzutreiben. In diesem Sinne befürworten wir, daß die verschiedenen Sektoren der Volksbewegung ihre jeweils eigene Dynamik in der kontinentalen Kampagne entwickeln. So gilt unsere Anerkennung dem vom 17. - 21. Juli in Quito, Ecuador, durchgeführten Treffen der indianischen Völker, dessen Dynamik wir weiter verstärken sollten. Wir begrüßen selbstverständlich alle Initiativen mit dem Ziel, auch alle übrigen sozialen Guppen zur Teilnahme an der Kampagne zu bewegen.

3. Wir erklären das Jahr 1992 zum "Internationalen Jahr des indianischen, schwarzen und allgemeinen Volkswiderstands".

Wir beabsichtigen:

1. Die praktische Umsetzung unserer Opposition zu den offiziellen 500-Jahr-Feierlichkeiten und wollen Alternativen aufzeigen, die mit den Interessen unserer Völker übereinsstimmen.

2. Die Solidarität der Volksbewegung mit dem Kampf der indianischen Völker.

3. Folgende Aktionen, neben anderen, im nächsten Jahr durchzuführen, mit nationalen Mobilisierenden und einer kontinentalen Koordinierung: — am 8. März, aus Anlaß des internationalen Frauentages — 1. Mai, im Rahmen des internationalen Tages der Arbeiter/innen — vom 7. - 12. Oktober, die Durchführung eines Streiks auf dem gesamten Kontinent.

4. Den schwierigen Kampf für die politischen Gefangenen in die Welt zu leiten, besonders für Leonard Peltier, der in den USA zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt wurde.

5. Rigoberta Menchu aus Guatemala für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen, wegen ihres schwierigen Kampfes für die Verteidigung der indianischen Rechte und der Menschen im allgemeinen, in ihrem Land und auf dem Kontinent.

6. Von jetzt an die Kampagne "500 Jahre indianischer, schwarzer und allgemeiner Volkswiderstand" zu nennen.

Xelaju, Guatemala, 11.Oktober 1991

aus: **POONAL**, Nr. 19, 4. November 1991

Die Organisatoren dieses Treffens bitten immer noch um finanzielle Unterstützung — siehe Aufruf in der letzten Beilage!! *Guatemala-Infostelle Bonn, Heerstr. 205, Kto.Nr. 70235, BLZ 380 500 00, Stichwort: Secretaria Operativa*



Encuentro International de la Solidaridad

vom 18.-26. 4. 1992 in Sevilla

Pünktlich zur Eröffnung der Weltausstellung (EXPO '92) in Sevilla wollen die GegnerInnen dieses High-Tech Spektakels sich zu Wort melden. Neben dem Widerstand gegen das 500 Jahre Feierlichkeiten begreifen sie die Umstrukturierungsprozesse in Andalusien auch als Kontinuität des herrschenden Systems. Beispielhaft soll anhand der Region Andalusien aufgezeigt werden, welche drastischen Folgen Umstrukturierungsprozesse (Agroindustrie, High-tech Inseln und Tourismus) haben.

Folgende Aktivitäten stehen zudem im Mittelpunkt des Gegenprogramms:

- Eine "Gegenlandung" am Guadalquivir. Eine symbolische Aktion der Rückeroberung Amerikas.
- Abhaltung eines " Ständigen Tribunals der Völker" über die Eroberung Amerikas und die internationalen Rechte.
- Veranstaltungen und Aktivitäten im Theater- Musikbereich, Foren und andere inhaltlichen Diskussionen zum Themenkomplex

Kontakt: Comisión por un "Encuentro Internacional de la Solidaridad", c/Divina Pastora 6, 41003 Sevilla, España

Tel. (0034)(95) 438 21 14 - 438 01 12, Fax. (0034)(95) 4900706

Kongreß: Kolonialismus und Identität 500 Jahre Europa — Lateinamerika

Eingeladen sind: Raul Leis, aus Panama von CEASPA, Sophia Montenegro, Nicaragua, Redakteurin von "Barricada" und "gente" und Tsvetan Toderov, Autor des Buches "Die Entdeckung Amerikas — Das Problem des Anderen" aus Paris.

Termin/Ort: 10.1. — 12.1. 1992 an der Fachhochschule Düsseldorf.

Veranstalter und Kontakt: FB Sozialpädagogik an der FH Düsseldorf, Koordinationskreis Dritte Welt Initiativen und das Info-Büro Nicaragua e.V., Postfach 101320, D-5600 Wuppertal 1 Telefon: 0202/4936305

Termine / Hinweise

Veranstaltungsreihe in Gießen:

500 Jahre Eroberung Lateinamerikas — 500 Jahre Ausbeutung

Montag, den 20. Januar 1992:

Männliche Eroberung eines "unentdeckten Kontinents"?

500 Jahre Eroberung Lateinamerikas aus feministischer Sicht.

Hannelore Bublitz, Bochum

Montag, den 3. Februar 1992

Kolumbus und die Folgen: Geschichtlicher Hintergrund der Fehlentwicklung Lateinamerikas. Frank Niess, Heidelberg

Ort/Veranstalter: Gießen, Uni-Hauptgebäude, Ludwigstr. 23, Großer Hörsaal, 2. Stock, Beginn: jeweils 20.00 Uhr

Kontakt: Fachschaft Geschichte der Uni Gießen

»Spurensuche« vor terre des hommes

Im Rahmen von "500 Jahre Entdeckung und Eroberung Lateinamerikas" führt terre des hommes gemeinsam mit der GEW einen Schüler- und Jugendgruppenwettbewerb durch. *„Wir wollen Kinder, Jugendliche und ihre Lehrkräfte ermutigen, sich im Unterricht, in Projektwochen, in fächerübergreifenden Arbeiten kreativ an dieses Thema heranzuarbeiten"*. Abgabetermin ist der 29. Februar 1992.

Zudem bietet terre des hommmes eine Ton-Dia-Schau an. Titel: *„500 Jahre nach Kolumbus — eine Spurensuche"*.

Kontakt: terre des hommes (Lateinamerika-Referat), Stichwort *"Spurensuche"*, Postfach 4126, W-4500 Osnarbrück.

Theaterproduktion: Afro-Amerikanische Märchen aus der Karibik

Über Entfremdung, Neuorientierung und Identitätssuche der versklavten Menschen in einer neuen Welt: — wie das Lied der Mondblume die Trommeln wieder zum Klingen brachte — in Erzählung und Gesang, Körperspiel und Maskentanz — und Musik aus vielen Instrumenten.

Für Kinder ab sechs Jahren und Erwachsene, Spieldauer ca. 70 min., Spielfläche 6 × 4m, nach alter Tradition von und mit Afida Dede (Ghana); Musik, Tanz, Christa Schreiber (BRD): Erzählungen. Prämiere 30/31. Mai 1992, im Theater Fletch Wizzel, Humboldstr. 45, 4600 Dortmund, **Kontakt:** Christa Schreiber, Liebigstr.13, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/126217

Kolumbus als Bücherstar

Urs Bitterli: Entdeckung Amerikas. Von Kolumbus bis Humboldt. Voluminös auf knapp 500 Seiten, zeichnet Bitterli die "Entdeckungsfahrten" nach. Wie Perlen an einer historischen Kette reihen sich die angekratzten Helden der Eroberung durch die Geschichte. Doch noch immer klingt Bewunderung für die Männer der Tat durch.

Schon der Titel ***»Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992«*** verdeutlicht die diametral andere Herangehensweise der kleinen Textsammlung, die in der Reihe "Flugschriften" bei Luchterhand erschienen ist. Im Vorwort wird gegen die Personalisierung, wie sie Bitterli betreibt angegangen. *„Colón und Cortéz waren weder heilsbringende Heroen noch besonders niederträchtige Subjekte. Sie waren vielmehr der potenzierte Typus ihrer Gesellschaft"*. Die HerausgeberInnen **Dieterich, Höfer und Zickgraf**, die in der Kampagne ***»Emanzipation und lateinamerikanische Identität Lateinamerikas 1492-1992«*** arbeiten, lassen in erster Linie LateinamerikanerInnen zu Wort kommen.

Die Verbindung von Geschichte und Gegenwart Europas und Lateinamerikas herzustellen versucht das von **Peter Wahl** herausgegebene Büchlein ***»Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat«***. Der Schwerpunktartikel im ersten Teil spürt der Aussage des Titels nach. Dieter Boris hierarchisiert und bewertet die unterschiedlichen Antworten, die es auf die Frage gibt, warum aus der Krise der mittelalterlichen Feudalgesellschaft ein System etablierte, das zum Weltsystem wurde. Werena Rodenke und Rainer Werning beleuchten die Folgen von 500 Jahre Kolonialismus in Afrika und Asien. Der zweite Teil zeigt auf an welchen Punkten die Aktivitäten zu 500 Jahre Kolonialismus und denen zu EG-Binnenmarkt verknüpft werden können. Anhand der Auswirkungen der EG-Umweltpolitik, der Agrarpolitik und der Lomé Abkommen kann dies auch deutlich gemacht werden.

Auch für **Frank Niess**, Autor des Buches: ***»Am Anfang war Kolumbus«***, ist die Forschungssituation offensichtlich: *„die Neue Welt wäre ohne die Begegnung mit der Alten Welt besser dran gewesen"*. Der Vorteil des Buches liegt in seiner guten Lesbarkeit, ohne entscheidende inhaltlichen Verluste in Kauf nehmen zu müssen. Zudem werden Themen wie Machismo und Conquista aufgegriffen, die bisher eher vernachlässigt wurden.

















Guatemala Rundbrief

südostasien informationen

BRASILIEN NACHRICHTEN

Argentiniengruppe

STICHWORT

Kolumbien Rundbrief

NICARAGUA

ila

LATEINAMERIKA ANDERS REPORT

TRIALOG

bp3w

Entwicklungs-POLITIK

Brasilien Rundbrief

philippinenbüro



Die steckengebliebene Aufklärung

Europäische Identität contra Nationalismus ?

Die Auseinandersetzung um die Bewertung der westeuropäischen Integration verbindet sich mit der Frage, ob in diesem Prozeß über alle Detailkritik hinweg nicht zumindest ein Positives liege: die Überwindung des Nationalstaates. Es ist immer wieder zu vernehmen, daß die Kritik an einzelnen Aspekten der westeuropäischen Integration (im folgenden kurz mit EG bezeichnet, obwohl sie mehr als nur EG-Institutionen umfaßt) letztendlich in Reformvorschläge einmünden müsse, weil wir es uns nicht leisten können in den Nationalismus zurückzufallen. Desweiteren sind solche Reformvorschläge mit der Hoffnung verbunden, die Aufhebung des Nationalstaates - angenommen es gibt sie tatsächlich - falle mit der Aufhebung des Nationalismus zusammen.



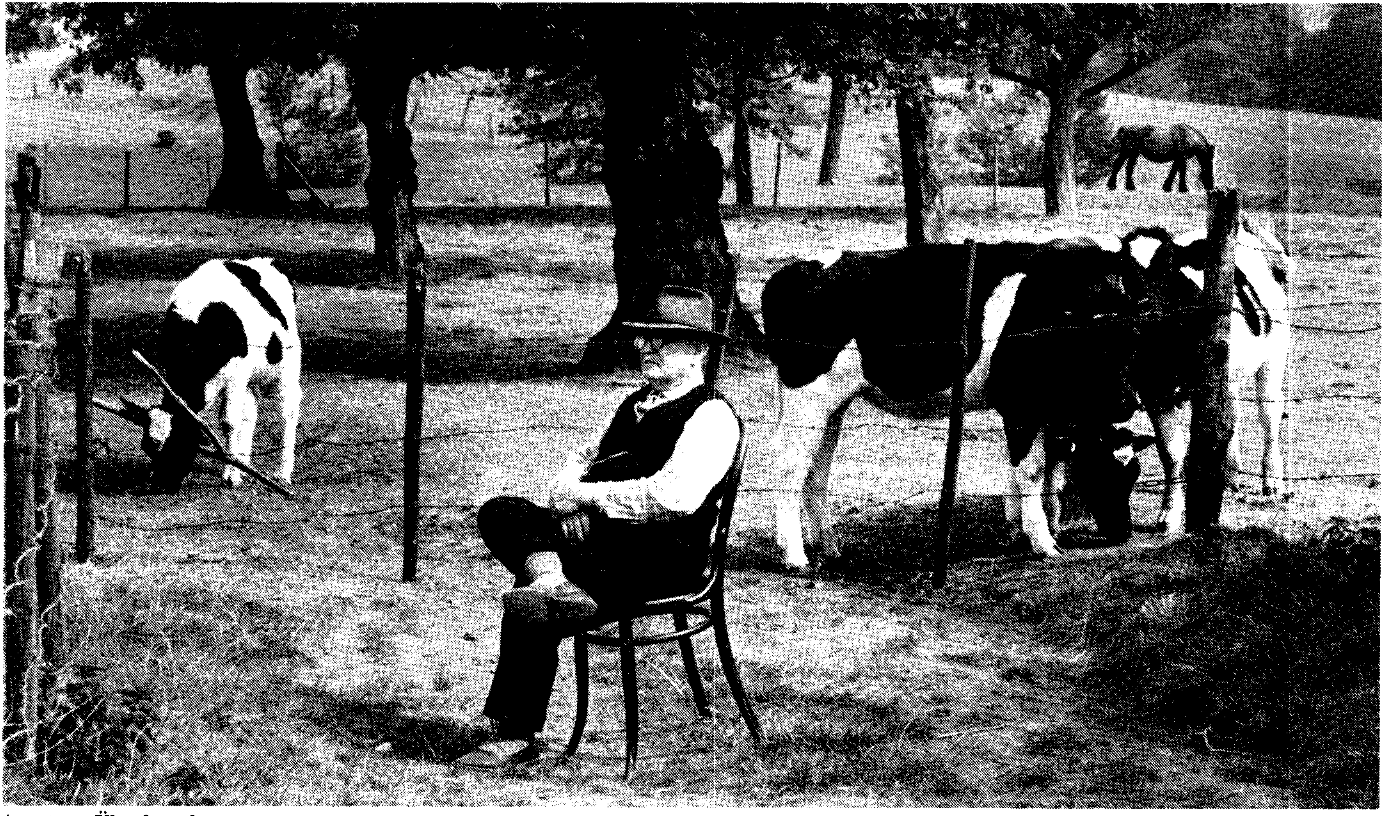
West-Europa ist in keiner Epoche politisch oder sozial geeinigt gewesen, nie haben die Europäer eine gemeinsame Sprache gesprochen. Aber die gedrängt dichte Vielfalt ließ kein isoliertes Neben-, sondern nur ein Mit bzw. Gegeneinander zu, das von Freundschaft bis Krieg reichte. Die West-Europäer schwankten, ob sie der kulturellen Sympathie oder der machtpolitischen Sorge voreinander den Vorrang einräumen sollten.

West-Europa ist historisch nicht allein Raumgebilde, sondern in jeder Epoche zugleich normative Größe. Die Eigentümlichkeit Europas liegt zunächst im Zug rationaler Lebensbewältigung. Prägende Kraft entfaltete für ganz Europa die christliche Religion. Die theologische Integration bildet die Grundlage Europas. Das Christentum führt nicht zur weltabgewandten Kontemplation, sondern betont die Autonomie der Person und vermittels dessen die Gestaltbarkeit der menschlichen Angelegenheiten. Es manifestierten sich Zusammengehörigkeiten in der Gemeinsamkeit und Gleichzeitigkeit von Stilphasen, Kunst, Dichtung, Wissenschaft und Weltanschauung. Spezifisch für die europäische Entwicklung sind der demokratische Verfassungsstaat, die autonome Wissenschaft und die Aufklärung. In Europa setzte sich der Kapitalismus durch. Herausforderungen von außen - wie durch die Welt des Islam - wurden bedeutsam für die Abgrenzung und das Selbstbewußtsein West-Europas. Im Prozeß der Säkularisierung und Bildung des Nationalstaates strebten Dynastien nach Hegemonie. Mit der Aufklärung gerät das Europabewußtsein in die Mittelposition zwischen nationalbegrenztem Interesse und universalistisch orientierter Haltung. Die hier vertretene These wird lauten, daß die Europäische Identität genau die in dieser Mittelposition steckengebliebene Aufklärung ist.

Die Europäische Bewegung entstand bereits nach dem Ersten Weltkrieg. Ihren politischen Durchbruch erlebte sie jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg infolge einer neuen weltpolitischen Konstellation: der Dominanz von USA und Sowjetunion. Die Einsicht setzte sich durch, daß nur ein geeintes Westeuropa seinen machtpolitischen Einfluß wahren könne. Das (ideelle) Europäische Selbstverständnis begleitete die (sicherheitspolitische und wirtschaftlich motivierte) EG-Integration nur und begründete sie nicht.

Der Wunsch nach Identität

Die Frage nach einer europäischen Identität geht auf das elementare Konstruktionsprinzip moderner Gesellschaften zurück, denn diese müssen ihre kollektive Identität selbst entwerfen. Auch der Nationalstaat fiel nicht vom Himmel. Das Gemeinschaftsbewußtsein, der Verweis auf gemeinsame Lebens- und Gestaltungsgrundlagen wird zu einem Fundament politischer Problemlösungen. Mit der Auflösung vorgefundener Integrationsordnungen - nämlich im Falle der EG des Verlustes des nationalstaatlichen politischen Rahmens - wird das Bedürfnis nach neuen Orientierungen besonders groß. Identität und Orientie-



Angst vor Überfremdung

rung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Wirtschaftlich besteht die Orientierung im Wachstumsgötzen des EG-Binnenmarktes. Ihr fehlt allein die politische Entsprechung. Deshalb kann es nicht verwundern, daß "Europa" wieder nachhaltiger als identitätsstiftendes Element benannt wird.

Der Verlust an ideologischer Prägekraft - nach dem Ende der Sowjetstaaten - zwingt in sozialpsychologischer Hinsicht die Europäer einmal mehr, sich auf die Suche nach symbolisch geordneter Heimat zu begeben. Das Leiden des modernen Menschen an einem Gefühl der Heimatlosigkeit ist unübersehbar. Das Unbehagen an der Moderne dramatisiert den Wunsch nach Identität - zwangsläufig beginnt die Suche nach Haltepunkten. Die zugunsten der EG-Integration ideologisch gewendete Europäische Identität ist ein solcher Haltepunkt. Der Anspruch der EG-Integration ist, sie antworte auf die Unsicherheiten. Den Ideologen geht es darum, in der EG-Integration die verwirklichte Europäische Identität zu sehen.

Das Selbstverständnis der Bürger

So wie es eine Europäische Identität gibt, gibt es ein Europa-Bewußtsein der EG-Bürger. Die EG-Kommission wird nicht müde, in Umfragen diese Identifikation der Bürger mit dem "Europa-Gedanken" nachzuweisen. Daß "Europa" als Chiffre bejaht wird, während im übrigen die EG-Integration eher skeptisch betrachtet wird, drückt zum einen ein Selbstverständnis aus, das den Rahmen der Tradition (der Identifikation mit Familie, Dorf oder der Nation) zumindest zum Teil hinter sich läßt. Im Falle der BRD war diese Identifikation allerdings zum Teil Ersatz für den nach dem Nationalsozialismus diskreditierten Nationalstaat. Weil man sich nicht mit "Deutschland" identifizieren durfte, waren die BRD-Bürger Mustereuropäer. Dies bricht jetzt auf. Mit der Rehabilitierung der deutschen Nation zeigt sich die Scheinhaftigkeit der Europa-Orientierung (Eine positive "Europa"-Orientierung müßte zudem über "Europa" hinausweisen.): Sie fällt nicht weg, aber sie tritt nur neben die dominantere nationale.

Vermeintlich gemeinsame Problemlösungen

Der Anspruch der EG ist, Probleme zu lösen, die den einzelnen Staaten über den Kopf wachsen oder die Kooperation aller Europäer - sei es zur Zusammenfassung von Ressourcen, sei es zum Abhalten schädlicher Einflüße vom jeweils anderen - erfordern. Zu diesen Problem zählt der Umweltschutz. Die EG betont, die Umweltprobleme seien transnational, eine Lösung der Verpestung von Luft, Wasser und Boden müsse europäisch sein. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte institutionalisierte sie auch eine Umweltschutz-Zuständigkeit der EG. Diese Bereiche träten als transnationale Problemlagen neben den Wunsch, transnational die Sicherung des Wachstums zu erreichen.

Aber wo geschieht diese transnationale Kooperation denn hauptsächlich? Es sind ganz bestimmte transnationale "Probleme", die wirklich angegangen werden. Im Bereich der Technologie sind es die militärisch relevante Weltraumtechnik, die Gentechnologie und die wachstumsrelevante Hochtechnologie.

Außerdem ist der Verweis auf die Transnationaliät von Problemen ein ideologisches Moment, um Legitimationsfragen abzuweisen. Die einzelstaatlichen Regierungen verstecken sich hinter dem Argument, im EG-Rahmen sei aufgrund des Mehrheitsprinzips eben nicht mehr möglich. Sie verstecken sich hinter dem Argument vom transnationalen Sachzwang, der das sofortige Angehen der Probleme

hier und jetzt verhindere. An Stelle der Gestaltbarkeit der menschlichen Angelegenheiten tritt der Fetisch des Sachzwangs. Ging es irgendwo im europäischen Einigungsprozeß um demokratische Kontrolle, dann hieße die Forderung: Dezentralität.

Nationalstaat auf höherer Ebene

Die EG schafft nicht die negativen Seiten des Nationalstaates ab, sondern wiederholt sie auf einer höheren Ebene. So steht die Außenpolitik für die EG im Vordergrund, die Westeuropa als Macht in der Weltpolitik auftreten lassen soll: als Block im Welthandel und als Militärmacht im Wartestand. Schließlich die transnationale Abschottung gegen all diejenigen, auf deren Kosten das Wachstumsmodell EG funktioniert: die Abschottung vor den Flüchtlingen, die zu einer internationalen Abschiebepolitik nach dem Modell des Schengener-Abkommens führt.

Das transnationale "Problem" des Flüchtlings wird gelöst, indem es klare Kriterien gibt, wer erwünscht ist: ein paar aus humanitären Gründen Geduldete und dann noch diejenigen, die zum Wachstum beitragen.

Die Idee der EG-Reformer

Überlegungen von EG-Reformern bestehen darin, die EG-Kooperation auf die "wirklichen Probleme" (Umweltschutz etc.) zurückzuschrauben und diese EG-Politik demokratisch zu kontrollieren. Doch die Ziele der EG wie Wachstum und die Erhaltung eines "starken Europas" erfordern die politische Maßnahmen, die schon heute von der EG vollzogen werden. Die Bedingung, unter der die EG-Politk antritt, ist, Herrschaftsinstrument der westeuropäischen Gesellschaft zu sein. Will man den emanzipatorischen Gehalt der politischen Modernisierung in Westeuropa von seiner klassenspezifischen Aneignung trennen, dann muß man ihn auch vom EG-Prozeß loslösen.

Die primäre Frage lautet nicht, wie lösen wir alle ein transnationales Problem, sondern, woher und von wem rühren diese Probleme. Dazu sagt die Europäische Identität nichts - sie umgreift und integriert Opfer und Täter, Verursacher und Geschädigte gleichermaßen.

Der Gehalt des Universalismus

Der Anspruch auf das, was man Europäische Identität nennen kann, wird von der EG nicht so verwirklicht, wie er normativ auftritt, Universalismus heißt, die Mindestbedingungen des menschlichen Miteinanders verwirklichen (wofür die Menschenrechte eine Formulierung vorschlagen).

Zum einen wird der Universalismus von der EG partikularistisch gewendet: als Abschottung gegen das Andere. Dabei tritt er als Höhersetzung bestimmter Kulturleistungen auf, es wird versucht die eigene Kultur universal zu machen. Dieser Kulturchauvinismus verstellt den Blick auf die europäische Nichterfüllung der Aufklärung.

Zum anderen wird der Anspruch der Gestaltbarkeit der menschlichen Angelegenheiten verraten, indem der EG-Prozeß nicht demokratisch verfaßt ist. Es ist ein Prozeß der Entparlamentarisierung und Verhüllung.

Wäre die EG demokratisch, müßten in ihr die Betroffenen der EG-Politik zu Wort kommen. Das ist nicht der Fall. Zu Wort kommmen die an den Entscheidungen Beteiligten. So ist es aber auch in jeder Räuberbande: die Beteiligten (die Räuber) sprechen sich ab, wie sie mit den Betroffenen umgehen. Die Betroffenen sind die in Westeuropa und der "Dritten Welt", die an den partikularen Interessenwahrnehmungen der EG kein Interesse haben, weil ihre Bedürfnisse negiert werden. Negierte die EG ihre Bedürfnisse nicht, höbe sie sich selbst auf.

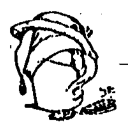
Fazit

Mit der EG-Integration wird der Nationalismus nicht überwunden: sei es, weil ein wiederbelebter aber gedämpfter Nationalismus die Kehrseite der EG-Integration ist, sei es, weil mit dem Prozeß der EG-Integration und der ihn begleitenden Ideologie nichts erreicht ist, was die negative Seite des Nationalstaates hinter sich läßt. "Europa" tritt als Teilwahrheit der Ideen der Universalität von Moral und Vernunft auf - die eigentliche Universaliät wäre indessen internationalistisch.

MB, Anti-EG-Gruppe Köln



Nur selten werden Grenzen eingerissen





Literatur zum Thema

Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein

Anscheinend gibt es in der Bundesrepublik keinen Rassimus, sondern lediglich "Ausländerfeindlichkeit". Annita Kalpaka und Nora Räthzel vertreten in dem von ihnen herausgegebenen Buch die entgegengesetzte These: Rassismus ist Bestandteil des bundesrepublikanischen Alltags. Er strukturiert die Ausländerpolitik, aber auch die Wahrnehmung der "Ausländer" durch diejenigen, die ihnen helfen wollen. Kalpaka/Räthzel gehen der Frage nach, welche Funktion Rassismus und Ethnozentrismus für die Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen haben, wie Einwandererkultur sich entwickelt und welche Positionen linke Deutsche einnehmen, wenn sie mit Formen dieser Einwandererkultur konfrontiert sind. Philip Cohen analysiert in seinem Beitrag die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Rassismus, der sich gegen Schwarze richtet, und Antisemitismus. Er verfolgt die Geschichte des Rassismus in Großbritannien und zeigt die Verknüpfung zwischen "Rasse", Ethnizität, Klasse und Geschlecht in der offiziellen Politik, im Widerstand dagegen und in der Alltagskultur auf.

Annita Kalpaka/Nora Räthzel (Hg.)
Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein.
Mundo-Verlag, Leer 1990
160 Seiten



Kann beim iz3w, Postfach 5328 7800 Freiburg bezogen werden

Rasse Klasse Nation

Dieses Buch von Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus fast überall auf der Welt erneut auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um mehr handelt als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien.

Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein
Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten.
Argument, Hamburg 1990, 279 Seiten

Die Erfindung der Nation

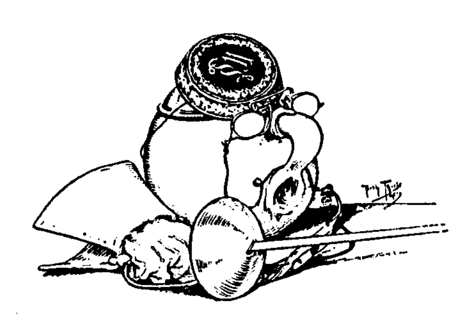
1983 erschien Andersons Essay "Die Erfindung der Nation" unter dem zutreffenderen Titel "Imagined Communities", also vorgestellte Gemeinschaften: Vorgestellt, "weil die Mitglieder, selbst der kleinsten Nation , die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert."(15). Gemeinschaft, "weil sie, unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung, als 'kameradschaftlicher' Verbund von Gleichen verstanden wird" (17). Diese Nation wird als begrenzt und souverän vorgestellt: Begrenzt, "weil selbst die größte von ihnen ... in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits der andere Nationen liegen" (16). Souverän "weil ihr Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynamischen Reiche zerstörten" (16f). Ohne die Bedeutung ökonomischer Prozesse zu leugnen, die zur Nationenbildung führten, zeigt Anderson, warum Nationalität und Nationalismus als "kulturelle Produkte ... ausgesprochen anziehend wirken" (14). Die Sinnhaftigkeit bei der Organisierung von gesellschaftlichen Gruppen zu Nationen als einem - mehr oder weniger - freiwillig vollzogenen Prozeß des Zusammenschlusses mit der darauf gründenden Dynamik eines "Wir-Gefühls" steht im Mittelpunkt der Untersuchung. Sprache und Kommunikationsmedien sind hierbei für Anderson die wesentlichen Aspekte, die auf dem Weg zur imaginären Gemeinschaft als Faktoren wirksam werden. Pointiert: "Die gedruckte Schriftsprache erfindet den Nationalismus" (134). Erst die Wirksamkeit der "imagined community" zwang die herrschenden Dynastien zur Übernahme eines "offiziellen Nationalismus", um nicht in der entstehenden nationalen Gemeinschaft marginalisiert zu werden: Der "offizielle Nationalismus" war hierbei "von Anfang an eine bewußt verfolgte, eng mit der Bewahrung imperialdynastischer Interessen verbundene Politik, die dem Selbstschutz diente. Als sie erst einmal 'auf dem Präsentierteller lag', konnte sie ... von einem breiten Spektrum politischer und gesellschaftlicher Systeme nachgeahmt werden. Das einzig durchgängige Merkmal dieser Form des Nationalismus war - und ist - sein offizieller Charakter: Er geht vom Staat aus und dient an erster Stelle dessen Interesse" (159).

Benedict Anderson
Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts.
Campus, Frankfurt/M 1988
216 Seiten

Vom Judenhaß zum Antisemitismus

"Die Barbarei existiert inmitten der Zivilisation" - auch nach Auschwitz -, "...in der psychischen Verfassung der Menschen, ebenso wie in gesellschaftlichen Verhältnissen". Von diesen beiden Seiten nähert sich Detlev Claussen der Geschichte des Antisemitismus, die eine europäische Geschichte ist: Antisemitismus als "Alltagsreligion", mit der das unzufriedene Individuum die abstrakten gesellschaftlichen Verhältnisse über das unmittelbare Gefühl begreift, und die die ökonomische Modernisierung mit dem Juden identifiziert. Antisemitismus als in den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft verankert, in der der Mensch durch Tauschakte vergesellschaftet wird und die den vorbürgerlichen Judenhaß an den ökonomischen Mechanismus koppelt (siehe Interview mit Detlev Claussen in diesem Heft). Detlev Claussens Materialsammlung greift weit in die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zurück. Texte von Dohm, Mendelssohn, Heinrich und Karl Marx, von Rahel Varnhagen, von Engels und Lenin, von Treitschke und Mommsen, aber auch von Hitler werden vorgestellt und kommentiert. Der Band schließt mit Texten, die nach Auschwitz geschrieben wurden (von Adorno/Horkheimer, Fenichel, T. Deutscher und Marek Edelman): mit Versuchen, das Unbegreifliche zu begreifen.

Detlev Claussen
Vom Judenhaß zum Antisemitismus.
Materialien einer verleugneten Geschichte.
Luchterhand, Darmstadt 1987
269 Seiten



Nationalismus und nationale Identität

In dieser Ausgabe der Reihe "Ethnizität und Gesellschaft" setzt sich Abraham Ashkenasi in drei Artikeln mit den Problemen der nationalstaatlichen Entwicklung und der nationalen Identität auseinander: 1. Die internationale Dimension ethnischer Konflikte; 2. Loyalitätskonflikte und Nationalismus am Beispiel der geteilten Städte Berlin und Jerusalem; 3. Die Frage der langfristigen Bewahrung ethnischer bzw. nationaler Identität am Beispiel der jüdischen Diaspora. Im Zentrum seiner Überlegungen steht dabei das Problem der geteilten Loyalitäten ethnischer Gruppen und die damit verbundenen Auswirkungen auf ihr politisches Handeln.

Abraham Ashkenasi
Nationalism and National Identity
Ethnizität und Gesellschaft: Occasional Papers Nr. 23
Verlag Das arabische Buch, Berlin 1990, 61 Seiten

Nationen und Nationalismus

Distanziert und lässig verfolgt Eric J. Hobsbawm Aufstieg und Werdegang der nationalen Idee, einem Kind der Moderne, obgleich es sich als (erfundenes) traditionsreiches Gebilde darstellt, um Territorium, Staat und Volk in einen "organischen" Zusammenhang zu stellen. Das Verhältnis der liberalen Eliten des 19. Jahrhunderts und des einfachen Volkes zum Nationalismus geben Einblicke in die Genese der Nation: Die Aussicht auf sinnvolle Wirtschaftsräume bei ersteren und die Verbindung sozialer und nationaler Forderungen bei letzteren sieht Hobsbawm als Hauptmotive nationalistischer Orientierungen, die schließlich vom modernen Staat aufgegriffen und als "Nationalismus von oben" durchgesetzt werden. Beeindruckend und mit einer Fülle von Beispielen aus der europäischen wie außereuropäischen Geschichte zeichnet der Sozialhistoriker "Mythos und Realität" der Nationen bis in die Gegenwart nach.

Eric J. Hobsbawm
Nationen und Nationalismus.
Mythos und Realität seit 1780.
Campus, Frankfurt/M. 1991
239 Seiten

Neuer Rassismus

mit Beiträgen zu: Europa, Nationalstaat, Klassenrassismus; "Ausländerin" und geteilter Feminismus; Islam und Machismo; Jüdischer Antisemitismus?; Ethnische Toleranz; Multikulturalismus und Antirassismus; Kulturrevolution von rechts?; Neonazis und Bürgerblock; Armut und Fremdenhaß; Antirassismus-Gesetze.
AutorInnen: E.Balibar, W.Elfferding, A.Kalpaka, S.Boos, B.Rothschild, J.Müller, H.Siegfried, H.U.Jost, J.Frischknecht, U.Mäder, B.Koprio, B.Leuthardt

Widerspruch - Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr.21
200 Seiten, 15 SFR
Bezug: Widerspruch, Pf 652, CH-8026 Zürich

Das Fremde innen und der Fremde außen

In dieser Broschüre des Hamburger Instituts für Sozialforschung unternimmt Uli Bielefeld den Versuch, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu unterscheiden. Die Vorstellung "gefährlicher Fremder", ein bestimmender Faktor der Geschichte des 20. Jahrhunderts, sieht Bielefeld auf der Grundlage einer historisch übermittelten, latenten oder manifesten Konstruktion des "konzeptuellen Juden" produziert. Dabei entsteht das Bild vom "gefährlichen Fremden" sowohl aus einer individuell- psychischen Dynamik, als auch aus der sozialen Realität heraus.

Uli Bielefeld
Das Fremde innen und der Fremde außen
Hamburger Institut für Sozialforschung 1990
31 Seiten







Festung Europa
Rassismus, Ausgrenzung, Migration
Sonderdruck der blätter des iz3w
Nr. 169/1990
60 S. DM 4.-

Nationalismus als Prinzip politischer Legitimität

Als eine besondere Form des Patriotismus sieht Ernest Gellner den Nationalismus in seinem 1991 ins Deutsche übersetzte Buch "Nationalismus und Moderne". Durch die Gegenüberstellung von Agrar- und Industriegesellschaften sowie die Analyse der Nationenbildung entwickelt er die These, daß Nationalismus nur in der modernen Welt möglich ist. Kennzeichen dieser modernen Staatswesen sei die kulturelle Homogenität einerseits und die Anonymität in der Gesellschaft andererseits. Nach Gellners Meinung war für die ökonomische Entwicklung die Entstehung dieser Nationen unerläßlich. Neben der Aufhebung lokaler kleiner Gemeinschaften muß die Sozialisation der Individuen auf einen verallgemeinerten kulturellen Standard gebracht werden: "Die Ökonomie bedarf des neuen Typs der zentralen Kultur als auch des zentralen Staates". Das Thema Nationalismus wird in diesem Buch Blickwinkel eines Sozialanthropologen aus angegangen, ist aber durchaus für ein breiteres Publikum interessant und lesenswert.

Ernest Gellner
Nationalismus und Moderne.
Rotbuch Verlag, Berlin 1991
216 Seiten



Nationalismus und Marxismus

In vier Beiträgen beschäftigen sich die Autoren mit dem Problem des Nationalismus. Auf die These von Tom Nairn ("Der moderne Janus"), der den wachsenden Nationalismus als Nebenprodukt der ungleichen materiellen Entwicklung in der Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte sieht, antwortet Eric Hobsbawm mit einer ausführlichen Kritik, in der er unter anderem Nationalismen in Großbritannien untersucht. Zum Verhältnis von Marxismus und nationaler Frage folgt ein Gespräch mit Regis Debray. Die Positionen von Marx, Engels, Rosa Luxemburg, den Austromarxisten, Lenin und Stalin zum Thema Nationen stellt Michael Löwy in einem abschließenden Beitrag zusammen. "Das Problem einer Theorie des Nationalismus steht für das große historische Versagen des Marxismus. Kein Thema ist für die politische Theorie und Praxis so grundlegend wichtig wie das Problem des Nationalismus. Richtig ist (jedoch), daß auch die anderen westlichen Denktraditionen mit der Nation nicht besser zu Rande gekommen sind," schreibt Tom Nairn in seinem Beitrag. Auch 13 Jahre nach dem Erscheinen ist dieses Buch sehr zu empfehlen.

Tom Nairn / Eric Hobsbawm / Regis Debray / Michael Löwy
Nationalismus und Marxismus.
Anstoß zu einer notwendigen Debatte.
Rotbuch, Berlin 1978



Rechtsextremismus im vereinten Deutschland

Mit dem erstarkenden Nationalismus in der BRDDR setzt sich der von Christoph Butterwege und Horst Isola herausgegebene Sammelband auseinander. In siebzehn Beiträgen untersuchen die (männl.) Autoren gesellschaftliche Ursachen, historische Wurzeln und aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland und der ehemaligen DDR. Themen sind z.B. "Besonderheiten des Nationalismus", "Antisemitismus und Judenvernichtung", "Die REPUBLIKANER - von innen betrachtet", aber mit dem Artikel "Rechtsextremismus: Herausforderung für Pädagogik, Jugendarbeit und Schule" auch der Versuch der Entwicklung von Gegenstrategien. Ein Dokumentationsteil mit Berichten und Reden zu Rechtsextremismus und Asylpolitik und eine umfangreiche Literaturliste ergänzen dieses wichtige und aktuelle Buch.

Christoph Butterwege u. Horst Isola (Hg.)
Rechtsextremismus im vereinten Deutschland.
LinksDruck Verlag, Berlin 1990
194 Seiten

Begrenzte Demokratisierung als Antwort auf die Krise

Seit zwei Jahren versucht die jordanische Machtelite um König Hussein mit einer begrenzten Demokratisierung den wachsenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen des Landes zu begegnen. Ein deutlicher Hinweis auf die Absicht des Königs, einen möglichst großen Teil der jordanischen Bevölkerung in diesen Prozeß einzubeziehen, war die Ernennung des Palästinensers Taher Masri zum Ministerpräsidenten im Juni 1991. Sein Rücktritt am 16. November und seine Ersetzung durch den ehemaligen Geheimdienstchef Said Bin Shaker darf als Rückschlag für den Demokratisierungprozeß gewertet werden.

Im April 1989 sah sich das jordanische Regime erstmals seit längerer Zeit mit ernstzunehmenden Protesten konfrontiert. Preiserhöhungen für diverse Konsumgüter, die der IWF angeordnet hatte, waren für etliche JordanierInnen Anlaß, auf die Straße zu gehen. Schon seit einiger Zeit hatte eine hohe Arbeitslosigkeit und Inflationsraten von bis zu 30% einem Teil der Bevölkerung hart zugesetzt.[1]

Diese Proteste nahm die jordanische Regierung nicht auf die leichte Schulter. Denn die traditionellen Clans aus dem Süden, eine wichtige Stütze der Herrschaft des Königs, verweigerten ihm die weitere Gefolgschaft.

Der König überstand auch diesen Protest. Der Aufstand wurde zwar niedergeschlagen - 18 Tote und mehr als 200 Verletzte waren das blutige Resultat, 300 Menschen wurden verhaftet. Aber gleichzeitig trat die damalige Regierung zurück, der König ließ erstmals nach 1967 freie Parlamentswahlen ausschreiben.[2]

Im Vorfeld der für November 1989 angesetzten Wahlen durfte richtig Wahlkampf gemacht werden. Sogar Frauen waren als Kandidatinnen zugelassen. Protest wurde artikuliert, die Korruption wurde angegriffen und die freie Meinungsäußerung wurde eingeklagt. Das hatte es zuvor nicht gegeben. Bis zu dieser Zeit war der "laute Gedanke" mit Gefängnis bestraft worden, der Geheimdienst war ständig zugegen, Parteien waren verboten.[3] Die Regierung gedachte, mit den Wahlen den aufkeimenden Protest zu kanalisieren und die Kritik in den notwendigen Sanierungsprozeß einzubinden.

Klare Gewinner der Wahlen vom November 1989 waren die Moslembrüder. Sie waren schon in der Vergangenheit vom Regime geduldet worden, während das Parteienverbot die Vertreter aller anderen politischen Gruppierungen dazu zwang, als Einzelpersonen aufzutreten. Repräsentanten linker Gruppierungen waren noch während der 80er Jahre häufig im Gefängnis gewesen. Heute sitzen auch sie als angesehene Politiker im Parlament, z.B als Mitglieder des linken JANDA-Bündnisses, das auf einen Anteil von 15% der Stimmen gekommen ist.[4]

Das politische Spektrum in Jordanien

Grob gesehen existieren in Jordanien drei große politische Lager: die traditionell moslemischen Gruppierungen mit einer relativen Mehrheit im Parlament, die einheimische Bourgeoisie, die überwiegend aus Palästinensern besteht und schließlich die fortschrittlichen Kräfte, die sich aus palästinensisch-jordanischen Kreisen zusammensetzen. Im JANDA-Bündnis sitzen jordanische Vertreter der palästinensischen Gruppen DFLP und PFLP sowie die KP.

Die traditionell-moslemischen Gruppierungen stellten mit Ministerpräsident Badran die erste Regierung, die im Juni 1991 zurücktreten mußte. Ihr vorrangiges Anliegen war die Einhaltung der islamischen Lebensregeln und ihre Festschreibung in Gesetzen. Während ihrer Regierungszeit verboten die moslemischen Kräfte bestimmte Schulbücher und entließen Angestellte im Erziehungsministerium, die für die gemeinsame Ausbildung von Jungen und Mädchen eintraten. Von allen Seiten wurden sie dafür kritisiert, die sozialen und ökonomischen Probleme des Landes nicht anzugehen und stattdessen zu einer weiteren sozialen Zersplitterung beizutragen.



Der Palästinenser Taher Masri, von Juni '91 bis Mitte November jordanischer Ministerpräsident

In der Palästinafrage halten sich die Moslembrüder inhaltlich an die Hamas-Bewegung[5] in den besetzten Gebieten, ohne daß sie - nach eigenen Angaben - offizielle Verbindungen unterhalten. Für sie bildet ein starkes Jordanien die Grundlage für die Befreiung Palästinas. Auf dieser Grundlage können sie sich auch eine Zusammenarbeit mit linken Gruppierungen vorstellen.[6]

Zwischen den Moslembrüdern und den sozialistischen Gruppierungen steht die einheimische Bourgeoisie, deren Interessen sich nicht in einem Satz definieren lassen. Einerseits, weil kapitalistisch, auf den Westen orientiert, muß sie andererseits zur Kenntnis nehmen, daß Jordanien vom Westen für seine Haltung im Golfkrieg bestraft wird. Ferner haben ihre Vertreter die spezifischen antiisraelischen Gefühle in der Bevölkerung zu berücksichtigen. Ein Flügel der einheimischen Bourgeoisie wird von der Destur-Partei vertreten, die von den insgesamt 80 Sitzen im Parlament über 18 verfügt.

Zur Lösung all dieser Probleme wurde im Juni 1991 als erster Palästinenser Taher Masri zum neuen Premierminister ernannt. Bei seiner Vereidigung erhielt er zunächst zwei Aufgaben gestellt:

Erstens sollte die Ökonomie des Landes korrigiert werden, d.h. es sollte eine "faire Verteilung des nationalen Einkommens zwischen den einzelnen Sektoren" erreicht werden.

Zweitens sollte die "palästinensische Sache" nicht nur ein Thema der Außenpolitik sein, sondern zu einem Prinzip der

gesellschaftlichen Entwicklung gemacht werden.[7]

Mit in der neuen Regierung sitzt das linke JANDA-Bündnis, verantwortlich für die Ministerien für Arbeit, Gesundheit, Jugend, Handel und Industrie. Damit ist der einheimischen Bourgeoisie ein wichtiger Schachzug gelungen: Sie hat die Palästinafrage in die Regierungspolitik integriert und zugleich die linken Parteien in die Verantwortung gezogen. Die Demokratisierung erscheint damit als ein Manöver von oben, um die eigene Herrschaft zu stabilisieren.

Die sozialistischen Gruppierungen sind in den Zeiten des Verbots der politischen Arbeit ziemlich geschwächt worden, haben bislang wenig Erfahrung in Basisarbeit und befinden sich derzeit in einer Orientierungsphase. Die Politik der Öffnung gibt ihnen die Chance, offen aufzutreten, Gewerkschaften zu gründen und in Schulen und Verbänden zu arbeiten. Zusätzlich zu diesen Aufgaben müssen die linken Gruppierungen in Jordanien die Veränderungen in Osteuropa aufarbeiten.[8]

Die Entwicklung in Palästina liegt den fortschrittlichen Kräften besonders am Herzen. Die jordanische Situation kann laut Abdel Rahman Al Majali von der KP Jordaniens überhaupt nur vor dem Hintergrund der palästinensischen Intifada gesehen werden: "Die Intifada ist die Frontlinie zur Verteidigung Jordaniens. Und zugleich ist die jordanische Bevölkerung das strategische Hinterland für die Intifada."[9]

Die Entwicklung der Demokratie in Jordanien ist insgesamt gesehen sehr kompliziert. Bis zum heutigen Tage haben sich 60 Parteien gebildet. Nach dem neuen Parteiengesetz, das nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes verabschiedet wurde, müssen alle jordanischen Organisationen eine inländische finanzielle Basis nachweisen. Fremdfinanzierung von außen ist untersagt. Das gelingt natürlich solchen Parteien, die im ökonomischen Bereich ihre Stützen haben, besser als jenen Gruppen, die eher in der armen Bevölkerung verankert sind. Die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien ist bislang nicht gesetzlich geregelt, ein Pressegesetz ist in den Mühlen der Ausschüsse vorerst steckengeblieben. Also muß bislang im halblegalen Bereich agiert werden.

Aspekte der jordanischen Krise

Seit April 1991 sind 300.000 PalästinenserInnen aus Kuwait und anderen Golfstaaten nach Jordanien gekommen. Kein anderer Staat wollte sie aufnehmen. Sie finden kaum Platz in den Städten, aber auch die Flüchtlingslager sollen nicht erweitert werden. Bislang lebten immerhin schon 25% der palästinensischen Bevölkerung in Jordanien in Flüchtlingslagern. Die UNRWA[10] hat international zu verstärkter Unterstützung aufgerufen. Dennoch wird der Großteil der Hilfe für diese Menschen von Jordanien selbst aufzubringen sein.

Seit der Erlaubnis zur Ausreise für irakische BürgerInnen sind mehr als 200.000 Irakis nach Jordanien eingereist. Teilweise benutzen sie das Land als Zwischenstation zur Weiterreise in westliche Länder, teilweise bleiben sie im Land. Ein zentraler Grund für ihre Ausreise ist die Zerstörung der Infrastruktur im Irak durch die allierten Bombenangriffe auf die Zentren des Landes. Auch diese Menschen werden von Jordanien aufgenommen und müssen versorgt werden.



Seit April 1991 rollt eine Flüchtlingswelle nach Jordanien. Szene an der irakisch-jordanischen Grenze

Die Folgen des durch die Flüchtlinge verursachten Bevölkerungszuwachses (immerhin 20%) sind nicht zu übersehen. Die Versorgungsmöglichkeiten in Jordanien sind erschöpft, die Preise für Wohnungen, Häuser und Lebensmittel steigen mit rasender Geschwindigkeit. Internationale Hilfe ist nur begrenzt in Sicht. Die EG stellte immerhin eine Soforthilfe von 180 Mio Dollar zur Verfügung.[11] Aber die 3 Mio Dollar, die die BRD zusätzlich für Flüchtlinge bereitgestellt hat, wirken eher bescheiden gemessen an dem, was erforderlich ist.[12] Inzwischen sind die Schulklassen überfüllt (durchschnittliche Klassengröße: 70 Kinder), die Grundnahrungsmittel werden rationiert (Reis, Milch, Zucker), mehr als 50% des Lohnes wird durchschnittlich für Miete aufgewendet. Ein Beschäftigter im Dienstleistungsbereich etwa, wo die Löhne bei durchschnittlich 200 DM liegen, hat gerade 100 DM zum Leben.

Probleme gibt es auch im Bereich der Landwirtschaft. Besonders augenfällig sind diese im Jordantal, also im Grenzgebiet zu Israel und der Westbank. Während im besetzten Palästina israelische Siedlerkolonien über genügend Wasser verfügen, hat die Landwirtschaft auf der Jordanischen Seite große Wassernöte. Die gehen zum Teil darauf zurück, daß ein Teil des Jordanwassers schon vor der jordanischen Grenze auf die israelische Seite abgezweigt wird. Dazu kommen Grundwasserentnahmen durch die Israelis, unter denen Jordanien ebenfalls zu leiden hat.

Die Situation während des Golfkrieges und danach

Diesen schier unlösbaren Problemen begegnete, wie gesagt, die herrschende Clique in Jordanien mit einer begrenzten demokratischen Öffnung. Was allerdings nicht gleichzusetzten ist mit einem totalen Verzicht auf ihre Macht. Protest, der an deren Grundfesten rüttelt, wird sie vermutlich mit Hilfe des Militärs begegnen. Die fast die gesamte Bevölkerung umfassende Mobilisierung während des Golfkrieges zugunsten der gemeinsamen arabischen Sache und gegen den Imperialis-

mus ist deshalb auch eher als Ausnahme zu verstehen. Trotzdem war diese Phase der Mobilisierung eine wichtige Erfahrung, die auch linken Kräften Aufschwung brachte.

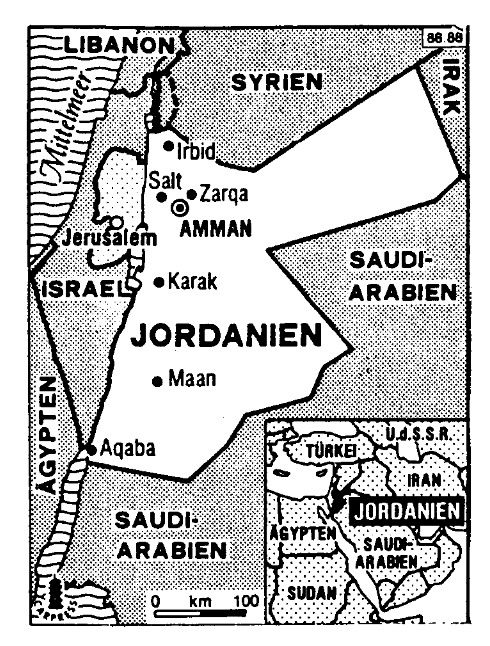
Bedroht durch die reale Möglichkeit eines israelischen Einmarsches hatte sich die Bevölkerung in Selbstverteidigungskomitees organisiert. Im Oktober 1990 konnte in Amman eine große "Konferenz der arabischen Volkskräfte" stattfinden, auf der u.a. auch der Generalsekretär der PFLP, George Habash, sprechen konnte. 20 Jahre lang - im Anschluß an den "Schwarzen September" 1970 - war ihm die Einreise verwehrt worden [13]. Jordanien hatte sich während der Krise für eine arabische Lösung eingesetzt und die US-Invasion klar verurteilt.[14] Den Öl-Monarchien wird schon historisch keine Sympathie entgegengebracht und die ökonomischen Bindungen an den Irak konnte man nicht ignorieren. Und wenn es um Palästina geht, so wirkt dies immer noch mobilisierend in der jordanischen Armutsbevölkerung. ...

Noch heute sind die Auswirkungen des Golfkrieges in Jordanien spürbar. Amerikanische Kriegsschiffe kontrollieren den Hafen von Aqaba am Roten Meer, den einzigen Tiefseehafen Jordaniens und indirekt auch des Irak (der über keinen eigenen Tiefseehafen verfügt). Das Handelsembargo durch den UN-Sicherheitsrat gegen den Irak besteht bis heute, d.h. die Einfuhr nach Jordanien wird auf die "Zulässigkeit" hin kontrolliert. Was über den errechneten Bedarf des Landes hinausgeht, wird abgewiesen. Jordanien wird damit der Handel mit dem Irak verboten.

Mit dem Ende des Golfkrieges ist die Mobilisierung der Bevölkerung zunächst in sich zusammengebrochen. Zurück bleibt Enttäuschung und Wut über die Arroganz der neuen Weltsupermacht.

Ein Rückschlag für den Demokratisierungsprozeß?

Die Regierung des Palästinensers Taher Masri ist am 16. November zurückgetreten, nachdem sie sich einer wachsenden Kritik an ihrer Innen- und Außenpolitik ausgesetzt gesehen hatte. König Hussein hat Said Bin Shaka zum neuen Regierungschef ernannt. Dieser ist im Land als Chef des Generalstabs und des Geheimdienstes bekannt - und berüchtigt. Er war im Jahre 1989 kurzzeitig Ministerpräsident - bis zu den Wahlen von 1989. Schon damals wurde ihm nachgesagt, daß er von den tatsächlichen Problemen Jordaniens keine Ahnung habe. Damit sind die Aussichten auf eine Fortsetzung des



Demokratisierungsprozesses eher düster geworden.

Außerdem stellt sich die Frage, ob die Probleme des Landes ohne eine Beteiligung der Bevölkerung überhaupt lösbar sind. Zwar artikuliert die Presse einige der Probleme und die Berichterstattung des jordanischen Fernsehens ist im Vergleich zu anderen arabischen Staaten relativ akzeptabel - weshalb es auch in Syrien nicht empfangen werden darf. Aber das ist nicht mehr als ein Ventil. Die drängenden Probleme im Lande und in der Region werden dadurch nicht gelöst.

Christian Möller

Anmerkungen:

1) Jordan Times 21.1.90
2) Über die Aprilunruhen und die Strukturprobleme der jordan. Wirtschaft berichten ausführlich die "blätter des iz3w" Nr. 158
3) Tagesanzeiger, Zürich 7.11.89 "Die Jordanier entdecken die Redefreiheit"
4) JANDA-Jordanisch Arabische Nationale Demokratische Front
5) Die Hamas-Bewegung ist eine fundamentalistisch-moslemische Organisation der Palästinenser
6) Gespräch mit Dr. Ziad Abu Ganima, 28.8.91, Chefarzt in einem Krankenhaus der Moslembrüder in Amman.
7) Democratic Palestina Nr. 45, August 1991
8) Gespräch mit Lua'y Dabbagh in Amman, 29.8.91
9) Abdel Rahman Al Majali, von der KP Jordanien, in Democratic Palestine Nr. 45
10) UNO-Organisation zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge, vgl. Jordan Times 31.8.91
11) Jordan Times 22.9.91
12) Jordan Times 12.9.91
13) Im September 1970 wurden sämtliche PLO-Organisationen östlich des Jordan von den beduinischen Verbänden der jordanischen Armee in einem blutigen Krieg zerschlagen.
14) Im September 1991 dokumentierte die jordanische Regierung in einem "Weissbuch" ihre diplomatischen Aktivitäten vor dem Krieg. Demzufolge soll König Hussein den Vorschlag gemacht haben, der Irak solle sich aus Kuwait zurückziehen. Im November 1990 soll Saddam Hussein dies überraschend akzeptiert haben. Den USA kam eine derartige Lösungsmöglichkeit aber nicht gelegen. Durch Interventionen z.B. bei der Arabischen Liga soll sie den Vorschlag hintertrieben haben.
Durch das "Weissbuch" fühlte sich Ägypten beschuldigt, eine pro-imperialistische Politik verfolgt zu haben. Die Regierung wollte als Reaktion darauf den Visumzwang für jordanische Reisende nach Ägypten einführen.
Erst nach einem Besuch des jordanischen Außenministers in Kairo wuden diese Streitigkeiten eingestellt.
(Jordan Times 12.9.91)

Den Bock zum Gärtner machen

Polemische Antwort auf Ulrich Menzels Thesen

Weltpolitische Veränderungen regen zum Nachdenken über das Verhältnis von 'Erster' zu 'Dritter' Welt an. Handelt es sich um ein Ausbeutungsverhältnis oder besteht die Chance einer Kooperation von 'Erster' und 'Dritter' Welt, um gemeinsam Hunger, Elend und Krieg weltweit zu bekämpfen? Heinz Scholler konfrontiert in seinem Beitrag den 'Idealismus' Ulrich Menzels mit den realen Mechanismen von Weltwirtschaft und Weltpolitik. (Red.)



"... nur mehr die Hilfsgüter aus der Luft abwerfen". Foto: Brot für die Welt / Hassold

Ulrich Menzels 'Vorschläge einer neuen Orientierung der Nord-Süd-Politik' (Frankfurter Rundschau vom 3.6.1991) brechen nach eigener Aussage "bewußt mit etlichen Tabus der bisherigen entwicklungspolitischen Diskussion", wollen also eine kontroverse Debatte provozieren. Aber gerne. Im Folgenden habe ich die zentralen Thesen Menzels dokumentiert, um sie dann kritisch und zum Teil polemisch zu kommentieren.

››Die Krise im südlichen Teil der Welt ist auch der Nachweis, daß 40 Jahre Entwicklungspolitik keinen nennenswerten Erfolg gezeigt haben, und zwar unabhängig davon, welche Strategie in den einzelnen 'Entwicklungsdekaden' verfolgt wurde. (...) so steht die Weltgemeinschaft trotz aller Einsichten doch hilflos vor der Katastrophe, kann buchstäblich als letzte verzweifelte Rettungstat nur mehr die Säcke mit Hilfsgütern aus der Luft abwerfen, muß gar noch, wie jetzt in Kurdistan und Bangladesch geschehen, Soldaten entsenden, die erst einmal die Abwurfzonen für die Säcke einrichten und die verhindern, daß die Verteilung der Hilfe nicht im gegenseitigen Totschlag der Elenden endet.‹‹

Menzel konstatiert zutreffend, daß sich nach vier Jahrzehnten Entwicklungspolitik die Lage der meisten Staaten der Dritten Welt drastisch verschlechtert hat.

Erstaunlich blauäugig geraten dann seine Erläuterungen der "allgemeinen Krise in einer beträchtlichen Anzahl von Ländern". Sollte die 'Weltgemeinschaft' - präziser: die Repräsentanten der maßgeblichen Nationen - an den beklagten Zuständen ihrer Peripherie vollständig unbeteiligt sein und nun fassungs- und hilflos dem Ausmaß der Katastrophe in ihren Hinterhöfen gegenüberstehen? Waren die vier Jahrzehnte Entwicklungspolitik nicht die Flankierung von vier Dekaden mehr oder weniger freien Welthandels, von Rohstoff- und Währungsbörsen, von Weltschulden- und IWF-Management?

Ulrich Menzel ignoriert diese Zusammenhänge, weil er auf folgendes hinaus will.

››Hilfreich könnte sein, die Forderungen, die Gunnar Myrdal in einer 1981 vorgetragenen Kritik ('Relief Instead of Development Aid') an der bisherigen Entwicklungshilfepraxis erhoben hat, konsequent weiterzudenken. Myrdal führte bereits vor zehn Jahren die auch schon damals absehbare Katastrophe im wesentlichen auf Ursachen zurück, die in den Ländern des Südens selber zu verorten sind. An erster Stelle nannte er die dortigen korrupten Eliten, die ihre Länder ausbeuten, Landreformen sabotieren (...).‹‹

Myrdals Einschätzung der Drittwelt-Eliten ist keinesfalls zu bestreiten. Jenseits jeder (früher beliebten) Verklärung muß nüchtern konstatiert werden, daß die Machteliten der allermeisten Staaten in der Dritten Welt zweifelsfrei mit zur unsympathischsten Kategorie politischer und ökonomischer Herrschaft gehören. Illusionen über die Nützlichkeit dieser Regime für die Belange der Unterdrückten verbieten sich angesichts ihrer Hunger-, Elends-, Kriegs- und Vertreibungspolitik.

Menzel verschweigt allerdings Myrdals Hinweis hinsichtlich der Quellen der Macht von Drittwelt-Eliten: "und sie werden dennoch von den Industrieländern gestützt."

So wie die Drittwelt-Souveräne die finanziell abhängigen Geschöpfe der Industrienationen blieben, so haben sie ihre eigenen nationalen Zielsetzungen und Ambitionen ihren großen Vorbildern

in den USA, Europa, Japan (früher mitunter auch in der UdSSR) abgeschaut.

Sehr instruktiv hier das Beispiel des Saddam Hussein, für den die Annexion Kuwaits die Wiedervereinigung Iraks mit seiner 19.Provinz abgab. Hussein adressierte übrigens zum Datum der deutschen Wiedervereinigung ein Glückwunschtelegramm an die Bonner Regierung, in dem er betonte, wie gut das (nicht mehr geteilte) irakisch-kuwaitische Volk Leid und Freude des (nicht mehr geteilten) deutschen Volkes mitempfinden könne.

Es ist zu billig, auf die in der Dritten Welt zum Alltag gehörenden brutalen Umgangsweisen mit gescheiterten Entwicklungsambitionen zu deuten und nichts davon wissen zu wollen, woher die dortigen Eliten den Maßstab ihrer jeweiligen nationalen Mission importiert haben.

Menzels Feststellung, "daß in einer zunehmenden Zahl von Ländern für die Masse der Bevölkerung die Lebensbedingungen schlechter sind als zum Zeitpunkt ihrer Entkolonialisierung" ist eigentlich nicht zu beanstanden, sie hört sich jedoch im Zusammenhang seiner 'tabubrechenden Vorschläge' beinahe so an, als wolle er einer Art Rekolonialisierung dieser Staaten das Wort reden. So zitiert er wiederum Myrdal mit der Forderung, daß im Interesse der Armen der Dritten Welt "mit den dortigen Eliten härter umgegangen werden muß, gegebenenfalls durch den größeren Einsatz eigenen Personals".

❞Eine solche Intervention (in Krisengebieten Red.) ist grundsätzlich zu befürworten und in einem humanistischen Sinne auch legitimierbar, wenn die Anlässe aus gravierenden wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen oder auch politischen Krisen (resultieren Red.). (...) Sie ist auch dann zu befürworten, wenn es dadurch zur Einschränkung der Souveränität einzelner Länder kommt. (...) Darüber hinaus ist eine permanente und personell wie sachlich ausreichend ausgestattete internationale Eingreiftruppe aufzustellen, die in akuten wirtschaftlichen, sozialen, medizinischen, ökologischen oder politischen Krisensituationen zum Einsatz kommt. Ihre Ziele sind ausschließlich im Sinne der Wahrung der Menschenrechte definiert. Neben den einschlägigen technischen Experten ist eine militärische Komponente denkbar, gegebenenfalls sogar unvermeidlich. (...) Ein Aspekt der vielzitierten neuen Weltordnung wird darin bestehen, daß die Interventionen in den Krisengebieten der Welt von seiten der führenden Industrieländer des Westens zunehmen werden. Die alliierte Intervention in Kurdistan war nur ein erstes Beispiel.❞

Menzel scheint sich mit dem jüngst stattgefundenen Krieg, samt Folgen, ganz gut anfreunden zu können, möchte daraus gar eine Art Modell für moderne Entwicklungshilfe machen.

Zur Erinnerung: Bevor die Bundeswehr und die US-Armee in der Türkei, im Iran und im Irak für kurdische Flüchtlinge tätig werden konnten, mußten etwa 150.000 Iraker dank 'alliierter Intervention' ihr Leben lassen. Es ist leicht durchschaubar, daß die sogenannten humanitären Einsätze der westlichen Industrieländer im Gefolge des Golfkriegs weniger Zweck, als berechnend gebrauchtes Mittel waren. Daß der NATO-Partner Türkei zur Zeit ungestraft Kurden militärisch bekämpft, ist hierfür der beste Beweis.

Die USA hatten das Interesse, ihren Status als die Nr. 1 unter den Weltmächten per unnachahmlich effektiver Kriegführung außer Zweifel zu setzen. Das Ganze mußte natürlich in den moralischen Fundamentalismus von Menschen- und Völkerrecht eingekleidet sein. Ihre gelehrigen europäischen Partner und Konkurrenten nahmen den 'Schönheitsfehler' des US-Erfolgs - das innenpolitische Überleben Saddam Husseins - zum Anlaß, mittels des Deutens auf das Elend der Kurden die USA bei der Maßregelung einer auswärtigen Souveränität zu übertrumpfen. Damit verliehen die europäischen Mächte ihrem Anspruch auf eine führende Beteiligung beim 'Ordnen' der ganzen restlichen Welt Gewicht.

Nur in einer Rolle bildet die Dritte Welt in der schönen neuen Weltordnung nach der Abdankung der UdSSR überhaupt noch einen politischen Faktor: Wenn Interessenten der zur 'Weltpolizei' sich aufspielenden Nationen sie als Material ihrer Rivalität benutzen wollen.

Ansonsten gilt, bei Strafe des militärisch vollstreckten Untergangs, daß die Souveränität der abhängigen Nationen nur so viel Wert ist, als sie striktes Wohlverhalten zeigt gegenüber dem Welt-Status Quo, der in den Metropolen und als Resultante von deren Konkurrenz festgelegt wird.

Trotz dieser eindeutigen Lage kommt der entwicklungspolitische Fachmann Menzel daher und verlangt aus purer humanitärer Nächstenliebe: noch viel mehr Einmischung. Ist es wirklich das was Hungernden, Katastrophenopfern und Flüchtlingen bislang zum Wohlergehen gefehlt hat?

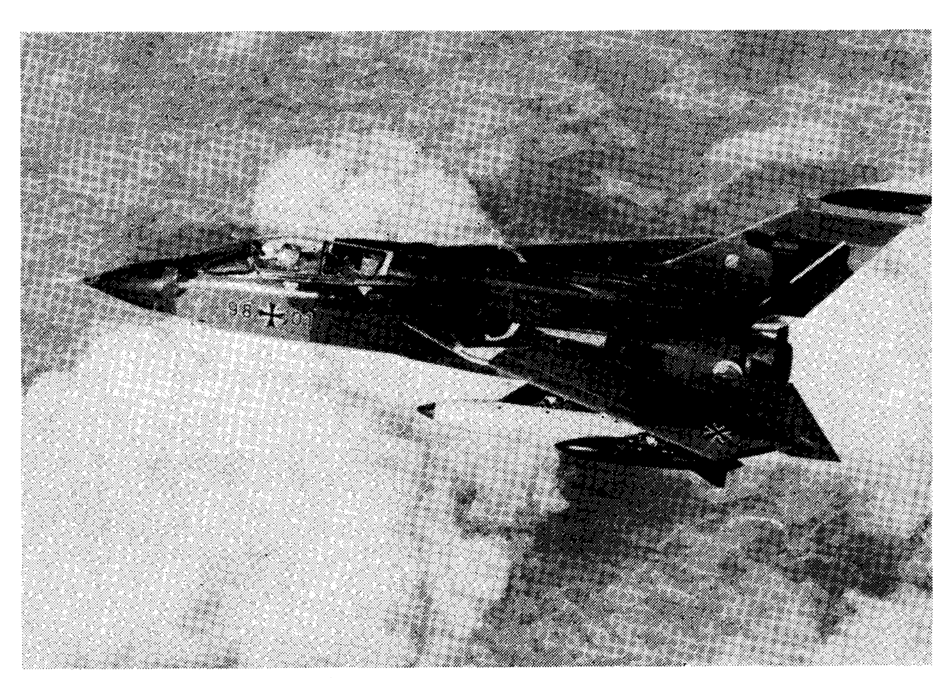
❞In den westlichen Industrieländern ist es offensichtlich möglich, auch auf Dauer einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung, der aus diversen Gründen nur eine Existenz am Rande der Gesellschaft führt, durch sozialpolitische Maßnahmen soweit zu alimentieren, daß er wenigstens ein menschenwürdiges Leben führen kann. Dieser Ansatz muß um die internationale Dimension erweitert werden, und es müssen entsprechende Einrichtungen geschaffen werden, die es ermöglichen, daß die Wohlhabenden des Nordens die absolut Armen des Südends alimentieren. (...). Diese Alimentierung darf weder durch politische noch durch wirtschaftliche Interessen des Nordens geleitet sein.❞

Zunächst hätte man freilich zu gerne etwas über die 'diversen Gründe' erfahren, die inmitten der sogenannten reichen Länder 'auf Dauer' millionenfach Sozialfälle hervorbringen, hier bleibt Menzel eine Antwort schuldig.

Angenommen Menzels Lobpreisung der 'Alimentierung' von Sozialfällen in der Ersten Welt träfe halbwegs zu: Woher nimmt er die Zuversicht, daß westliche Sozialpolitiker, die jeden Asylbewerber als unzumutbaren Kostgänger deutscher Steuerzahler hinzustellen pflegen, die verarmten Massen außerhalb ihrer Grenzen ernähren wollen?

Ist es möglich, daß Ulrich Menzel so naiv ist und glaubt, die 'politischen und wirtschaftlichen Interessen', die sich den größten Teil der Welt zu ihrem Nutzen und zum Schaden der 'absolut Armen' eingerichtet haben, müßten nur mal eben ihr Eigeninteresse vergessen und das Gegenteil dessen unternehmen, was ihr Handeln bisher geleitet hat?

Muß man Menzel wirklich an den Fall Nicaragua erinnern? Kann er sich vorstellen, daß die 'politischen und wirtschaftlichen Interessen', die die Sandinisten als



"Eine solche Intervention ist grundsätzlich zu befürworten..."

'politisch nicht genehmes Regime' bekämpften, sich zur selbstlosen Weltsozialbehörde wandeln?

„Die Agrarpolitik in den Ländern des Nordens darf nicht auf die Drosselung der Überschußproduktion, sondern muß auf die Förderung weiterer Überschüsse im Bereich der Grundnahrungsmittel ausgerichtet sein. Diese Überschüsse sind für einen Zeitraum in die Südländer zu transferieren, dessen Dauer sich nach der jeweiligen Notlage richtet."

Diese Idee Menzels hat es in doppelter Weise in sich. Zum einen muß man Menzel wiederum entgegenhalten, daß die mit unschöner Regelmäßigkeit zur Vernichtung anstehende landwirtschaftliche Überproduktion der Europäischen Gemeinschaft wahrhaftig aus anderen Gründen zustandekommt, als daß sie einfach zur kostenlosen Alimentierung von chronisch Hungernden zur Disposition stünde. Die EG zählt zu den größten Agrarexporteuren der Welt und wird sich ihre Geschäfte durch kostenlose Lebensmittellieferungen nicht kaputtmachen lassen.

Zum anderen zeigen statistische Erhebungen, daß die Welt-Markt- Wirtschaft nicht so funktioniert, wie sie sich Menzel vorstellt. So exportierte der afrikanische Kontinent 1987 4,2 Millionen Tonnen 'Getreideüberschüsse', denen im gleichen Jahr ein Nahrungsmitteldefizit der Dürreländer Afrikas von 3,5 Millionen Tonnen gegenüberstand.

Allerdings hat Menzel recht, wenn er meint, daß die "stofflichen Mittel, um eine wirkliche und massenhaft wirksame Hilfe leisten zu können", vorhanden sind. An den 'stofflichen Mitteln' liegt es nicht, wenn Lebensmittel denen vorenthalten werden, die sie brauchen, sondern das liegt an der Logik der Marktwirtschaft, die dafür sorgt, daß nur diejenigen Nahrungsmittel etc. erhalten, die dafür bezahlen können.

Gerade wenn man Ulrich Menzels 'Idealismus' in punkto 'Überschußtransfer' sympathisch findet, wird man nicht umhinkommen, die systemimmanenten Hindernisse ausdrücklich zu benennen, die dergleichen gute Absichten zum Idealismus machen. Da die Erhöhung des Wohlstandes in der Dritten Welt sich mit dem Wachstum des Reichtums in den Industriestaaten schlecht verträgt - und für diese Interpretation sprechen wesentliche Tatbestände von der Entwicklungspolitik bis zur Verschuldungsproblematik - dann kann es nicht um eine Parteinahme für die Welt-Markt-Wirtschaft und ihre Prinzipien gehen.

Wenn die Befürwortung der Erzeugung und Lenkung von Nahrungsmittelströmen strikt im Interesse der Bedürftigen ernst gemeint ist, spräche das nicht für eine Welt-Plan-Wirtschaft, in der die zweckmäßige Erzeugung und Verteilung von Konsumgütern zur (Grund-)Bedürfnisbefriedigung erste Richtlinie des ökonomischen Handelns wäre?

„Es muß eine Liste nach noch zu diskutierenden Kriterien besonders bedrohter Krisenregionen erstellt werden. Diese Gebiete, die nicht unbedingt mit den territorialen Grenzen identisch sein müssen, werden bis auf weiteres der Treuhandschaft der Länder des Nordens unterstellt, wobei sowohl bi- wie mulitilaterale Modelle vorstellbar sind."

Die Welt zu treuen Händen der ohnedies Mächtigen. Ich jedenfalls erschrecke viel eher bei einer solchen Vorstellung, als daß ich damit das materielle Wohl von Hungernden und Vertriebenen verbinden könnte.

Man darf gespannt sein, ob Menzel die Taten seiner 'Treuhänder' Bush, Kohl, Mitterand, Major etc. in Zukunft wenigstens so 'konsequent' am Inhalt seiner guten Meinung über sie mißt, wie er sie jetzt zu Hoffnungsträgern ernennt, und ob er im nicht unwahrscheinlichen Fall einer Enttäuschung dann die Seite wechselt...?

Ärgerlich an Menzels 'tabubrechenden Vorschlägen' scheint mir, daß er mit seinem Wunschdenken über humanitäre Absichten der 'herrschenden Eliten' in Washington, Bonn, Tokio, London oder Paris diese zum einzig möglichen Adressaten für die Beseitigung des Elends auf der Welt erklärt, also gewissermaßen den Bock zum Gärtner macht.

Mit seinen Vorschlägen glorifiziert er die spätestens seit dem Golfkrieg schwerlich übersehbare Tendenz der maßgeblichen Veranstalter heutiger Weltpolitik, unter dem Stichwort 'Neue Weltordung' die Souveränität von Staaten der Dritten Welt endgültig als eine äußerst relative, vom Wohlverhalten gegenüber besagten Veranstaltern abhängige Angelegenheit zu behandeln. Menzel befürwortet Einmischung der USA und Europas bis hin zum Militäreinsatz, unterlegt ihr freilich humanitäre Motive, die mit der tatsächlichen Politik 'Made in Washington oder Bonn' nichts zu schaffen haben.

Den Weltmächten einen moralisch-hochwertigen Persilschein für ihren uneingeschränkt hegemonialen Zugriff auf die Dritte Welt zu erteilen, das hat einer 'linken Position'zur Entwicklungspolitik' gerade noch gefehlt.

Heinz Scholler

Schmutziges Geschäft Müllhandel



Anfang der achtziger Jahre hat auf dem Weltmarkt eine neue Branche den Plan betreten: der internationale Müllhandel. Er vertreibt eine Ware mit negativem Marktwert: giftige Rückstände aus den Wohlstandsgesellschaften der Welt. Er trifft auf die Situation notorischen Devisenmangels und zunehmender Verelendung in der Dritten Welt, aber auch in Osteuropa.

Einen Notstand in der Müllbehandlung und -beseitigung gibt es nur in Ländern mit fortgeschrittener Abfallgesetzgebung und einer halbwegs funktionierenden Behördenüberwachung. Berechtigtes Mißtrauen, gepaart mit dem, was die Amerikaner als NIMBY Syndrom (Not In My Backyard) bezeichnen und das hierzulande als Sankt-Florians-Prinzip bezeichnet wird, führt zu immer längeren Planungs- und Bauphasen für Deponien, Verbrennungs- und Recyclinganlagen. Gleichzeitig werden immer mehr Abfallstoffe als umwelt- oder gesundheitsgefährdend erkannt und neue Vorschriften zur Behandlung von Abfällen durchgesetzt. Die Menge der formal als gefährliche Abfälle oder Sonderabfälle eingestuften Stoffe beispielsweise nach der neuen deutschen "TA-Sonderabfall" (Technische Anleitung zur Behandlung von Sonderabfall) steigt dadurch von ehemals fünf bis sieben Millionen Jahrestonnen in den alten Bundesländern auf künftig mindestens das Doppelte.

Aber selbst in den Ländern mit fortgeschrittener Abfallgesetzgebung erringt die Umweltbewegung keine oder kaum nennenswerte Erfolge auf dem Weg zu ihrem ureigenen Ziel: der Entgiftung der Produktion und des Konsums, der Durchsetzung "sauberer", abfallfreier Technologien und Distributionssysteme. Im Gegenteil, die Produzenten stellen immer mehr Gegenstände her, deren Verwendungsdauer kurz ist, deren Materialkombinationen hochkomplex sind und deren Recyclingfähigkeit gegen Null geht.

Die Ökologiebewegung hat ihre Unschuld verloren

Das "Mehr an Demokratie", das die Umweltbewegung immerhin durchgesetzt hat, endet also nach wie vor am Fabriktor - und an den nationalen oder auch nur sozialen Grenzen: Das "Weiße Amerika" schiebt seinen Giftmüll in Indi-

Internationale Konventionen

Die Baseler Konvention sieht im Einzelnen vor:
- vor jedem Export muß eine schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde im Empfängerland eingeholt werden (Prior Informed Consent)
- ein Sekretariat soll Beschwerden entgegennehmen, den Informationsaustausch organisieren und den Transfer von Abfalltechnologien in Entwicklungsländer betreiben
- kein Unterzeichnerstaat darf Exporte in diejenigen 87 Länder erlauben, in denen Importverbote bereits gelten (Stand Oktober 91)
- alle internationalen Mülltransporte müssen dem Sekretariat gemeldet und die Zustimmung der Transitstaaten, wobei deren Definition noch nachverhandelt wird, eingeholt werden

Völlig offen ist die Frage der Haftung für Schäden nach Ablagerung oder Behandlung von Abfällen in einem anderen Land.

Lome IV - der erste Schritt zu einem weltweiten Verbot

Der erste weltweit bedeutende Erfolg gegen den internationalen Müllhandel wurde im Dezember 1989 in Lome, der Hauptstadt von Togo, erzielt. Hier verabschiedeten zum vierten Mal seit 1975 zwölf EG-Staaten und ihre ehemaligen Kolonien, die 69 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) ein Finanz- und Handelsabkommen. "Lome IV" enthält erstmals eine Bestimmung über internationale Müllgeschäfte: jeder Müllexport aus EG-Ländern in die AKP-Staaten ist verboten. Im Gegenzug verpflichten sich die AKP-Staaten, auch keine Abfälle aus Nicht-EG-Ländern anzunehmen.

Damit sind über die Hälfte aller Staaten der Dritten Welt für die Müllhändler rechtlich gesperrt. Erstmals wird in einer internationalen Konvention die Verschiebung radioaktiver Abfälle verboten. Erstmals auch verpflichtet sich hier die EG als Staatenorganisation - nach mehrfachen Vorstößen aus dem Europäischen Parlament - zu einem Exportverbot in bestimmte Länder. Lome IV trat am 28. Juni 1991 in Kraft.

---

anergebiete, der reiche Norden Italiens in den Mezzogiorno, die alten deutschen Bundesländer in die neuen.

Die Ökologiebewegung hatte die Macht, einen Entsorgungsnotstand herbeizuführen. Wir konnten uns gegen bestimmte Folgen der Industrieproduktion hierzulande wehren. Die Schere zwischen Abfallmengen und Entsorgungsmöglichkeiten öffnet sich jetzt jedoch und zeigt, daß allein dieser Druck nicht ausreicht, um die Produktion zu verändern.

Was uns stinkt, wird hinter unserem Rücken aus dem Land geschafft. Das neue ökologische Bewußtsein, das auch jeden Industriemanager ergreift, wenn es um die Lebensqualität in der Nachbarschaft seiner Doppelhaushälfte geht, führt direkt in den neuen Müll-Kolonialismus.

Es gibt kaum ein Land in der Karibik, in Afrika, Lateinamerika oder östlich der Elbe, das nicht schon von irgendwelchen Abfallschiebern zu einer Giftkippe auserkoren worden wäre.

Im Rücken der Umweltbewegung hat sich dem klassischen Zusammenspiel von Behörden und Entsorgungsbranche eine Truppe von Kriegsgewinnlern zugesellt, die ihresgleichen nur im Drogen-, Menschen- und Waffenhandel wiederfindet: Dutzende von Anlagenberatern, Financiers, Maklern und Spediteuren, Reedern und Akquisiteuren sind seit Anfang der achtziger Jahre in den USA und seit 1985 auch in Europa dabei, mit den Exkrementen der Wohlstandsgesellschaften schnelle Millionen zu machen.

Ein paar Beispiele von vielen: Da bot sich jemand an, süddeutsche Großbetriebe günstig von ihren Sondermüll-Lasten zu befreien und den Kommunen die Container mit den Ergebnissen der "Problemmüllsammlungen", die sie in hiesigen Verbrennungsanlagen nicht mehr loswerden, abzunehmen. Die Müllfracht sollte in die Wüste nach Marokko und Mauretanien, in das Gebiet der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Sahrauis in der ehemals spanischen Sahara. Die halbe mauretanische Regierung war bereits mit Bestechungsangeboten in Millionenhöhe überzogen, mit dem marokkanischen Königshaus liefen diesbezügliche Verhandlungen. Der Deal scheiterte letztlich aufgrund von Bedenken der Landesregierung, die wegen der bevorstehenden Landtagswahlen im letzten Moment kalte Füße bekam.[1]

In den Buchten der New Territories von Hongkong wird amerikanischer Chemiemüll zur Landgewinnung eingesetzt, am Schwarzen Meer sollen Straßen und Hafenbefestigungen aus Filterstäuben unserer Verbrennungsanlagen und in Rußland Touristenhotels sowie die Leningrader Stadtautobahn aus dem gleichen Stoff gebaut werden. In Nordfrankreich und Wallonien kann man sich schon über kilometerlange Autobahnstrecken auf deutschem Giftmüll fortbewegen.

Dimensionen des internationalen Müllhandels

Schon 1986 hatten 78 Nicht-OECD-Staaten Müllangebote aus Industriestaaten. Mindestens 44 Dritte-Welt-Länder haben in den 80er Jahren Angebote abgelehnt, Müll aus Industrieländern zu importieren.[2] Bis September 1991 gab es etwa 1.200 dokumentierte Fälle von versuchten oder vollzogenen Müllexporten mit der Absicht, neue Vorschriften und daraus resultierende Kosten im eigenen Land zu umgehen.

Von 1986 bis Ende 1990 wurden weltweit 175 Millionen Tonnen Giftmüll zur grenzüberschreitenden Entsorgung angeboten. Mindestens zehn Millionen schafften den Weg über nationale Grenzen.

Welche unglaublichen finanziellen Dimensionen das Müllgeschäft insbesondere für Staaten der Dritten Welt angenommen hat, demonstriert folgendes Beispiel: Der Regierung von Guinea-Bissau lag 1988 ein Angebot vor, demzufolge über einen Zeitraum von fünf Jahren 15 Millionen Tonnen US-amerikanischen und europäischen Chemiemülls nahe dem Hafen Binta abgelagert werden sollten. Pro Tonne sollten 40 Dollar gezahlt werden. Die Gesamtsumme von 600 Millionen Dollar stellt das vierfache jährliche Bruttosozialprodukt dieses Landes dar. Die Regierung hat monatelang mit diesem Projekt des bekannten Müllschiebers Gianfranco Ambrosini aus dem Schweizer Fribourg geliebäugelt und "mit größtem Bedauern unter dem Druck einer internationalen Kampagne gegen unser Land" davon Abstand genommen.

Gefahr für Menschen

Die Langzeitfolgen für menschliche Gesundheit und Umwelt in den Importländern sind mindestens so schwer einzuschätzen wie die tatsächlichen Mengen an exportierten Abfällen und deren toxische Potentiale selbst.

Erste Schäden sind aber bereits sichtbar:
- Arbeiter in Plastikschmelzanlagen in ländlichen Gebieten der Volksrepublik China erhalten Lohnzuschläge für ihr, auch vom Management unbestrittenes, erhöhtes gesundheitliches Risiko aufgrund der Dioxinrückstände im verarbeiteten Plastik. Die Abfälle stammen aus der getrennten Hausmüllsammlung der Stadt Kiel.
- Aus Hongkong und Brasilien gibt es Erkenntnisse über Erkrankungen bei Kindern in der Umgebung von Verbrennungs- und Recyclinganlagen für europäische und nordamerikanische schwermetallhaltige Abfälle.
- Im südafrikanischen Natal, im "Tal der tausend Hügel" wurden durch die "Aufbereitung" von quecksilberhaltigen Abfällen der US-Firma Thor die Trinkwasserreserven und das Waschwasser der örtlichen Bevölkerung verseucht.
- Im Hafengelände Klong Toey bei Bangkok in Thailand wütete im März 1991 ein Großbrand, der am ersten Tag fünf Todesopfer forderte, an die tausend Wohnungen in einem angrenzenden Slum zerstörte und bis April 30.000 Menschen verletzte. Seit 1986 waren aus Japan und Singapore immer wieder hochgiftige Chemieabfälle

als "Rohstoffe" an thailändische Scheinadressen geliefert und in Lagerhallen und auf Hafenkais gelagert worden.[3]

Mit Konventionen gegen Müllexporte

Eine große Anzahl internationaler Organisationen, die insgesamt mehr als 100 Länder repräsentieren, hatten bereits 1989 ein Mülltransportverbot von Industrieländern in Entwicklungsländer gefordert. Zu diesen Organisationen zählen die Organisation für Afrikanische Einheit OAU, die Assoziation von AKP- und EG-Staaten, die Bewegung der Blockfreien Staaten, die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten ECOWAS, die Südatlantische Zone für Frieden und Zusammenarbeit und die Organisation Ostkaribischer Staaten.

Die am 22.März 1989 von 34 Mitgliedstaaten der Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) unterzeichnete Konvention von Basel zur 'Kontrolle grenzüberschreitender Abfalltransporte' enthält, wie ihr Name sagt, nicht das ursprünglich von vielen Dritte-Welt-Staaten geforderte Exportverbot von Industriestaaten in ärmere Länder.

Anstatt eines Verbots mit Ausnahmen gibt es eine weltweite Genehmigung mit gewissen Auflagen, die ebenso leicht eingehalten wie umgangen werden können (siehe Kasten).

Im Oktober 1991 hatten 14 Staaten die Konvention von Basel ratifiziert, zwanzig Ratifikationen sind notwendig, damit das Abkommen 90 Tage später in Kraft treten kann.

Alle afrikanischen Staaten verweigerten die Unterschrift, weil sie sich durch die Konvention nicht geschützt fühlten.Die Organisation für Afrikanische Einheit OAU entschloß sich daraufhin im Juni 1989, eine eigene Konvention auszuarbeiten: Alle Müllimporte einschließich radioaktiver Abfälle aus Industriestaaten in irgendein Mitgliedsland sollten verboten werden.

Anfang Februar 1991 wurde in der Hauptstadt von Mali die "Bamako Convention on the Ban of the Import into Africa ...of Hazardous Wastes..." beschlossen, sie wird demnächst in Kraft treten.

Bereits im Vorfeld der Bamako-Konvention hatten angesichts der starken und sehr populären Politik fast aller afrikanischen Regierungen gegen Abfallimporte die Bemühungen der Müllhändler auf diesem Kontinent deutlich nachgelassen. 1991 sind keine neuen Fälle bekannt geworden.

Der nächste logische Schritt wäre nun ein Exportverbot seitens der Industriestaaten in die übrigen fünfzig Dritte-Welt-Länder in Lateinamerika, Asien, dem Mittleren Osten und nach Osteuropa.

Dies sind genau die Weltregionen, auf die sich die Planungen der Müllmakler zur Zeit konzentrieren.

Neue Strategie der Müllhändler

Die Strategie der kruden Müllverschiffung tritt nach Basel und Bamako weltweit zurück. Statt dessen werden Projekte für die Dritte Welt und Osteuropa angeboten, die meist unter den Flaggen "Recycling", "thermische Nutzung" und "Technologietransfer" segeln.

Verbrennungsanlagen für Haus- und auch Giftmüll, die gleichzeitig Energie liefern, sollen zu günstigen Bedingungen in Südafrika, Angola, Sierra Leone, Libyen, Marokko, Israel, Argentinien, Paraguay, Mexiko, der Dominikanischen Republik, Estland, Polen, der CSFR und Ungarn installiert oder sogar "verschenkt" werden. Solche "Recyclinganlagen" werden weltweit angeboten und einheimischer Müll soll mitverarbeitet werden.

Die Notwendigkeit von Exportverboten für solche Anlagen wird am Beispiel Lateinamerika besonders deutlich.

Aus Südamerika und der Karibik wurden 1990 fast wöchentlich Nachrichten über intensive Bemühungen wohlorganisierter Gruppen von Müllhändlern bekannt. Sie bieten Müllverbrennungsanlagen für Importmüll an, um "das Energieproblem" kleiner Karibikstaaten zu lösen. Sie preisen die übrigbleibenden Verbrennungsschlacken und Aschen als Straßenbaumaterial an, um "das Verkehrsproblem" zu lösen.[4]

Da sollen Batterien und Pestizidreste aus hessischen Haushalten in argentinische Verbrennungsanlagen verschifft werden, die nur auf dem Papier existieren, da wird ein Müllkraftwerk für Paraguay projektiert, ein Land, das durch den größten Staudamm der Welt bereits soviel Strom produziert, daß es ihn in andere Staaten exportieren muß.

In keinem Projekt dieser Art fehlt die Bedingung, daß die Rückstände aus den diversen Verbrennungs-, Energie- und Recyclingprojekten im jeweiligen Land verbleiben müssen. Zudem sehen die Konditionen in aller Regel einen Anteil des Exportmülls an der Verbrennung zwischen 50 und 80% vor.[5]

Ärmeren Ländern soll mit dieser Strategie der Import fortschrittlicher Technologie vorgespiegelt werden, um die Forderung nach Abfallvermeidung und Umstellung der Produktion auf "saubere Technologien" in den reichen Ländern kostensparend zu umgehen.

Der neue Drang nach Osten

Die Stasi in der alten DDR hat jahrelang mit dem Westen Müllgeschäfte gemacht: Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski nahm über die Müllfirmen seiner Kommerziellen Koordination KOKO mindestens vier Milliarden Westmark für Westmüll ein. Einige Anlagen, Kupferhütten, die zu massiven Dioxinverseuchungen der Umgebung führten, sind heute geschlossen, andere arbeiten weiter. Insgesamt nimmt der Müllimport aus dem Westen nach Osteuropa zu.

Das erste Opfer in Osteuropa nach der Öffnung der Grenzen für westliche Wirtschaftsaktivitäten war Polen:
In nur drei Jahren, bis Oktober 1991 wurden 88 versuchte (Angebot: 23 Mio t) und ca. 30 erfolgreiche Projekte (Import: 70-80.000 t) bekannt, Müll nach Polen zu bringen.

Besonders beliebt: krebserregende Lösemittel, Kabel- und Elektronikschrott, Filterstäube aus Elektrostahlwerken.

Allmählich beginnt allerdings ein polnisches Importverbot von 1989 zu wirken. Lastwagen werden heimgeschickt, Schiffsladungen festgehalten und eingeschmuggelter Giftmüll zurückgeschickt. Von den erwähnten 88 Projekten wurden 78 in den zwei Jahren vor Oktober 1990 aktiviert. Bis Oktober 1991 wurden bei gleicher Beobachtungsmethode nur noch 10 neue Projekte entdeckt. Das Beispiel Polen zeigt damit eine Möglichkeit auf, des Problems Herr zu werden[6].

Die Händler wenden sich anderen Gegenden zu. Als allgemeine Regel gilt dabei: je offensichtlicher sich ein Land aus der Staatswirtschaft löst, desto schneller sind die Müllhändler zur Stelle. Sie haben leichtes Spiel da, wo neue Verwaltungen noch im Aufbau begriffen und schwach sind.

In Georgien ist seit Frühjahr 1991 eine belgische Firma mit Müllverbrennungsplänen aktiv, mit denen sie im westafrikanischen Sierra Leone 1990 Schiffbruch erlitten hatte. In Rußland sollen im Herbst 1991 giftige Filterstäube aus westdeutschen Stahlwerken verarbeitet werden, die in Polen nicht mehr angenommen werden. In Estland soll holländischer Hausmüll verbrannt werden.

Mülldiplomatie der Bundesregierung

Nachdem 1988 ein Konflikt über Giftmüll-Exporte aus Baden-Württemberg in die Türkei zu diplomatischen Verwicklungen geführt hatte, beschloß das oberste bundesdeutsche Müllgremium, die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA), am 26./27. April 1988, daß "für Müllexporte in die Dritte Welt grundsätzlich keine Genehmigung erteilt wird" ("grundsätzlich" bedeutet, daß Ausnahmen erlaubt sind - eine Formel, die Baden-Württemberg in der Entschließung unterbrachte).

Die Bundesregierung unterstützt seitdem in der Öffentlichkeit ein Verbot von Müllexporten der Industrieländer in die Dritte Welt und kündigte im März 1989 in Basel eine entsprechende Gesetzesinitiative an.

Sie wollte während der UNEP-Verhandlungen über eine Internationale Giftmüllkonvention aber keine internationalen Bestimmungen unterschreiben, die

Zum Beispiel "Dreiecksgeschäft"

100.000 Tonnen Lackschlämme, Lösemittelreste und Altöle aus Süddeutschland sollten mit Sägemehl vermischt in der Türkei als "Ersatzbrennstoff" in einem Zementwerk ohne Abgasreinigung verheizt werden und dort pro Tonne 40 Mark einbringen. Der Müllhändler hatte bereits zwischen 500,- und 700,- Mark je Tonne Entsorgungsgebühren bei den Erzeugerfirmen kassiert. Die Firma konnte mindestens drei Millionen Mark Reingewinn erwarten. Nach öffentlichen Protesten in der Türkei und in der Bundesrepublik wurde die erste Lieferung von 1580 Tonnen aus dem anatolischen Isparta zum Stuttgarter Hafen zurückdirigiert. Dort erhielt der Unternehmer (für Kenner: Fa. Weber Industrie- und Städtereinigung Salach, Kreis Göppingen) die behördliche Auflage, die Abfälle in eine deutsche Sondermüllverbrennungsanlage zu bringen. Die Kosten hätten sich hierbei auf 1,2 Millionen Mark belaufen. Die Firma erstritt aber vor Gericht die Erlaubnis, nach Frankreich weiter zu exportieren, wo die Abfälle in einer Verbrennungsanlage in Limay bei Paris verkokelt werden. Die Kosten betragen in diesem Falle nur noch 200.000 Mark, also ein Sechstel des deutschen Preises. Zufällig liegen die genehmigten Emissionen bei Stäuben und Schwermetallen in französischen Anlagen sechs mal so hoch wie in entsprechenden bundesdeutschen Anlagen. Die Abfälle wurden als Wirtschaftsgut exportiert, unterlagen also nicht dem deutschen Abfallrecht. Erst als sie reimportiert worden waren, wurde ihr Charakter als "Sondermüll" behördlich festgestellt. Die gleiche Behörde hatte aber ein Jahr zuvor die spezifische Mischung der Stoffe als "Ersatzbrennstoff" (Wirtschaftsgut) beaufsichtigt und genehmigt, wissend, daß sie in ausländischen Zementwerken verbrannt werden sollten. Es scheint Leute zu geben, die halten Belgier und Türken und Franzosen für resistenter gegen Luftverpestung als Schwaben. Das wäre zwar beneidenswert, aber noch keine Rechtfertigung, sie mit derartigen Sendungen zu beglücken.

Das Beispiel verdeutlicht die Kosten- und Gewinnrelationen zwischen der Behandlung im eigenen Land, dem Export in Europa und dem Export in außereuropäische Gebiete.

Es zeigt, daß manchmal auch ohne Rechtshandhabe ökologische Erfolge erzielt werden können, wenn politischer Druck da ist (Türkei); es zeigt weiter, daß, wenn kein politischer Druck entfaltet werden kann (Frankreich), schärfere Vorschriften wie zum Beispiel ein klarer Abfallbegriff nötig wären, um die Schäden zu begrenzen.

etwa vorsehen sollten, daß der Entsorgungsstandard in einem Importland umwelttechnisch mindestens genauso hoch sein muß, wie in dem exportierenden Land.

Gleichzeitig versuchte sie auch eine staatliche Re-Importpflicht für Abfälle zu verhindern, die in einem Zielland keinen Empfänger fänden, illegal wären oder aus sonst einem Grund nicht angenommen werden könnten. Sie wehrte sich zudem gegen die dann doch beschlossene Anmeldepflicht beim Konventionssekretariat und den Transitländern und bekämpfte fast alle Schutzvorschriften, die Delegationen aus der Dritten Welt für ihre Länder als notwendig erachteten.

Behördeninterne Papiere aus dem Bundesumweltministerium über die internationale technische Zusammenarbeit teilen die Völker der Welt in "Industriestaaten und ...entsorgungsbereite Nationen" ein. Dies deutet darauf hin, daß die Bundesregierung die Exportoption, die eigentlich dem Bundesabfallgesetz widerspricht, noch nicht aufgegeben hat.

Die Geschäfte der westdeutschen Industrie mit den Verwaltungen auf vier großen DDR-Deponien haben bis 1990 jeden rationalen und solidarischen Umgang mit dem Exportproblem auf internationaler Ebene verhindert. Allein 1988 exportierte die BRD 680.000 Tonnen Giftmüll in die damalige DDR.(Z.Vgl.: Die USA exportierten im selben Jahr nur 141.000 Tonnen) Im Oktober 1990 wurden die DDR-Anlagen eingemeindet: die Notwendigkeit von "Exporten" in die DDR entfiel nun.

Seither kommt die Bundesregierung der weltweit erhobenen Forderung nach Exportverboten in ärmere Länder ein Stück weit entgegen. Sie arbeitet mit Griechenland, Italien und Dänemark zusammen in Brüssel auf ein Exportverbot für alle EG-Staaten in Nicht-OECD-Gebiete hin. Damit wären die ganze Dritte Welt, Osteuropa und das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion rechtlich vor Müllimporten aus der EG geschützt.

Andererseits will Bonn eine Reihe von Ausnahmen für "recyclingfähige Abfälle" durchsetzen. Das Bonner Umweltministerium hüllt sich allerdings bei der Frage, wie die deutschen Vorschriften zur Wasser- und Luftreinhaltung in den ausländischen Recyclinganlagen durchgesetzt werden sollen, in Schweigen.

Notwendigkeit von Exportverboten

Müllexport ist gezielter Export von Umweltbelastungen. Er ist nicht nur unverantwortlich gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen, sondern er ist auch unsolidarisch gegenüber der jetzt lebenden Menschengeneration. Er bürdet die Umweltvergiftung als Folgeerscheinung des Konsumismus anderen auf, die dessen Genüssen nicht teilhaftig werden und sich dagegen nicht wehren können. Bevor die Exportpraxis nicht beendet wird, gibt es auch keinen Einstieg in abfallarme Produktionstechnologien.

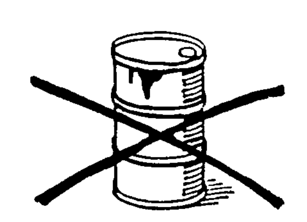
Die immer massiveren Exporte von verseuchten Böden auf ausländische Deponien und in Verbrennungsanlagen behindern die Durchsetzung von Sanierungstechnologien vor Ort, die dringend notwendig sind. Stattdessen wird die Bevölkerung mit Verweis auf die Notlage und drohende Arbeitsplatzverluste mit Sondermüllverbrennungsplanungen in Dimensionen und an Standorten konfrontiert, die angesichts der tatsächlichen Umstellungs- und Vermeidungspotentiale in diesen Industrien völlig unverantwortlich sind.

Mehrere Arbeiten des Umweltbundesamtes aus den vergangenen Jahren zeigen bei bestimmten Arten von Abfällen die in der Bundesrepublik bereits vorhandenen Vermeidungspotentiale, die durch technische Umstellung bei der Produktion und der Bearbeitung erzielt werden können. Gleichzeitig benennen diese Untersuchungen auch die Voraussetzungen für die Realisierung dieser Potentiale. Allein bei den vier Hauptgruppen brennbarer Sonderabfälle erwiesen sich bis zu 80 Prozent (Schnitt 63 Prozent) innerhalb von zehn Jahren als vermeidbar. Das heißt, die Steigerungsraten bei Sonderabfällen können nicht nur abgefangen, sondern die Gesamtmenge kann auch drastisch gesenkt werden.[7]

Andreas Bernstorff

Anmerkungen:

1): ab hier, soweit nicht anders nachgewiesen, Andreas Bernstorff/Jim Valette: Der internationale Müllhandel - ein Greenpeace-Dossier Hamburg, Zürich, Wien, erscheint 1992.
2): Waste Trade Update 2/3 15.7.89. Greenpeace, Washington D.C.
3) Los Angeles Times 2.4.91
4): Ruben Nicotera/Andreas Bernstorff: Müllexportprojekte nach Lateinamerika 1989-91, Hamburg 1991
5): Andreas Bernstorff: Der Müllkolonialismus verändert sein Gesicht- Neue Entwicklungen im internationalen Müllhandel, in: Wolfgang Hein (Hg.): Umweltorientierte Entwicklungspolitik, Schriftenreihe der Übersee-Institute, Hamburg 1991
6): Jim Puckett/Andreas Bernstorff: Polen. Die Müllinvasion. Ein Greenpeace-Dossier, Warschau/Brüssel 1990
7): vgl. bereits Jahresbericht des Umweltbundesamtes, 1988).





UNCED-Info (2)



Die UNCED-Maschinerie läuft auf Hochtouren. Eine Tagung jagt die andere, die letzte und entscheidende Sitzung des Vorbereitungskomitees (Prepcom), die vom 9.März bis 3.April 1992 in New York stattfinden wird, rückt in bedrohliche Nähe. Auch die Bundesregierung will bis zum 3. Dezember ihren abschließenden Bericht für die UNCED-Konferenz vorgelegt haben.

Vor diesem Hintergrund trafen sich am 18. und 19. November VertreterInnen deutscher und internationaler Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen zu einem Workshop in Bonn, um "...sich in die Diskussion um eine weltweite umweltverträgliche Entwicklung einzuschalten." So die Veranstalter, die von den beiden großen deutschen Naturschutzverbänden BUND und Deutscher Naturschutzring (DNR) getragene und vom Umweltministerium mit 800.000 DM unterstützte "Projektstelle UNCED'92".

Die Vermutung der Veranstalter, daß es hierzu "höchste Zeit" sei, ist angesichts der sich schon in der Endphase befindlichen offiziellen Vorbereitung gelinde gesagt ein Euphemismus. Tatsache ist: die deutschen Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen haben eine wichtige internationale Diskussion schlicht und ergreifend verschlafen. Die Untätigkeit gerade deutscher Nichtregierungsorganisationen (NGO) auf internationaler Ebene wurde von den auf dem Bonner Workshop anwesenden VertreterInnen internationaler NGO's auch deutlich kritisiert.

Dieses Manko sollte der Bonner Workshop in einem ersten Schritt beseitigen helfen. Zu diesem Zweck wurden in vier Arbeitsgruppen (Klima und Entwicklung, Schutz globaler Ökosysteme, Erhalt der Artenvielfalt, Ressourcenverbrauch und internationale Handelsbeziehungen) nach intensiven Diskussionen Positionspapiere erarbeitet, die dem BUND und DNR als Grundlage für die weitere Verhandlung mit der Bundesregierung in dem nationalen Komitee zur Vorbereitung der UNCED dienen sollen. Zudem sollen die Papiere mit der Bitte um Stellungnahme allen relevanten Umweltverbänden und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zugestellt werden, um so die Diskussion auf eine repräsentativere Basis zu stellen.

So weit der lobenswerte Vorsatz des Bonner Workshop. Leider war den unter großem Zeitdruck entstandenen Positionspapieren eine gewisse Hilflosigkeit anzumerken. Von Schuldenerlaß bis Demokratisierung der UNO, von der Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsstruktur bis zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaften - eine Fülle von im übrigen nicht gerade neuen Forderungen wurde zusammengetragen. Die zentralen Fragen drohten in der Fülle dieser Forderungen unterzugehen.

Einige dieser Fragen hatte Wolfgang Sachs vom Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen in seinem Eingangsreferat angesprochen: Ausstieg aus dem "Entwicklungsrennen" oder erweiterte Herrschaft über die Natur ? Verkürzung der Ökologie auf "effizientes Ressourcenmanagement" oder "weise Selbstbeschränkung"? Kann die Industriegesellschaft ökologisch modernisiert werden oder ist sie per se unökologisch?

Die angedeutete Hilflosigkeit mag dabei durchaus etwas mit dem von Sachs angesprochenen Zusammenhang zu tun haben, wonach sich das "Protestwissen" der Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung der 70er- Jahre mittlerweile in "Herrschaftswissen" verwandelt habe und nun mit denselben Begriffen aber anderen Inhalten wieder auf die Oppositionsbewegungen herabregne. In der Tat scheint dieser Transformationsprozeß immer schneller abzulaufen und demzufolge die Besetzung und Definition von Begriffen (etwa "nachhaltige Entwicklung" oder "ökologischer Umbau der Industriegesellschaften") der Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung immer schwerer zu fallen. Vielleicht sollte sich die Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung künftig wieder stärker auf diese Fragen konzentrieren anstatt atemlos dem technokratischen Wissen der internationalen Expertokratie hinterherzurennen.

Der Bonner Workshop stand ganz im Zeichen des Modebegriffs "lobbying". Es soll Einfluß genommen werden. Worauf und auf wen bleibt leider oft unklar. Wird die Bundesregierung tatsächlich bereit sein, sich von den NGO's ins Geschäft reinreden zu lassen, oder werden die Positionen der deutschen NGO's nicht, wie

Wichtige Termine:

17.-20.12.91	Globale NGO- Konferenz zur Vorbereitung der UNCED in Paris.
Februar 1992	Forum Eco '92 des Centre for our Common Future in Rio/Sao Paulo.
März 1992	Forum Eco'92 des Centre for our Common Future in New York.
9.3-3.4.92	Letzte Tagung des Prepcoms in New York.
22.-29.3.92	Weltjugendforum zur Vorbereitung der UNCED in San Jose.
18.-30.5.92	Weltkonferenz indigener Völker zu Umwelt und Entwicklung in Rio.
1.-12.6.92	UNCED in Rio.

Bernd Ulrich in der taz vom 19.11. feststellte, von Umweltminister Töpfer als Argumentationsfutter für seine kabinettsinterne Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsminister ge- bzw. mißbraucht? Der katastrophale erste Entwurf des nationalen Berichtes der BRD für die UNCED, den Barbara Unmüßig zu Recht als "wertloses Papier" bezeichnete (Infomationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, September 1991) , deutet in diesem Zusammenhang eher auf Letzteres hin.

Godfrey K. M'Mwereria vom Southern Network for Development in Nairobi, einziger afrikanischer Vertreter in Bonn, kritisierte zudem, daß die Lobby-Arbeit der "nördlichen" NGO's zu sehr auf deren Regierungen ausgerichtet sei. Statt dessen sollten sie lieber konsequent aus der "Perspektive der Opfer" heraus argumentieren und als Lobby für die Positionen des Südens fungieren. M'Mwereria kritisierte, daß derzeit kein wirklicher Dialog zwischen NGO's aus dem Süden und dem Norden existiere, es sei vielmehr ein Monolog der NGO's aus dem Norden, die vorgäben, für die Menschen des Südens zu sprechen. Eine deutliche Kritik, die zwar heftiges Kopfnicken aber keinerlei Konsequenzen nach sich zog, denn auch auf dem thematisch überfrachteten Bonner Workshop wurden die ohnehin wenigen VertreterInnen des Südens an den Rand gedrängt.

Bleibt zu hoffen, daß die in Bonn begonnenen Diskussionen nicht in blindem Lobby- Aktionismus fortgeführt werden, um nach dem großen Ereignis in Rio wieder abzuflachen. Ein Durchbruch für eine neue Ära in der Umwelt- und Entwicklungspolitik ist in Rio nicht zu erwarten. UNCED darf nicht für das Ende sondern muß für den Beginn eines Prozesses stehen.

Michael Knüfer

A SEED

Die Kampagne A SEED (Action for Solidarity,Equality, Environment and Development) wird von der European Youth Forest Action (EYFA), dem europäischen Netzwerk für Jugendumweltverbände im Hinblick auf UNCED koordiniert. Ziel ist es, eine möglichst breite Plattform für die Forderungen der Jugend an die UNCED zu schaffen. Grundlage für eine Plattform sind bisher Forderungen, nach einem sofortigen Schuldenerlaß oder der Verringerung des Primärenergieverbrauchs in den Industrieländern um 50 % bis zum Jahr 2025.

In Deutschland sind an den nationalen Vorbereitungen zur A SEED-Kampagne vor allem die BUND- Jugend und die Naturschutzjugend beteiligt.

Geplant für 1992 sind im März drei internationale Jugendkonferenzen in Europa, ab März Aktionen, Seminare, Demonstrationen, eine Kampagne "mobil ohne Auto" und parallel zur Konferenz in Rio ein großes Festival in Freiburg. Kontakt: A SEED- Büro, Eschholzstr.86, 7800 Freiburg.

aus: Projektstelle UNCED'92, UNCED- Ein Leitfaden.

Eisenerz und Tropenwald.

Die Tagung "Deutsche Interessen am Amazonas" in Mülheim/ Ruhr

Räuber haben sich des Amazonas' bemächtigt", sagt Egydio Schwade, Indianermissionsrat und Gewerkschafter aus Manaus. Intellektuell und emotionsloser ist das Urteil von Ricardo Reboucas vom brasilianischen Institut für soziale und ökonomische Analysen (IBASE). Für ihn ist es schlicht "wilder Kapitalismus", der sich in Brasilien und speziell im Umfeld des Projeto Ferro Carajas, 550 Kilometer südlich von Belem gelegen, Bahn bricht. Die beiden Brasilianer waren Teilnehmer einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr, die sich Anfang Oktober mit den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen des Rohstoff- und Industrialisierungsprojekts in Grande Carajas beschäftigte. Zum TeilnehmerInnenkreis gehörten außerdem VertreterInnen der Wirtschaft und von Solidaritätsgruppen.

Schon bald offenbarte sich eine fundamentale Kommunikationstörung zwischen den Vertretern der Wirtschaft einerseits und den brasilianischen Betroffenen und den Solidaritätsgruppen andererseits. Denn während die ersteren sich ausschließlich auf das Gebiet der Eisenerzmine bezogen, diskutierten letztere im Rahmen des Programa Grande Carajas.

Und ähnlich waren die Kommunikationsprobleme auch bei der Diskussion um Lösungsansätze. Hier argumentierten die Vertreter der Wirtschaft rein aus markt- bzw. betriebswirtschaftlicher Sicht. Also im vorgegebenen politischen Rahmen, Umweltschutz eher als Reparaturansatz verstehend. Dagegen stellte die Gegenseite den Rahmen in Frage. Die

Schnittmenge der beiden Gruppen war konsequenterweise gering, dürftig also der Gewinn der Tagung.

Grande Carajas - Die Folgen der brasilianischen Entwicklungsplanung sind bekannt: die Lebensgrundlage der Indianer wird zerstört, sie werden vertrieben und ausgerottet. Der Tropenwald wird durch das Quecksilber der Goldsucher verschmutzt, riesige Urwaldflächen stehen alljährlich in Flammen oder werden abgeholzt. Die Kritiker weisen die Schuld an dieser Entwicklung auch den Betreibern des Eisenerzabbauprojekts in Carajas zu, das nur einen Bruchteil des "Programa Grande Carajas" ausmacht.

In dem 4.290 qkm umfassenden Konzessionsgebiet wird von der Compania Vale do Rio Doce (CVRD) seit 1986 Eisenerz mit sehr hohem Eisengehalt (67 Prozent) im Tagebau abgebaut. Der Rohstoff wird auf der eigens errichteten Eisenbahnlinie zum 890 Kilometer entfernten, ebenfalls neu angelegten Tiefseehafen in San Luis befördert. Drei Milliarden US-Dollar sind investiert worden, darunter 54 Millionen für den Umweltschutz. Die gingen u.a. in Maßnahmen zum Landschaftsschutz an den Großbaustellen und in den Bau von Rückhaltebecken für verunreinigtes Wasser sowie um gesicherte Abraumhalden zu schaffen. Gleichzeitig errichtete die CVRD Schutzzonen und Naturschutzgebiete. "Große Behutsamkeit" konstatierte 1986 selbst ein Vertreter des World Wildlife Fund der CVRD.

Daß das Eisenerzabbauprojekt dennoch im Kreuzfeuer der Kritik steht, ist vor allem ihrer "Aufhängerfunktion" geschuldet. Denn die Erzmine ist das Herzstück eines weit größer angelegten Regionalentwicklungsplanes, dem Programa Grande Carajas. So wurden der Staudamm von Tucurui, vier Eisenerzhütten, Aluminiumhütten und Zementfabriken und eine Reihe von Landwirtschaftsprojekten umgesetzt; weitere Projekte liegen aus Geldmangel auf Eis. Allein der Stausee von Tucurui ertränkte 2.435 qkm Tropenwald, eine Fläche so groß wie das Saarland. Die Eisenerzhütten werden mit Holzkohle befeuert, für die jährlich riesige Regenwaldflächen in Rauch aufgehen. Die gesetzlich vorgeschriebene Wiederaufforstung bleibt unbeachtet. Die Großprojekte zogen Arbeitssuchende an, für die es nach Fertigstellung keine Beschäftigung mehr gab. Sie leben unter katastrophalen Bedingungen, in Städten ohne Infrastruktur und verdingen sich als Holzköhler, Campesinos oder suchen Gold. Dabei scheren sie sich weder um Reservatsgrenzen von Indianergebieten noch Belange der Umwelt. Verschärfend wirken die Bodenspekulationen, in deren Gefolge es vermehrt zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Campesinos und Großgrundbesitzern kommt.

Für den Politologen Elmar Altvater ist das die Kehrseite der "wohlorganisierten Enklave" des Eisenerzabbauprojektes. Zentral geplant, wurde ausschließlich auf die exportorientierte Einbindung in den Weltmarkt bzw. die Importsubstitution gesetzt. Die kapitalintensiven Projekte wurden mit Krediten finanziert. Sie trugen erheblich zur Verschuldung des Landes bei, ohne daß sie viele Arbeitsplätze geschaffen hatten, geschweige als Motor einer regionalen Entwicklung wirkten.

Für die negativen Begleiterscheinungen in der Region möchte José Clovis Ditzel, Vertreter der CVRD, nicht die Verantwortung übernehmen. Die ordnungspolitische Konzeption liege in den Händen des Staates. Sein Unternehmen müsse kostenorientiert auf dem Weltmarkt bestehen und "könne nicht alle beschäftigen, die an die Tür der CVRD klopfen würden". Zuständig ist die Gesellschaft für das Konzessionsgebiet, in dem der Urwald bis auf die Grube intakt sei. Die Zerstörung des Urwaldes geht seiner Ansicht nach zu 80 Prozent zulasten der Landwirtschaft. Unterstützung findet er für seine Argumentation beim Vorstandsmitglied von Thyssen, Helmut Wilps, für den mit der Schließung der Grube keines der Umweltprobleme zu lösen sei.

Während die Vertreter der Industrie sich in ihren Beiträgen ausschließlich auf eine das Gebiet der Eisenerzmine betreffende Diskussion einlassen wollten, betonten die Betroffenen aus der Region, unterstützt von Anwesenden aus Solidaritätsgruppen, die Ereignisse im Umfeld. Denn sie leiden an der Bodenspekulation, der Verschmutzung des Wassers, an der schlechten Infrastruktur. Vor allem aber sind sie den Großgrundbesitzern hilflos ausgeliefert, die sich mit Hilfe von gedungenen Killern Recht verschaffen. Atanagildo de Deus Matos vom Direktorium der Landarbeiterförderation in Para betont die Zunahme der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Für die Campesinos bleibt nur die Möglichkeit, zu kämpfen oder wegzuziehen: weiter in den Urwald hinein.

So einfach die Beschreibung der Gegenwart noch ist, so schwierig wird es mit der Zuweisung von Verantwortung oder gar Auffinden von Lösungsansätzen. Der Politologe Lothar Brock konstatiert eine Korruption der Wahrnehmung aller Beteiligten. Er meint damit, daß immer nur die Verantwortung von anderen überhaupt wahrgenommen wird. So weist CVRD auf ihre Umweltschutzbemühungen hin, der brasilianische Staat auf die zurückzuzahlenden Auslandsschulden, die deutschen Einkäufer auf die positiven Umwelteffekte im Ruhrgebiet aufgrund des hohen Eisenerzgehaltes. Dieses Abschieben von Verantwortung ist aus Sicht der einzelnen Parteien durchaus verständlich, führt aber zum sozialen und ökologischen Desaster. Eine Lösung sieht Ricardo Rebouças nur im Rahmen einer ökologischen und demokratischen Entwicklungsplanung, die die Menschen in den Entwicklungsprozeß einbezieht. Und das geht nur, "wenn man mit den Strukturen der Ungleichheit bricht".

Solange können die Betroffenen nicht warten. Sie setzen auf die Solidarität der Deutschen; auf den Druck, den sie auf die brasilianische Regierung ausüben können. Die deutsche Parteinahme für die betroffenen Menschen ist begrüßenswert. Sie gerät aber ebenfalls zur korrupten Wahrnehmung, wenn sie den eigenen Anteil an der Entwicklung nicht wahrnimmt und den status quo in Deutschland - aus Carajaserz werden u.a. Bleche fur die Autoproduktion hergestellt - ausklammert. So wurde auf der Tagung zwar die gesamten Probleme aufgezählt, was zum Schluß aber fehlte war nicht nur die Aussicht auf Besserung, sondern auch Konkretes.

Als nachteilig stellte sich vor allem heraus, daß die eingeladene brasilianische Regierung durch Abwesenheit glänzte, damit die für die Rahmenplanung im Gebiet Verantwortliche nicht gehört werden konnte. Insofern erwies sich die Form eines Hearings als wenig brauchbar, weil sie in unangemessener Form die Erzminenabbaugesellschaft in die Verteidigungsrolle drängte.

Michael Netzhammer

Jazz auf arabisch Arabisch auf Jazz

Der libanesische Musiker Rabih Abou Khalil

Was uns verbindet, ist der Geist der Improvisation", sagt Rabih Abou Khalil mit leicht bayrischem Akzent, nimmt rasch einen Schluck aus der Kaffeetasse und meint lächelnd: "Das ist ja das eigenlich Großartige, im Jazz wie in der arabischen Musik: Es sind Geschichten, die erzählt werden".

Eine Stecknadel hätte man fallen hören können beim Konzert des libanesischen Lautenspielers und Flötisten Rabih Abou Khalil während der Leverkusener Jazztage im vergangenen Oktober. Still und konzentriert lauschend, standen die ZuhörerInnen bis draußen auf die Straße. Manchen war anzusehen, daß sie in der Phantasie auf Zeitreise gingen: Vielleicht in die Frühzeit der arabischen Kultur. Rabih Abou Khalil trat in Leverkusen zusammen mit dem berühmten iranischen Dombac-Trommler Mohammad Tahmassebi und dem kalifornischen Bassisten Barre Phillips auf.

Unter Jazzfans und Anhängern arabischer Musik gilt Rabih Abou Khalil seit langem als Geheimtip. Geboren im libanesischen Masgara, begann er schon als Kind das "Oud" zu spielen, die arabische Laute. Er studierte Musik in Beirut, unter anderem bei Georges Farah und Josef Severa, dem ersten Flötisten der Prager Philharmoniker. 1978 zwang ihn der Bürgerkrieg, den Libanon zu verlassen. In München, wo er heute mit seiner Frau und seiner Tochter lebt, studierte er klassische Querflöte. Von dort aus reiste er mehrmals nach Damaskus und Aleppo, um sich in arabischer Musik weiterzubilden.

Abou Khalil komponiert arabische Musik, was Skalen, Rhythmen, Melodien angeht. Die besondere Note: Er spielt sie zusammen mit bekannten Jazzmusikern aus aller Welt, darunter die Saxophonisten Charlie Mariano und Sonny Fortune, der indische Trommler Ramesh Shotham, der "Oregon"-Bassist Glen Moore und der Allroundmusiker Glen Velez. Was dabei herauskommt, sind weder esoterische Klänge noch anheimelnde Folklore. Es handelt sich um eine neue Art arabischer Musik, beeinflußt vom Jazz, von der indischen und gelegentlich sogar der japanischen Musik. "Der arabischen Musik eine andere Farbe geben"; so umschreibt Abou Khalil seine Zielsetzung. Seine genaue Kenntnis arabischer und westlicher Musik machen es Abou Khalil möglich, als Vermittler zwischen den Traditionen zu wirken, westlichen Musikern die arabische Musik nahezubringen und ihre Schwierigkeiten dabei nachzuvollziehen.

Rabih Abou Khalils Interesse an fremden Musikern entspringt dem Bedürfnis, die eigene arabische Musiktradition zu bewahren und weiterzuentwickeln, eine Tradition, die für ihn durch das unkritische Kopieren westlicher Popmusik massiv bedroht ist. Er bedient sich ausschließlich akustischer Instrumente, elektrische und elektronische Musik lehnt er ab. Fast ein wenig puristisch, wenn man bedenkt, daß moderne arabische Komponisten wie zum Beispiel Ziad und Elias Rahbani aus dem Libanon seit Jahrzehnten mit elektrischen Instrumenten arbeiten. Worauf es Abou Khalil ankommt, hört man bei seinen Konzerten vor kleinem Publikum und auf seinen Alben: Musik ist hier kein Konsumartikel für anonyme Massen, sondern die direkte Verständigung, ein Austausch, zwischen Musiker und Zuhörer, zwischen Musiker und Musiker. Was da auf der Bühne passiert, ist ebenso wie improvisierter Jazz nicht jederzeit auf die gleiche Weise abspielbar. Es entsteht vielmehr eine Atmosphäre der Vertrautheit, der Ruhe und Intimität, die die ZuhörerInnen zu Beteiligten macht und sie aus ihrer Konsumentenrolle herausreißt.

Musik ist für Abou Khalil aber auch die handwerkliche und künstlerische Weiterentwicklung einer Tradition. Kritiker empfehlen Abou Khalils virtuoses Lautenspiel als eine "Lektion für Jazzgitarristen". Die arabische Laute, das "Oud" ist das zentrale Kompositionsinstrument in der arabischen Musik, von seiner Bedeutung her vergleichbar mit dem Klavier in Europa. In den arabischen Ländern ist die kurzhalsige Laute mit fünf bis sechs Doppelsaiten das meistverbreitete Instrument. Ihr Klang erinnert die AraberInnen an das "Zwitschern der Vögel in den Ästen des Baums, aus dessen Holz das Oud gemacht ist." (Covertext des Albums "Bukra"). Über Andalusien drang das Oud im Mittelalter nach Europa, wo es sich unter anderem zur Gitarre fortentwickelte.

Abou Khalil setzt sich ständig mit der klassischen arabischen Musik auseinander, besonders mit dem Gesang. "Traditioneller als die Traditionalisten", läßt er sich immer wieder von alten Plattenaufnahmen inspirieren. Die gesungene Dichtung spielte schon im vorislamischen Arabien kulturell eine bedeutende Rolle. Aus dem mittelalterlichen Andalusien sind die "muwassahat", kunstvolle Singdichtungen überliefert, die bis heute gesungen und auf Kassetten verkauft werden. Die arabischen Instrumente haben meist den Tonumfang einer menschlichen Stimme - das heißt, ein Ton muß immer auch singbar sein und umgekehrt. Das "arabischste " Album von Rabih Abou Khalil heißt nicht ohne Grund "nafas", arabisch für "Atem". Der Atem bestimme die Grundstruktur der arabischen Musik, sagt Abou Khalil, anders als in der westlichen Musik, wo die Kunst oftmals in schnellen, sich überschneidenden Läufen bestehe.

Wie seit jeher, genießen die Sängerinnen und Sänger auch heute große Popularität in den arabischen Ländern. Viele arabische Jugendliche können die anspruchsvollen Lieder von Feiruz (Syrien) und die der 1974 verstorbenen Umm Kalsoum (Ägypten) auswendig. Auf sie bezieht sich Rabih Abou Khalil, vor allem aber auf die "klassischen" Sänger und Komponisten: die Libanesen Wadih As-Safi und Farid Al-Atrasch, den Ägypter Riad El-Sonbati und nicht zuletzt auf den 1991 verstorbenen berühmten ägyptischen Musiker Mohammed Abdel-Wahhab. Mohammed Abdel-Wahhab, der die meisten Lieder für Umm Kalsoum schrieb, hatte in den 50er und 60er Jahren Tango- und Walzerelemente in die arabische Musik eingeführt und galt als der große Erneuerer in der arabischen Musikszene. Rabih Abou Khalil selbst ist jedoch kein Sänger, sondern erzählt Geschichten mit dem Instrument. "Das ist verstehbar, auch über kulturelle und sprachliche Grenzen hinweg," sagt er.

Während Rabih Abou Khalil in Europa dabei ist, sich einen Namen zu machen, hat er in den arabischen Ländern bislang nur vereinzelt Gelegenheit, aufzutreten. "Das ist oft ein finanzielles Problem", meint er achselzuckend, "und die politische Situation ist ja auch nicht gerade günstig. Wenn's in der Politik kriselt, leiden die Künstler als erste."

Martina Sabra

Rabih Abou Khalil's Platten (chronologisch):
"Compositions and Improvisations" (1984 bei MMP, Abou Khalil's eigener Plattenfirma), "Between Dusk and Dawn" (mit Charlie Mariano), "Nafas" (auf ECM), "Bukra", "Roots and Sprouts". Die neueste CD aus dem Jahre 1991 trägt den Titel "Al-Jadida" (auf ENJA).

Die arabische Einheit ist vordringliches Ziel

Fatale Einschätzung zum Golfkrieg

Der arabische Widerstand, wie er sich während der letzten Golfkrise und des darauffolgenden Krieges zeigte, offenbarte einen gewissen Mangel an Feinderkennung. Parolen gegen die USA und für eine gerechte Lösung des Palästinakonfliktes standen zwar zu Recht im Vordergrund, verdrängten aber die Infragestellung von Bündnissen mit arabischen Diktaturen und von reaktionären (islamischen) Tendenzen innerhalb der Widerstandsbewegung selbst. Beispiel dafür ist das Buch von Karam Khella, der an der Universität Hamburg Sozialpädagogik lehrt.

Khella geht zunächst zurück zu den Anfängen der modernen arabischen Geschichte unter Muhammad Ali (1805-1848) in Ägypten und der beginnenden europäischen Einmischung in Politik und Wirtschaft des Orients. Er schildert, wie die europäischen Mächte, das Osmanische Reich und die sich bildende eigenständige arabische Macht in Ägypten versuchten, sich gegeneinander auszuspielen. Durch die "Teile und Herrsche"-Politik verhinderten europäische Kolonialmächte das Entstehen einer potentiellen Konkurrenz im Nahen Osten. Der historische Abriß ist etwas knapp, wenn man sich ohne Vorwissen eine Grundlage für das Verständnis arabischer Geschichte verschaffen will. Der Autor konzentriert sich bei seiner Darstellung auf die Renaissance der panarabischen Bewegung im letzten Jahrhundert und auf die permanenten und letztlich erfolgreichen Versuche Europas, diese zu bekämpfen.

Was schon in den ersten Kapiteln auffällt, ist Khellas Heroisierung des arabischen Widerstands, die sich auch in entsprechend pathetischem Vokabular ausdrückt. Ausführlich geht Khella auf die postkoloniale Geschichte des Irak ein und berichtet mit Pathos und vielen Schlagwörtern von dem tapferen Kampf gegen die britische Imperialmacht und den mit ihr kollaborierenden Regierungen: *"Der Kampf zwischen dem irakischen Volk und den von England unterstützten Regierungstruppen hielt über zwei Wochen an und forderte auf der antiimperialistischen Seite 104 Märtyrer (...) Selbst die islamische Geistlichkeit (...) trat für die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft und den Sturz des Volksverräters Nuri as-Sacid ein (...)"* (S.74).

Noch zwei Dinge fallen bei der Lektüre auf: Während Khella sicherlich zu Recht die Regierung von Nuri as-Sacid (1954-1958) als "Terrorregime" (S.71) bezeichnet, scheint für ihn die Epoche seit der Revolution von Abd al-Karim Qasim 1958 und die spätere Machtübernahme durch die Baath-Partei keiner besonderen Kritik mehr bedürftig. Auf Seite 110 stellt er fest: *"Offenbar ist das irakische Regime fest verankert."* Man möchte hinzufügen: durch seinen bestens funktionierenden Repressionsapparat. Außerdem sucht man vergeblich einen Satz über die kurdische Bevölkerung des Irak bzw. die Legitimität der Ausdehnung arabischer Territorien auf kurdisches Gebiet. Khella vertritt vielmehr die Ansicht, im Nahen Osten gebe es ausschließlich *"die arabischen Völker, die einen Lebensraum bewohnen, der sich erstreckt von der Atlantikküste bis zum Arabischen Golf im Osten (...). Die arabischen Völker fühlen sich als zusammengehörig und betrachten die arabische Einheit, auch die staatspolitische, als vordringliches Ziel."* (S.123). Nicht Demokratie, Gleichberechtigung oder Freiheit von Ausbeutung werden hier zu vordringlichen Zielen erklärt, sondern "Einheit". Da sich der Autor diese Art von arabischem Nationalismus zu eigen macht, verwundert es nicht, daß er in seinem Buch schließlich die Legitimität des irakischen Einmarsches in Kuwait herleitet. Das Wort "Einmarsch" benutzt er allerdings nur an einer Stelle, sonst heißt es *"irakisch- kuwaitischer Zusammenschluß"* (S.109) oder *"Wiederherstellung der Vereinigung des Irak"* (S.124). Khella trifft diese Wortwahl, weil Kuwait nur ein vom Kolonialismus geschaffenes Gebilde sei. Die kuwaitische Bevölkerung habe den Anschluß an den Irak befürwortet, er sei bislang nur vom kuwaitischen Sabah-Clan verhindert worden. Die künstlich gezogenen Grenzen des Nahen Ostens als Ergebnis des Kolonialismus brauchen nicht unumstößlich zu sein, doch scheinen mir Krieg und Diktatur nicht die geeigneten Mittel, ihre Abschaffung durchzusetzen. Auch die Vereinigung Syriens und Ägyptens zur Vereinigten Arabischen Republik von 1958-61 scheiterte ja schließlich an der rigorosen Bevormundungs- und Repressionspolitik Nassers.

Das letzte Drittel des Buches ist eigentlich ein Anhang und besteht aus Vorträgen, die Karam Khella auf Veranstaltungen während des Golfkrieges gehalten hat. Er analysiert hier den Golfkrieg im Hinblick auf die internationale Lage, die Rolle der USA, der Sowjetunion, der BRD, der UNO etc. Gegen Ende des Buches überwiegen Schlagwörter und Parolen, die nach der Niederlage des Irak umso hohler klingen: *"Trotz alledem gibt es keine Anzeichen dafür, daß der Irak im Begriff wäre zu kapitulieren. Dank seiner klugen Verteidigung und seiner intelligenten Kriegsvorbereitung hat sich der Irak der militärischen Offensive der Aggressoren widersetzen können. Schon jetzt hat die Wehrhaftigkeit und Widerstandskraft des Iraks weltgeschichtliche Veränderungen bewirkt, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.(...)"* (S.133) Als eine dieser Veränderungen bezeichnet er das Erwachen antiimperialistischer Bewegungen in verschiedenen NATO-Ländern. *"Universalgeschichtlich handelt es sich um die bisher größte weltweite antiimperialistische Solidaritäts- und Kampffront."* (S.136) Bleibt zu hoffen, daß diese Bewegungen nicht so stark auf Saddam gesetzt haben, wie Khella ihnen unterstellt. Denn dies würde bedeuten, daß sie dabei alles verloren hätten.

Günther Orth

Karam Khella: Golfkrieg. Vorgeschichte, Zusammenhänge, Hintergründe, Folgen. Theorie und Praxis Verlag Hamburg 1991, 136 S.

Vier neue Bücher von lateinamerikanischen AutorInnen

Das ist kein Lesestoff für beschauliche Winterabende. Die Sprache oszilliert zwischen dem Aufschrei geknechteter Menschen, der inzwischen 500 Jahre durch die Geschichte hallt und der Suche nach der fast schon verlorenen Identität. Alle schreiben sie an gegen das Vergessen und gegen die offizielle Geschichtsschreibung.

Mauricio Rosencof und Eleuterio Fenàndez Hiubrodo
Wie Efeu an der Mauer Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur
Verlag Libertäre Assoziation
414 Seiten, 28,-DM

Ende der sechziger Jahre waren die Tupamaros, eine Guerillaorganisation aus Uruguay, für viele 68er hier in den Metropolen eine Legende. Revolutionäre Phantasien wurden mangels Umsetzungsmöglichkeiten hier, auf die "Tupas" projiziert. Die heutigen Mandarine der Macht in der BRD haben ihre Träume von damals längst verdrängt. Nicht so die noch lebenden Mitglieder der Tupamqros MLN, die zwar den bewaffneten Kampf aufgegeben haben, aber sich nicht in das System integrieren ließen. Sie sind heute aktiv in dem starken Linksbündnis Frente Amplio. **"Wie Efeu an der Mauer"** ist ein Buch von zwei Mitgliedern der Tupamaros. **Mauricio Rosencof und Fernàndez Hiubodro** sind 1972 verhaftet worden. Sie verbrachten unter der Militärdiktatur mehr als dreizehn Jahre in den Kerkern der Militärs. Der Kern des Buches beschreibt die unvorstellbar menschenunwürdigen Bedingungen der Verliese, die Einzelhaft und die Folterungen. Und trotzdem, Mauricio und Fernàndez klammerten sich mit übermenschlicher Kraft an ihre Würde als Mensch, um sich vor dem System zu retten, das sie in den Wahnsinn treiben wollte. Allein schon die Schilderungen, wie sie es schafften, trotz strengster Überwachung miteinander zu kommunizieren, und so überleben zu können, macht für Minuten sprachlos. Auch dieses Buch ist ein Projekt der Erinnerung, sie vermoderten nicht in den Knästen, sondern haben uns viel zu erzählen.

Eduardo Galeano
Das Buch der Umarmungen
271 Seiten, ca. 32,-DM
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1991

Eduardo Galeano stellt über sein aktuelles Buch, **"Das Buch der Umarmungen"** ein afrikanisches Sprichwort: "Solange die Löwen nicht ihre eigenen Historiker haben, werden die Jagdgeschichten weiterhin den Jäger verherrlichen". Wie in seiner berühmten Trilogie "Am Anfang war das Feuer" arbeitet er als Spurensucher in der Geschichte. In verschiedenen Szenen beleuchtet er plastisch Geschichte und Gegenwart. Er kann so, besser wie jede soziologische Arbeit, Realitäten in Lateinamerika aufschlüsseln. "Im Jahr 1524 errichtete der Mönch Bobadilla im Dorf Managua einen großen Scheiterhaufen und warf die Bücher der Indios in die Flammen. Diese Bücher aus Hirschleder enthielten Bilder in zwei Farben: rot und schwarz. Jahrhundertelang wurde Nicaragua belogen, ehe General Sandino diese Farben wählte, ohne zu wissen, daß sie der Asche der nationalen Erinnerung entstammen." Seine Sätze stoßen wie Flammen in die dunkle Nacht der postmodernen Gleichgültigkeit. Sie lassen einen nicht mehr los.

Karl Ludoif Hübener/Eva Karnofsky/Pilar Lozono (Hg.)
Weiss-Buch Lateinamerika
Peter Hammer Verlag
170 Seiten 19,80 DM, Wuppertal 1991

Das **Weiss-Buch Lateinamerika** enthält Texte von LateinamerikanerInnen, die sich mit der "anderen Mauer, die 500 Jahre alt ist" (Galeano) auseinandersetzen. Nicht unbedingt ein Buch für Lateinamerika Profis aber als Einstieg geeignet. Die sich drastisch verschlechternde ökonomische Situation in fast allen Ländern Lateinamerikas spiegelt sich in dem Beitrag von Alonso Salazar wider. Das explosive Anwachsen des informellen Sektors, die Rolle von Drogen und Waffenhandel und der korrupte Staatsapparat lassen die Zukunftsaussichten düster erscheinen. Die wohl profillierteste Vertreterin des indianischen Widerstands Rigoberta Menchú verweist auf die Tradition der Solidarität und fordert die Grundrechte für die Ureinwohner Amerikas ein. "Wir Indios haben wie alle Menschen das Recht, in Frieden und Gerechtigkeit zu leben, in einer Gesellschaft, in der jeder ein Heim, genug zu essen, Arbeit, Kleidung und Zugang zu Bildung und Gesundheit hat." Eine Selbstverständlichkeit, für die nicht nur die Ureinwohner Amerikas noch lange kämpfen müssen.

Rayen Kvyeh und Carmen Luna
Mond der ersten Knospen
WVNE COYVN NI KVYEH - 500 Jahre Unterdrückung und Widerstand
106 Seiten, 29,80 DM
Schmetterling Verlag, Stuttgart 1991

"Mond der ersten Knospen" ist ein Beispiel lyrischer Geschichtsschreibung. Die **Texte von Rayen Kvyeh** und den **Bildern von Carmen Luna** lassen uns erahnen, welche Täler der Tränen die Mapuche in Chile in den letzten Jahrhunderten durchwandern mußten. Und doch strahlen die Zeilen, die auch in Mapudungun, der Sprache der Mapuche abgedruckt sind, eine eigentümliche Kraft aus. "In den Tälern, in den Bergen stehen Rewes, Pewenes und Canelos, das Antlitz zum Himmel gerichtet und erheben die Tokis, um dich zu befreien, zu schützen, dich zärtlich zu lieben, Mutter Erde." Was eurozentristisch auf den ersten Blick wie hohler Pathos wirken kann, ist in Wirklichkeit eine Form der kollektiven Erinnerung und die Grundlage für das Widerstehen der Mapuches gegen die Vernichtung ihrer Lebenswelten. Im Einleitungsartikel des Buches wird die Kontinuität des verzweifelten Widerstands sichtbar gemacht. Die Mapuche bezwangen die kastilische Kriegerkaste Mitte des 16. Jahrhunderts zum ersten Mal in Lateinamerika durch einen Guerillakrieg. Auch heute kämpfen die Töchter und Söhne des Guerillakommandanten Leftraro um die Autonomie und Selbstbestimmung ihres Volkes und wandern dafür, wie Mitte Oktober 1991 anläßlich des Jahrestages von 500 Jahren Kolonialismus, in die Gefängnisse.

Neuerscheinungen

Tourismus contra Menschenrechte

Die Broschüre dokumentiert eine Veranstaltung im ICC Berlin vom 5.März 1991. Sie verdeutlicht zwei Standpunkte, die unter tourismuskritischen Gruppen vorherrschend sind. Die einen fordern einen sozialverantwortlichen und umweltverträglichen Tourismus, der mit Hilfe eines Gütesiegels nach dem Muster des umweltverträglichen Kriterienkatalogs für Fernreisen, durchgesetzt werden soll. Die anderen lehnen dies ab, weil die Verleihung von Gütesiegeln dem Schutz der Menschenrechte einen Warencharakter zuschreibt. Anschließend wurden einige Länderbeispiele z.B. Marokko/Westsahara, in die Dokumentation mit aufgenommen, um den Stand der Diskussion zu der Frage Tourismusboykott zu verdeutlichen.
Die Broschüre ist 59 Seiten stark und kostet 5,-DM
Bestellung:
Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Hotel Astoria - Geschichte eines Sammellagers

Alltäglicher Rassismus gibt es nicht erst seit Hoyerswerda und schon gar nicht nur in den neuen Bundesländern. Das "Hotel Astoria" ein heruntergekommener Nachkriegsbau in Göttingen wurde 1982 ein "Zentralwohnheim für Asylsuchende". Zunächst lief alles in den üblichen Bahnen. Das Land hatte ein neues Sammellager und die abgetakelte Besitzerin sanierte ihre Finanzen. Bei fünf qm pro Person, feuchten und kalten Räumen und dem Verkauf von verdorbenen Lebensmitteln war dies auch kein Problem. Unerwartet allerdings ist der Widerstand der BewohnerInnen gegen die unmenschlichen Zustände. Mit Unterstützung einiger Sozialarbeiter und politischen Gruppen erreichen sie zunächst Verbesserungen, wie die Abschaffung des Sachleistungssystems und schlußendlich auch die Schließung des verhaßten Bunkers. Ihre Aktionen erregen landesweit Aufsehen. Die Arbeitsgruppe Asylpolitik dokumentiert die Entwicklungen. Die 48 Seiten umfassende Broschüre vermittelt mit Originaldokumenten, Interviews und Berichten ein Bild von den Lebensumständen der dort lebenden Flüchtlinge.
Hotel Astoria - Geschichte eines Sammellagers, 1982-1991
48 Seiten 5,-DM
Bestellungen an: Arbeitskreis Dritte Welt, z.Hd. AG Asylpolitik
Lange Geismarstr. 22
3400 Göttingen.

Probleme einer Nachkriegsgesellschaft

Nach knapp zwei Jahren staatlicher Unabhängigkeit der Republik Namibia bietet die **Studie Krieg und Kriegsbewältigung in Namibia** einen zusammenfassenden Rückblick auf die militärische Seite des Dekolonisierungskonfliktes. Sie handelt darüber hinaus von den Perspektiven des Aufbaus einer nachkolonialen Gesellschaft unter der Last der materiellen und psychologischen Kriegsfolgen und den Handlungsimperativen einer Versöhnungspolitik. Der Text wird durch einen Anhang mit 17 Dokumenten ergänzt.
Henning Melber
Krieg und Kriegsbewältigung in Namibia
Kostenloser Bezug:
Arnold-Bergstraesser-Institut
Windaustr. 16
7800 Freiburg

Die Völker Westpapuas Ein Bericht

Von Papua, geschweige denn den Papuas weiß hierzulande kaum jemand etwas. Sie sind mit die letzten Objekte für den Abenteuertouristen aus den Metropolen, um Exotik und Wildheit pur genießen zu können. Über die Papuas selbst, über ihre politische und soziale Situation, über ihre Entrechtung und Verdrängung zugunsten von Holzschlagfirmen und den Firmen (auch deutsche), die die Kupfer-, Gold,- und Ölvorkommen ausbeuten, ist so gut wie nichts bekannt. Einen ersten Überblick bietet die Broschüre **"Auf der Suche nach Identität. Die Situation der indigenen Völker Westpapuas" (60 Seiten, 6,-DM).** Schwerpunkte sind: Kolonisierung und Missionierung, die sogenannte Entwicklungspolitik, die Mensch und Umwelt zerstört und die staatliche Repression, der die Papuas alltäglich ausgesetzt sind.
Bestellung: Initative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten (IMBAS)
Postfach 600422, 6000 Frankfurt 60

Von der Perle der Antillen zum 'Krebsgeschwür der Macht'

Haiti in den 60er Jahren: Die einstige "Perle der Antillen" ist zum Armenhaus der westlichen Welt verkommen. Präsident Francois Duvalier (1957-1971), der "Gran Boss", regiert und terrorisiert das Land mit Hilfe seiner paramilitärischen Einsatztruppe (Tontons Macoutes) und korrupten Voodoopriestern. Letztere wissen die haitianische Volksreligion für machtpolitische Zwecke auszunutzen. Dies ist auch gar nicht schwer in einem "verfluchten Land der Geister", in dem Hunger, Krankheit und Tod an der Tagesordnung sind. Doch die Heldin in Etiennes "Aufstand der Sonnenkönigin", Mathilda, will sich mit dem Kreislauf des Elends nicht abfinden: Sie sagt der herrschenden Clique den Kampf an.

Im Armenviertel der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince kämpft Mathilda, die "flammende und trotzige Rebellin", auf Leben und Tod für ihren todkranken Mann Jo. Sie schleppte ihn zwischen Voodoopriester und Krankenhaus hin und her, hoffend, daß irgendjemand ihm helfen wird. Anstatt sich ihrem Schicksal zu ergeben, schleudert sie den ebenso korrupten wie sexistischen Voodoopriestern und dem scheinheiligen Arzt unmißverständliche Drohungen entgegen: Wenn ihr Jo sterben laßt, werdet ihr dafür büßen müssen!

Die Voodoopriester geraten ins Schwitzen. Mathilda, eine Art Mutter Courage der Karibik, gelingt es, die Lethargie der Ärmsten der Armen aus ihrer Nachbarschaft für kurze Zeit durch die Bereitschaft zur Revolte abzulösen. Ihre Verwandten und Nachbarn sind begeistert von der Frau, die sich einen Dreck um die Macht der Bosse schert und die Spielregeln der Mächtigen durchbricht, in denen der Voodoo, die haitianische Volksreligion, eine zentrale Rolle spielt. Mathilda, selbst Protestantin, kämpft gegen die Vereinnahmung des Voodoo als teuren und falschen Seelentröster für die Armen, der für die Mächtigen des Landes zum Mittel der Einschüchterung wird. "Bei der kleinsten Schwierigkeit rennt man flennend zu einem Voodoopriester und leckt ihm die Füße", macht sich Mathilda über den Volksglauben lustig. Doch ihre Auflehnung soll nicht ungestraft bleiben.

Die Antwort ist die Waffengewalt der Milizsoldaten in der "Uniform der Henker im Dienste von Gran Boss", dem Präsidenten. Die "Tontons Macoutes" sind von Duvalier als paramilitärische Kampftruppe zur Unterstützung seiner Regierungspolitik aufgebaut worden. Ihre Maschinengewehre sind mächtiger als der Widerstand der kleinen Leute. "Tausende von Toten in der Schlangengrube. Tausende von lebendig begrabenen Frauen. Die Unsterblichen lachen sich krumm, hindern mit umgehängten Maschinengewehren die Gepeinigten daran, vor Entsetzen aufzuschreien...".

Die Kritik an der Diktatur des Präsidenten Francois Duvalier stammt aus der Feder eines Oppositionellen, der bereits als Schüler wegen der Verbreitung regierungsfeindlicher Flugblätter verhaftet worden war. Unter Duvalier wurde Gérard Etienne erneut ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Von einem dreitägigen Koma als Folge der Mißhandlungen trug er zeitlebens gesundheitliche Schäden davon. 1964 schließlich, in dem Jahr, als Duvalier sich selbst zum "Präsidenten auf Lebenszeit" ernannte, verließ Etienne endgültig die einstige "Perle der Antillen". Seit 1971 lehrt er als Professor der Linguistik und Journalistik an der Universität in Moncton/ New Brunswick (USA).

Krankheit stellt in einem Land wie Haiti mit katastrophaler medizinischer Versorgung die größte und gefährlichste Lebensbedrohung dar. In der Vorstellung der Voodoogläubigen rächen sich die Voodoogeister und Gottheiten für unterlassene Opfergaben, indem sie den Betroffenen Krankheiten zufügen. Die Mächtigen Haitis - Voodoopriester, Politiker, Ärzte - wissen den Glauben an die Übermacht der Gottheiten und Geister für sich auszunutzen. Die Kranken drängen in die Voodootempel zum Spott der Voodoopriester, die von den Opfergaben für die Voodoogottheiten kräftig absahnen, um den Ärmsten der Armen das letzte nehmen, was sie besitzen. Der Voodoopriester Ti Boss zum Beispiel, "verhätschelter Schützling des Präsidenten", verdient sich mit dem Voodoozauber eine goldene Nase: Geld, Ansehen und Macht.

Jedoch nicht in erster Linie der Voodoo selbst, sondern seine Vereinnahmung durch korrupte Priester und ihr Spiel mit den Illusionen stehen im Zentrum von Etiennes Kritik. Dieser manipulierte Voodoozauber zementiert den Status quo - Armut, Krankheit, soziale Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Tod auf der einen, Macht und Leben im Überfluß auf der anderen Seite. Der Autor grenzt sich in seinem Roman von allzu folkloristischen, idealisierenden Darstellungen des Voodoo in der Romanliteratur oder in ethnologischen Abhandlungen ab. Andererseits erkennt Etienne die therapeutische Funktion der Besessenheit an und weist auf die Bedeutung der Heilkunde im Voodoo hin, die der Schulmedizin häufig weit überlegen ist.

Der Roman "Der Aufstand der Sonnenkönigin" reduziert seine Botschaft nicht auf eine bloße Kritik an den Lebensbedingungen der HaitianerInnen, an der Willkürherrschaft der Elite und der Schreckensherrschaft der Tontons Macoutes. Etienne läßt seine Romanfiguren, allen voran Mathilda, aufstehen und selbst handeln. Am Beispiel des Voodoo, der in der Vergangenheit den aufständischen Sklavinnen und Sklaven zur Antriebskraft wurde und revolutionären Charakter besaß, zeigt der Roman das Doppelgesicht einer Kultur, die in unterschiedlicher Weise benutzt werden kann. Voodoo, so seine Botschaft, ist keine von vornherein revolutionäre oder reaktionäre Religion, sondern von der inhaltlichen Besetzung derjenigen abhängig, die sie entweder aus Überzeugung leben oder für persönliche und machtpolitische Zwecke mißbrauchen.

Etienne zeichnet von Haiti und seinen BewohnerInnen ein differenzierteres Bild, als wir es von den westlichen Medien gemeinhin gewohnt sind. Haitianischer Literatur wird hierzulande nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt, die Werke im kreolischen oder französischen Original werden nur selten ins Deutsche übersetzt. Die "Sonnenkönigin" macht hier einen Anfang.

Ursula Siebert

Etienne, Gérard: Der Aufstand der Sonnenkönigin", Hannover: Schönbach Verlag, 1990, 271 S., DM 34,-

Plebiszit über IWF- und Weltbankpolitik

Bis zum 13.Januar 1992 muß das 'Komitee IWF-Referendum' in der Schweiz 50.000 Unterschriften sammeln, um eine Volksabstimmung gegen den Schweizer Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank zu erzwingen. Das Komitee, getragen von der 'Erklärung von Bern', der 'Aktion Finanzplatz und den Hilfswerken, hat an den Generaldirektor des IWF (Camdessus) und den Präsidenten der Weltbank (Preston) einen offenen Brief geschrieben, den wir in Auszügen dokumentieren:

(...) Der IWF und die Weltbank sind die wichtigsten Instrumente einer internationalen Finanzpolitik, welche die Armen der Welt ärmer und die Reichen reicher macht. Die Strukturanpassungen, die sie durchsetzen, dienen nicht der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern der Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer gegenüber ihren Gläubigern. Anstelle der Selbstversorgung erzwingen sie Exporte für einen übersättigten Weltmarkt; anstelle von Sozialausgaben und anderen staatlichen Aufgaben erzwingen sie Zinszahlungen. Jedes Jahr leisten beide Institutionen so Beihilfe zu einem Kapitalabfluß von den Schuldnern an die Gläubiger von rund 50 Mrd. Dollar.

Die Auswirkungen dieses brutalen finanziellen Aderlasses beschreibt UNICEF: Jahr für Jahr sterben rund 500.000 Kinder an den Folgen der Verschuldungspolitik. Diese tödlichen Folgen lassen sich mit keinen anderen Interessen rechtfertigen. Sie können auch nicht durch wohltönende Rhetorik, punktuelle soziale Kompensationsprogramme oder bescheidene Schuldenerlasse für ausgewählte Länder wettgemacht werden. (...).

Der IWF und die Weltbank sind nicht die Urheber der weltweiten Verschuldungskrise, aber deren wichtigste Instrumente. Indem die westlichen Industrieländer darin die Mehrheit aller Stimmrechte - und ein einziges Land (die USA, Red.) gar ein Vetorecht gegen alle wichtigen Beschlüsse - besitzen, dienen sie einseitig den Interessen der Gläubigerländer. Beide Institutionen schließen überdies Frauen fast vollständig von ihren Entscheidungsfunktionen aus. Dafür vertreten sie ein Anpassungsmodell, welches die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechte von Frauen massiv einschränkt, ihnen jedoch den Hauptteil der Lasten aufbürdet.

Zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen in Süd und Nord, die wir zu ihren Erfahrungen mit der Politik von IWF und Weltbank konsultiert haben, äußerten sich überaus frustriert über deren fehlende Bereitschaft, Lehren aus den tödlichen Konsequenzen ihrer Politik zu ziehen. Viele waren der Meinung, daß sie nur zu Kurskorrekturen gezwungen werden können, wenn ihnen ihre Finanzquellen verschlossen werden und wenn ihre Legitimität weltweit in Frage gestellt wird. Unser Referendum soll einen Beitrag dazu leisten.

Mit dem Referendum verbinden wir gleichzeitig politische Vorstöße für alternative Lösungsmöglichkeiten der Verschuldungskrise. Insbesondere fordern wir, daß sich die Schweiz für weltweite Schuldenstreichungen einsetzen und Strukturanpassungen zugunsten des Südens im eigenen Land durchführen muß. Für die Schweiz bedeutet dies zum Beispiel, daß sie endlich Maßnahmen gegen den Zustrom und für die Rückführung von Fluchtgeldern aus der Dritten Welt ergreifen muß. (...).

Wir freuen uns darauf, daß dank unserem Referendum zum ersten Mal in einem Land ein umfassendes Plebiszit über die Politik von IWF und Weltbank stattfinden kann, und wir hoffen, daß dieses ein weltweites Echo finden wird.

Weitere Informationen und Unterschriftenlisten (nur für die Schweiz):
Komitee IWF-Referendum
Postfach 220
CH-8031 Zürich

Pestizide helfen nur wenig bei der Bekämpfung des Welthungers

Der Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide kann auch in Zukunft nur eine geringe Rolle bei der Bekämpfung der Unterversorgung weiter Teile der Weltbevölkerung spielen. Entscheidende Bedeutung bei der Hungerbekämpfung kommen vielmehr Maßnahmen zu einer gerechten Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel und zur Beseitigung ungerechter Welthandels- und Sozialstrukturen zu. Diese Einschätzung teilten sowohl leitende Mitarbeiter bedeutender Chemiekonzerne (BASF, Bayer, Ciba Geigy und Hoechst) als auch Vertreter pestizidkritischer Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen auf einem Seminar des Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) Ende September.

Bislang verteidigte die Chemische Industrie die Vermarktung umwelt- und gesundheitsgefährdender Pestizide in der sogenannten Dritten Welt mit dem Argument, sie seien zur Bekämpfung des Welthungers unerläßlich.

PAN Vorstandssprecher W. Bödeker äußerte sich zufrieden mit dem Verlauf des Seminars. "Jetzt muß sich allerdings zeigen, ob auch die Marketingabteilungen der Pestizidkonzerne Konsequenzen ziehen und künftig auf das Hungerthema als Argument ihrer Werbung verzichten. Von der Erfüllung unserer dahingehenden Forderungen wird es abhängen, ob die Fortsetzung des begonnenen Dialogs sinnvoll erscheint."

Weitere Informationen:
Henry Mathews
Unter dem Holz 28
5650 Solingen 1
Tel. 0212/59 11 83

Dritte Welt im Supermarkt

Überraschende Beschlüsse traf die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden (AG3WL) im September dieses Jahres. Nach äußerst kräftezehrenden Auseinandersetzungen mit der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPA) haben sich die Standpunkte der AG3WL und der Importorganisation jetzt angenähert. So will sich die AG3WL sowohl an der Kampagne "Sauberer Kaffee im Supermarkt" beteiligen, als auch bei der Handelsausweitung der GEPA im Versandhandel und Supermarktverkauf konstruktiv mitarbeiten. Nur noch von einem Drittel der organisierten Läden wird die Position geteilt, daß politische Bewußtseinsarbeit wichtigstes Ziel der Weltläden sein soll.

Mit der Ausweitung der Handelsaktivitäten will die Mehrheit der AG3WL den Forderungen von ProduzentInnenseite aus der Dritten Welt entgegenkommen. Sie erhofft sich gleichzeitig mit dem "Sprung in den Supermarkt" mehr Menschen mit entwicklungspolitischen Fragestellungen in Berührung zu bringen.

Bei der Mitgliederversammlung herrschte Konsens darüber, daß die Ursachen der Armut politisch bekämpft werden müssen, deshalb will sich die AG3WL stärker im Bildungsbereich engagieren. So werden sich die organisierten Weltläden an der "Zuckerkampagne 1992" beteiligen, bei der am Beispiel Zucker über Kolonialismus und die Rolle der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weltagrarmarkt aufgeklärt werden soll.

Wer sich für die Kampagne und/oder die Mitarbeit bei der AG3WL interessiert, schreibe an:

AG3WL-Geschäftsstelle
Elisabethenstr. 51
6100 Darmstadt
Tel. 06151/2 19 11

betr.: "Lauffeuer Demokratie" von Al Imfeld, "Blätter des iz3w" Nr. 176, Seiten 12-14.

Der Einschätzung von Al Imfeld in dem oben genannten Artikel bezüglich der "eigenen Kategorie" der Länder Uganda, Tanzania, Rwanda und Burundi möchte ich entschieden widersprechen. Die Aussage "Vergangene Bürgerkriege oder eine totale Verelendung haben den Menschen den Glauben an die Politik genommen. Ihr Interesse liegt im bloßen Überleben..." trifft hauptsächlich auf Uganda zu, ist jedoch für Burundi bereits problematisch und für Rwanda nicht zutreffend. Ich habe fast sechs Jahre in Rwanda gelebt und gearbeitet und kann wahrlich nicht sagen, daß es kein Interesse für Politik gäbe. Nach einer langen Phase der ausschließlichen Herrschaft der Einheitspartei sind Parteien inzwischen wieder zugelassen und Wahlen in Vorbereitung. Allerdings unterscheidet sich die Ausgangssituation in Rwanda und Burundi insofern grundsätzlich von der in den anderen erwähnten Ländern, als die städtische Bevölkerung in den beiden Staaten sehr klein ist; fast 95% der Bevölkerung lebt auf dem Lande. Damit ist aber auch die Schicht des städtischen Mittelstandes (d.h. der Bevölkerung mit regelmäßigem Einkommen, also auch der Industriearbeiter), auf die ein wirtschaftlicher Niedergang zuerst durchschlägt, sehr klein, während diese Gruppe wohl bei den "Demokratisierungsforderungen" in den anderen Ländern eine wichtige Rolle gespielt haben dürfte. Hinzu kommt z.B. für Rwanda, daß erfolgversprechende Alternativen zur Verbesserung der gegenwärtigen Politik nicht einfach sind:

-eine veränderte Wirtschaftspolitik verspricht kaum verbesserte Lebensbedingungen für die Masse der Landbevölkerung - was nicht vorhanden ist, kann auch nicht verteilt werden.

-Korruption und persönliche Bereicherung sind zwar vorhanden, jedoch in wesentlich geringerem Ausmaß als in anderen afrikanischen (und europäischen) Ländern, und beispielsweise nicht vergleichbar mit der Situation in Zaire.

-ein Rückfall in ethnische Konflikte (Überfall der "Front Patriotique Rwandais" 1990 von ugandischem Territorium aus) wird von der Bevölkerung gefürchtet, derartige politische Gruppierungen dürften daher in Rwanda nur wenig Unterstützung haben.

Insgesamt entpuppt sich der scheinbare "mangelnde Glauben an Politik" eher als politischer Ausdruck der spezifischen Situation, denn als Fatalismus.

Ebenso trifft das Argument, ein Mehrparteiensystem könne gar zur Auflösung des Nationalstaates führen, nur für Uganda zu. Rwanda und Burundi sind seit Jahrhunderten gewachsene Nationen, ohne die Vielvölkerproblematik anderer afrikanischer Staaten, Tanzania ist zwar ein Vielvölkerstaat, aber dennoch relativ homogen und mit einem vorhandenen, teilweise schon im gemeinsamen Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft begründeten Nationalbewußtsein (Maji-Maji-Aufstand 1905-1907).

Bliebe anzumerken, daß die derzeitige "Demokratisierungswelle" einen wesentlichen Grund in der Unzufriedenheit aufgrund der sich verschlechternden Lebensbedingungen beim städtischen Mittelstand (Arbeiter, kleine Angestellte) hat, also auch wirtschaftlichen Ursprungs ist. Jedoch auch wenn Korruption und Mißwirtschaft vermindert werden können, bleibt ein guter Teil der Staaten völlig verschuldet, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Industrieländern bleibt die gleiche. Kurz: Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen ist auch in den "demokratisierten" afrikanischen Ländern vorerst nicht in Sicht - es sei denn, die Industrieländer würden letztendlich einer Änderung des Weltwirtschaftssystemes zustimmen! Kann die derzeitige Demokratisierungswelle unter solchen Bedingungen Erfolg haben und von Dauer sein?

J.-J. Bortel, Tours

Betr.: Bangladesch Beitrag, blätter des iz3w Nr. 177; Seite 42-45

Vielen Dank für Eure sehr informative Berichterstattung zu Bangladesch im November-Heft 1991.

Lediglich zu dem Flood Action Plan-FAP haben wir eine kritischere Einschätzung, die auf ausführlichen Gesprächen mit zwei Vertretern des Service Civil International (SCI) Bangladesch basieren. Beide hatten an einem Treffen des International Water Tribunal Ende Oktober in Amsterdam teilgenommen.

Der Schwerpunkt des FAP besteht in der Eindeichung des zentralen Flußgebietes in Bangladesch auf einer Länge von 2.300 km. Zusätzlich sollen bereits bestehende Deichanlagen über 1.050 km ausgebessert und auf 7,4 m erhöht werden.

An Kosten sind dafür bislang 10,2 Mrd. US$ geplant. Die jährlichen Folgekosten für die Instandhaltung werden auf 200 Mio. geschätzt, eine Summe, die die Regierung Bangladeschs allein nicht aufbringen kann. Hier zeichnet sich eine langfristige zusätzliche Verschuldung ab.

Die 1990 begonnene und auf fünf Jahre geplante Evaluierungsphase umfaßt 26 Untersuchungsbereiche. 13 davon sind konstruktionstechnischer Natur. Nur zwei Planungskomponenten beschäftigen sich mit den ökologischen Folgen.

Von einer voraussichtlichen Umsiedlung betroffen sind ca. 5-8 Mio. Menschen, zumeist arme und landlose Bauern, die auf den zahlreichen Inseln im Flußtiefland siedeln. Bislang wurde diese Bevölkerung über das Vorhaben überhaupt nicht informiert. Auch die zahlreichen NGOs, die in dem betreffenden Gebiet Entwicklungsprojekte unterhalten - darunter der SCI-Bangladesch - erhalten keine Informationen. Überhaupt scheinen die Verantwortlichen des Weltbankprojekts genauere Angaben zurückzuhalten.

Eindeichungsprojekte sind seit 10-15 Jahren in Bangladesch nicht mehr unbekannt, die ökologischen und sozio-ökonomischen Folgen jedoch oft verheerend. Da die normalen Hochwasserzeiten als sehr nutzbringend betrachtet werden (Schwemmland) und den mittellosen Bauern die Anwendung teurer Düngemittel ersparen, besteht der traditionelle Flutenschutz nicht in Deichanlagen (sie sind viel zu kostspielig, vor allem die dann notwendige Konstruktion und Wartung von Sielen, die ein Ablaufen des Hochwassers ermöglichen), sondern in der Befestigung des Landes durch tiefwurzelnde Gras- und Baumsorten, und in der Erhöhung der bewohnten Gebiete nach Art der Warften sowie dem Bau von sog. Flood Shelters, Schutzbauten, zumeist aus Beton, die die Menschen und Tiere bei starken Hochwassern und Wirbelstürmen aufnehmen können.

Die bisherigen Erfahrungen der Bangladeschis mit staatlich verordneten Eindeichungsprojekten waren überwiegend negativ: das Hochwasser war am Abfluß gehindert, die überfluteten Felder versalzten langsam und waren landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar.

Das geplante Mammutprojekt hat also beste Voraussetzungen, zu einer neuen Entwicklungsruine zu werden.

D. Reinhardt schreibt, "die G7 demonstriert ..., daß sie bereit ist, sich um die Auswirkungen der Klimaveränderung zu kümmern." - Begründet durch den FAP, macht das allerdings keinen Sinn, denn:

80% der Hochwassermengen im Bereich der zentralen Flußgebiete kommen nicht von der Küste, sondern aus dem Himalaya. Hier hat die Abholzung der Wälder eine zunehmende Erosion und in der Folge eine Versandung des Flußtieflandes mit steigendem Wasserpegel bewirkt; der duch die Klimaveränderung zu erwartende Anstieg des Meeresspiegels müßte in Bangladesch Maßnahmen des Küstenschutzes zur Folge haben . Die sind aber, soweit bekannt ist, vom FAP nicht vorgesehen.

Helmut Brandt
Service Civil International (Bonn)

FriedenswissenschaftlerIn? Erhebungsbogen anfordern!

Die Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V. bereitet zur Zeit die Neuauflage des Handbuches Friedenswissenschaft vor. Die 1. Auflage 1989 umfaßte Daten von ca. 800 WissenschaftlerInnen und Darstellungen zahlreicher Initiativen, Projekte und Institutionen. Ein wichtiges Augenmerk der Neuauflage soll auf die Erfassung jüngerer WissenschaftlerInnen und aktueller Ansätze der Friedensforschung, auch in den neuen Bundesländern, gelegt werden.

Wir bitten deshalb um Kontaktaufnahme und Anforderung des Erhebungsbogens bei:

IWIF
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1
Tel.: 02 28 / 21 07 44
Fax: 02 28 / 21 49 24

Ansätze einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft
Der Kongreß versteht sich nicht als Expertensymposium, sondern als offenes Diskussionsforum für wirtschaftspolitisch Interessierte und Engagierte. Kongreß vom 17.-19.Januar 1992 in Dresden. Infos und Anmeldung: Ökumenisches Informationszentrum
z.H. Claudia Greifenhahn
Kreuzstr.7 0
8010 Dresden
Tel.:00375 1/4952190

BUKO-Seminar: Utopie einer anderen Weltwirtschaftsordnung
vom 10.-12.1.1992 in Niederkaufungen (in der Nähe von Kassel) Anmeldung bei:
BUKO-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.:040/393156

Entwicklung zwischen Tradition und Moderne zwischen Ökologie und Technik am Beispiel Indiens.
Winterakademie (mit Auslandsreferenten) vom 27.12.91-5.1.92 in Weil der Stadt. Infos und Anmeldung: Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD)e.V.
Kniebisstr.29
7000 Stuttgart 1
Tel.:071 1/265853

Kommunale Nord-Süd-Partnerschaften und interkultureller Dialog
vom 16. bis 17.12.1991 in Iserlohn. Anmeldung und Infos:
Evangelische Akademie Iserlohn Haus Ortlohn
Berlinger Platz 12
5860 Iserlohn
Tel.:0237 1/3520

A.v. Gleich, G. Kohlhepp, M. Mols, **Neue Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika ?** 176 Seiten, Institut für Iberoamerika - Kunde Hamburg 1991.

Felicia Langer, **Zorn und Hoffnung**, Autobiographie, 453 Seiten, 48,-DM, Lamuv, Göttingen 1991.

ID-Archiv im internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam, **Verzeichnis der alternativen Medien**, Ausgabe 1991/92, 300 Seiten, 28,-DM Edition ID-Archiv, Amsterdam 1991.

Christa Becktepe, Simone Jacob, **Genüsse aus dem Gen-Labor ?** 128 Seiten, VI-Verlag, Bonn 1991.

Frank Niess, **Am Anfang war Kolumbus**, 207 Seiten, 29.80 DM, Piper, München 1991.

Peter Wahl (Hg.) **Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat**, 236 Seiten, 24,- DM, Papy Rossa Verlag, Köln 1991.

EPK 3/91: Menschen zweiter Klasse, Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt
Beiträge: Mit zweierlei Maß - eine kritische Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie die Industrieländer auf das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt reagieren * Brasilien: Bevölkerungspolitik und Frauenselbsthilfe * Dokumentation: Ein Flugblatt aus Cusco * Verhütungsmittel und ihre Anwendung. Ein Überblick * Wie die Pille getestet wurde * Norplant: Leicht zu gebrauchen, leichter zu mißbrauchen * Die Entwicklung einer Antischwangerschaftsimpfung in Indien * Kontinuitäten - Bevölkerungspolitik in der Tradition eugenischer Theorien * Bevölkerungspolitik als Bestandteil bundesdeutscher Entwicklungshilfe * In-vitro-Fertilisation und Amniozentese in Indien * Porträt: Sumati Nair * Zur Rolle der WHO * Familienplanung - eine afrikanische Neubestimmung * Geburtenkontrolle in Osttimor: Mittel zum Genozid * Finrrage - Feministisches Netzwerk gegen Reproduktions- und Gentechnik * Rezension: Heide Mertens, Wunschkinder
Bezug: EPK.
Nernstweg 32-34,
2000 Hamburg 50,
Tel. 040/390 52 21
Preis: DM 6,- (im Abo DM 24,- pro Jahr / Institutionen DM 40,-)

Lateinamerika Nachrichten Nr. 209, November '91
500 Jahre: Generalstreik in ganz Amerika für den 12.10.92 geplant. Guatemala: 499 Jahre Widerstand: Kongreß in Guatemala. Haiti: Der kurze Sommer der Demokratie / Die Hoffnung verläßt das Land. Kuba: Von Kubas KommunistInnen nichts Neues. Ökologie / Venezuela: Das Dorf in der Sicherheitszone. Ökologie / Brasilien: Das Gespenst der Internationalisierung Amazoniens / Carajás - deutsche Interessen am Amazonas. Brasilien: Collors Debakel. Nicaragua: Mit den Waffen der Vergangenheit / Impressionen aus dem "neuen Nicaragua" / Interview mit Alejandro Martinez Cuenca / Gregorio Selser: Nachruf. El Salvador: Salvadorianische Wechselbäder / Interview mit Ana Guadalupe Martinez. Menschenrechte / Mexiko: Weitere Zweifel an Salinas Reformpolitik. Menschenrechte / Peru: Preis für Menschenrechtler Augusto Zúniga Paz.
Zweimonatsausgabe DM 6,50
Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: DM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb
Im Mehringhof,
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 694 61 00

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 157
Asyldebatte: Pro Asyl Dokumentation und Interview mit Bremer Amnesty-Sprecher * Linke Scham / Interview über "Nationale" Identität * Soziale Befreiung und (neue) nationale Eliten: Die Lügen entstehen mit dem falsche "wir" * Überlegungen zum Antiimperialismus der kommenden Jahre * Deutsche Pkk-Solidarität: Erfahrung aus PKK-Camp * BUKO Glasnost: Rüstungsexport-Kampagne * Entdeckungsreisen/Märchen * Vorbereitung zu Frauen Rassismus-Seminar * Dokument: Endgültige Fassung 'Kölner Erklärung' des BUKO * Diskussion: Strukturdebatte des BUKO sowie "das Ende einer Illusion"-Ende des 3. Welthandels?
Bezug: Redaktion FORUM,
Buchtstr. 14/15,
2800 Bremen 1,
Tel. 04 21 / 32 51 56
(bitte DM 5,- in Briefmarken oder Schein beilegen).

DIE BRÜCKE / Nr. 63
Heft 63 bringt Beiträge zur Kontroverse "quotierte Einwanderung" contra "offene Grenzen":
* Asyl - Freizügigkeit - Entwicklung. Perspektiven und Probleme einer fluchtbekämpfenden und schutzgewährenden Politik (Thomas Scheffer)
* Dokumentation mit einem Kommentar der Redaktion des von DIE GRÜNEN/Bündnis 90 vorgelegten Papiers "Politik für eine offene Politik"
* Plädoyer für ein Einwanderungsgesetz (Ozan Ceyhun)
* Flüchtlings- und Migrationspolitik im "Neuen Europa": "Zwischen Verwertung und Sozialrevolte". Auszüge aus einem Beitrag von Dirk Hauer (BUKO-Seminar "Rassismus" vom 27. bis 29.9.1991)
* Kritik an Ozan Ceyhuns Konzept eines Einwanderungsgesetzes (Ulla Jelpke / PDS)
Bezug: DIE BRÜCKE,
Riottestr. 16,
6600 Saarbrücken
Einzelheft DM 7,-; Jahresabo (6 Ausgaben) DM 40,-

Dritte Welt 11/1991
Schwerpunkt: Naher Osten / Nahost-Friedenskonferenz: Eine endlose Geschichte / Israels Siedlungspolitik / Wochenende am Gaza-Strand / Kurden: Eindrücke aus Irakisch-Kurdistan / Afghanistan: Die Karten sind neu verteilt / Madagaskar: Eine neue Republik? / Afrika: Dem Volk der Tuareg droht die Vernichtung / Nichtpaktgebundene: Welche Zukunft? / Haiti: Der kurze Frühling der Demokratie / Bilanz der Regierung Aristide / Neue Weltordnung: Wörterbuch der Neuen Weltordnung / Kultur: Literaturpreisträgerin Nadine Gordimer / In eigener Sache: Ergebnisse der LeserInnenumfrage
Einzelpreis: 4,50 DM; Abo 42,50 DM
Bezug: DRITTE WELT,
Liebigstr. 46,
3550 Marburg

790/ 1/178/56412

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

W-7800 Freiburg

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733



Bücher für die Leserinnen und die Leser der »blätter« aus dem Schmetterling Verlag



Amma Darko:

Roman

»Amma Darko erzählt den Leidensweg einer jungen Frau aus Ghana, der damit beginnt, daß ihr Vater sie für 2 Kühe, 4 Ziegen und 2 Flaschen Gin zwangsverheiratet. Akobi, der Gatte, entpuppt sich als herrisch-brutales Ekel. Er schlägt Mara, vergewaltigt sie, betrügt sie. Doch Akobi will mehr. So reist er eines Tages ins Traumland Europa ... Amma Darko, die selbst mehrere Jahre in Deutschland gelebt hat, erzählt diese ... Geschichte aus der Perspektive Maras emotional, aber nie melodramatisch, oft sogar mit befreiendem Witz und ungeheurer Ironie...
Amma Darkos unter die Haut gehendes Romandebüt wird nicht nur Betroffenheit sondern auch Anstoß erregen, weil es Tabus verletzt, weil es querliegt zu den blauäugigen Utopien vieler Afrikaner ... aber auch zu den idealisierenden, problemverdrängenden Multi-Kulti-Klischees der weißen Afrika-Fangemeinde hierzulande...«
Klaus Farin im Deutschlandfunk, »Der Büchermarkt«



Frauen aus aller Herren Länder (HG.):

Ein Lese- und Bilderbuch

»Das Engagement der Herausgeberinnen, ihre offen gezeigte Betroffenheit und ihr Parteiergreifen machen das Buch sehr dicht, direkt, sehr überzeugend.«
Dorsi German in »Vehement« 5/91

Geschenkband mit 98 teils farbigen Abbildungen auf Kunstdruckpapier, Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung; 128 Seiten, Großformat, 34.80 DM, 1990, ISBN 3-926369-12-4

»Ein Buch wie Dynamit: In ihrem Roman 'Der verkaufte Traum' rechnet die afrikanische Autorin Amma Darko gnadenlos mit den gefährlichen Illusionen ihrer Landsleute über das Wunderland Bundesrepublik ab. Wie eine Bombe platzt dieser Erstlingsroman mitten hinein in die hitzige Diskussion um Ausländerhaß, Asylantenflut und Grundgesetzänderung...«
Usch Bayer im »Journal für die Frau«

Roman
180 Seiten, fest gebunden
DM 29.80
ISBN 3-926369-14-0

Countdown für den Dschungel
ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE DES TROPISCHEN REGENWALDES
Sommer, Settele, Michelsen, u.a.

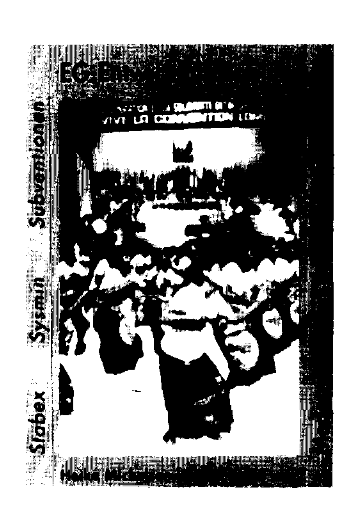


Sommer, Settele, Michelsen u.a.:

Ökologie und Ökonomie des tropischen Regenwaldes

Anspruchsvolle, differenzierte Einführung, die Lehrmeinungen kritisch aufarbeitet.
»...fundiertes Buch aus der engagierten grün-alternativen Szene«
Bücher zu Lateinamerika (3), 1990/91
»... Handbuch, das wohl als derzeit beste Einführung... gelten kann.«
Dr. Rainer Huhle in Hispanorama

296 S., 24,80 DM, 1990, mit Grafiken und Tabellen
ISBN 3-926369-21-3







Guatemaltekische Kirche im Exil, medico international und Informationsstelle Guatemala (HG.):

Demokratisierung als Waffe des Militärs

Detaillierte und aktuelle Analyse, die anhand von authentischen Zeugnissen der Betroffenen, Militärdokumenten und umfangreichem Kartenmaterial die »Demokratisierung und Entwicklung« in Guatemala als Instrumente einer umfassenden Aufstandsbekämpfung entlarvt.
Das Buch bilanziert die Militärpolitik der verbrannten Erde und des kontrollierten Wiederaufbaus, die u.a. von der Bundesregierung, der EG und fundamentalistischen Sekten unterstützt wird.

Großformat, zahlreiche Abbildungen, Diagramme und (Lage-)Karten
156 Seiten, 26 DM, August 1991, ISBN 3-926369-64-7

Heike Michelsen, Astrid Engel:

Moderne Formen des Kolonialismus?

Die verständliche Einführung beschreibt die EG-Entwicklungpolitik, analysiert die Auswirkungen der EG-Politik auf die »Dritte Welt« und zeigt Tendenzen und Perspektiven auf. Aus dem Inhalt: Die Lomé-Verträge, GATT und EG-Binnenmarkt, Nahrungsmittelhilfe, die »Operation Flood«, ein Spiel um den Zucker und Überlegungen, wie es auch anders gehen könnte...

»Auf dem deutschen Buchmarkt gibt es zum Thema derzeit keine vergleichbare Alternative.«
BUKO-Agrar-Koordination, Info 6/91

128 S., 14,80 DM, 1991, herausgegeben vom AK Entwicklungspolitik im BdkJ/Stuttgart, ISBN 3-926369-91-4

Waiblinger Str. 20A, 7000 Stuttgart 50
Tel.: 0711/562022, Fax: 0711/ 560615